

Internationale Münchner Friedenskonferenz 2016

11. - 14. 2. 2016

Beiträge und Texte von der Konferenz

u. a. von

Loretta Napoleoni

Markus A. Weingardt

Nirit Sommerfeld

Beatrix Zurek

Clemens Ronnefeldt

Heidi Meinzolt

Klaus Hahnzog

Thomas Rödl

Mohssen Massarrat

Oliver Knabe

Andreas Zumach

Tobias Pflüger

Gertrud Scherer

www.friedenskonferenz.info



Frieden und Gerechtigkeit gestalten - NEIN zum Krieg

Impressum

Dokumentation der Internationalen Münchner Friedenskonferenz 2016

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg
München, 11. – 14.2. 2016

Herausgegeben vom Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk der DFG-VK Bayern

Redaktion: Thomas Rödl, Gertrud Scherer, Heinz Staudacher

Eigendruck im Selbstverlag, ViSdP: Thomas Rödl, c/o DFG-VK, Schwanthalerstr. 133, 80339 München

Zusammenfassung der Vorträge, Abschriften vom Tonträger und Textbearbeitungen: Gertrud Scherer,
Gudrun Haas, Rosemarie Wechsler, Thomas Rödl, Heinz Staudacher

Umschlag: Heinz Staudacher

Lay-out: Werner Bergheim, Heinz Staudacher

Gesetzt aus Charis SIL, Pigiarniq und Perpetua

Bildmaterial: Antje Wagner, Martin Pilgram, Heinz Staudacher

Unser Dank gilt allen, die uns bei der Ausrichtung der Konferenz unterstützt und ermuntert haben. Besonderer Dank gilt den ReferentInnen, den DolmetscherInnen und Übersetzern, der musikalischen Unterstützung, den Trägerorganisationen, der Stadt München und allen HelferInnen bei der Vorbereitung der Veranstaltungen.

Mitglieder des Ehren-Kurats:

- Prof. Dr. Hans-Peter Dürr †, Träger des Alternativen Nobelpreises
- Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger UNO-Koordinator für den Irak
- Dr. Franz Alt, Publizist
- Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D. und Verfassungsrichter
- Konstantin Wecker, Liedermacher, Komponist, Autor
- Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Friedens- und Konfliktforscherin
- Prof. Dr. Dr. Joachim Bauer, Neurobiologe, Arzt, Psychiater

Trägerkreis (weitere Informationen Seite 66 bis 69):

- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Bayern
- Internationaler Versöhnungsbund, deutscher Zweig e.V.
- Internationale katholische Friedensbewegung pax christi im Erzbistum München & Freising
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit
- Kreisjugendring München-Stadt
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern
- Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e.V.

Die Organisation erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Bayern. Die freundliche Unterstützung des Kulturreferates der Landeshauptstadt München hat wesentlich zur Verwirklichung der Konferenz beigetragen.

Inhaltsverzeichnis

Impressum/Trägerkreis	2
Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“	4
Internationales Forum: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ am 12.2.2016 im Alten Rathaus	
Zusammenfassung	Tobias Damjanov 5
Einleitung, Moderation	Clemens Ronnefeldt 7
Grußwort der Landeshauptstadt München	Beatrix Zurek 10
Herausforderung Kalifatstaat	Loretta Napoleoni 12
Religion und Frieden	Markus A. Weingardt 16
Versöhnungsprojekte in Israel und Palästina	Nirit Sommerfeld 18
Bericht aus dem Gesprächsforum am 13.2.2016 mit L. Napoleoni, M. A. Weingardt, N. Sommerfeld Moderation: Clemens Ronnefeldt	22
Bericht vom Expertenhearing: „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ mit Th. Rödl, H. Meinzolt, M. Massarrat, A. Zumach, O. Knabe, K. Hahnzog, T. Pflüger Moderation: Reiner Braun	30
Friedensgebet der Religionen am 14.2.2016 im Pfarrsaal St. Anna	
Gertrud Scherer	42
Anhang: Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“	44
Informationen zu den Mitwirkenden	48
Informationen zu den Trägerorganisationen	60

Musikalische Begleitung: ORCHESTER SHLOMO GEISTREICH

Positionen der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“

Die Münchner Friedenskonferenz ist die inhaltliche Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz.

Einschätzung der Münchner Sicherheitskonferenz

Die Münchner Sicherheitskonferenz wurde als „Wehrkundetagung“ gegründet, als die so genannte Sicherheitspolitik von einer klaren Frontstellung gegen die sozialistischen Staaten gekennzeichnet war. Abschreckung, militärische Stärke und Totrüstung des Gegners waren die zentralen Konzepte der militärischen Machtpolitik. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ geht es den westlichen Industriestaaten - also vorwiegend den Staaten der NATO – vorrangig um den weltweiten Zugriff auf Ressourcen und um die Absicherung der Handelswege und Absatzmärkte auch mit militärischen Mitteln. Für die Absprachen dafür spielt die Münchner Sicherheitskonferenz eine wichtige Rolle.

Ihr Sicherheitsverständnis ist auf Dominanz und Machterhalt ausgerichtet. Aus der Drohgebärde der Hochrüstung im „Kalten Krieg“ sind tatsächliche militärische Interventionen in strategisch wichtigen Regionen geworden, z.B. im Irak und in Afghanistan. Diese wurden mit hohem propagandistischem Aufwand zu „Krisengebieten“ erklärt, die „unsere Sicherheit“ bedrohen und somit Militäreinsätze rechtfertigen sollen. Diese Militärpolitik ist durch die UNO-Charta nicht gedeckt. Sie kostet in den Kriegsgebieten unzähligen Menschen das Leben, bewirkt Verarmung und Radikalisierung und verschlingt ungeheure Mittel. Diese Mittel fehlen für die zivile Konflikt- und Krisenbewältigung und für Strategien gegen die von Menschen gemachten Katastrophen.

Ein Umsteuern ist notwendig - zivil handeln statt militärisch intervenieren

Eine „Internationale Sicherheitskonferenz“, die diesen Namen verdient, muss nach unserer Ansicht militärisches Sicherheitsdenken überwinden und auf gemeinsame Sicherheit durch Interessenausgleich und Kooperation setzen. Für den Paradigmenwechsel ist eine grundlegende Umschichtung von den hohen Militärausgaben zur Finanzierung von ziviler Konflikt- und Krisenbewältigung nötig. An die Stelle des Strebens nach Überlegenheit und Gewinnmaximierung müsste eine neue Denkweise treten: Orientierung an globaler Gerechtigkeit, am Gemeinwohl für alle Menschen und an Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und im Umgang mit den Ressourcen.

Es gibt detaillierte Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen Bereich, bei innerstaatlichen Konflikten und ermutigende Erfahrungen auf internationaler Ebene. Die UNO, zwischenstaatliche und regierungsunabhängige Organisationen haben auf diesem Gebiet durch Verhandlungen, Schlichtung und Beobachtermissionen bereits Beachtliches geleistet. Zu den wichtigsten Instrumenten zählt auch der Zivile Friedensdienst (ZFD), der mit den Konfliktparteien vor Ort an Lösungen arbeitet, die für alle tragbar sind. Die „Internationale Münchner Friedenskonferenz“ beschäftigt sich seit 2003 mit diesen neuen Ansätzen und zeigt internationale Beispiele für das Gelingen auf.*

Von der Bundesregierung erwarten wir:

Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr

Stopp der Waffenexporte und Unterbindung des illegalen Waffenhandels

Senkung der Rüstungsausgaben und eine deutliche Erhöhung der Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

Einführung eines Zivilsteuergesetzes: Kein Steuer-Zwang zur Mitfinanzierung der Militärausgaben

Schritte zur Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung

Eine Stärkung der Institutionen der gemeinsamen Sicherheit wie UNO und OSZE

Ziele und Aufgaben der Friedenskonferenz:

Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.

Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit.

Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.

Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten.

Wir setzen uns mit unserem Handeln und der „Internationalen Münchner Friedenskonferenz“ dafür ein, dass die Menschen in Frieden und in sozialer Gerechtigkeit miteinander leben und verantwortlich mit der Natur umgehen.

*) Die inhaltlichen Beiträge zu den Friedenskonferenzen sind dokumentiert unter www.friedenskonferenz.info

Internationales Forum

Frieden und Gerechtigkeit gestalten

Zusammenfassender Bericht
zum Internationalen Forum „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“
vom 20.2.2016

von Tobias Damjanov

Die Veranstaltung, die Teil der Internationalen Münchner Friedenskonferenz war, bestand aus einem Vortragsabend (12.2.) und einem Gesprächsforum (13.2.) mit jeweils den gleichen ReferentInnen: Loretta Napoleoni M.A. (Journalistin und Autorin), Dr. Markus A. Weingardt (Religionswissenschaftler und Bereichsleiter Frieden bei der „Stiftung Weltethos“) und Nirit Sommerfeld (Schauspielerinnen und deutsch-israelische politische Aktivistin). Moderator war jeweils Clemens Ronnefeldt (Friedensreferent des Internationalen Versöhnungsbundes). Am Vortragsabend trug Beatrix Zurek (Stadträtin) ein inhaltliches Grußwort im Namen der Stadt München vor.

Der **Vortragsabend** zog meiner Schätzung nach (ich kann schlecht schätzen!) über 300 Besucher an; das Gesprächsforum am folgenden Vormittag deutlich weniger.

Frau **Napoleoni** konzentrierte sich auf den IS und dabei fast ausschließlich auf die innengeleiteten Faktoren seiner Entstehung und seiner Politik. So seien die Entscheidungen des IS keine religiösen, sondern taktische Entscheidungen. Der IS setze sich hauptsächlich aus religiösen Salafisten und säkularen früheren Anhängern von Saddam Hussein zusammen. Im Unterschied zu etwa Al Qaida sei das Kalifat für den IS eine Waffe. Die zentralen Eroberungsziele des IS seien „water, food and energy“. Differenzierend legte sie dar, dass die Etablierung der IS-Administration (Verwaltung, Bürokratie) in den eroberten Gebieten nicht (!) eine Angelegenheit des Militärs seien, was sie zu der Ableitung brachte: „Der IS mag

barbarisch kämpfen, aber sein Management ist sehr modern.“

Worauf der IS abzielt, ist nach ihrer Meinung ein Bündnis für artverwandte Gruppen zu bilden, einen „antiimperialistischen Schirm“ mit der Ausrichtung der Gründung einer „new nation“ – oder anders: die Realisierung einer muslimischen Utopie. Damit würde der IS Zustimmung und Unterstützung gewinnen wollen. Napoleoni zog hier den Vergleich zur Herausbildung der „new nation“, als die USA ihre Unabhängigkeit anstrebten.

Zur Konfliktlösung: Es kann nur um eine politische Lösung gehen („You do not bomb ideology“; frei übersetzt: Mit Bomben lässt sich keine Ideologie bekämpfen). Verhandlungen sollten nicht den USA und Russland überlassen werden, sondern Europa genau so wie den IS einbeziehen. Ihr konkreter Verhandlungsansatz lautet: „Go to the tribal leaders and embrace the new nation which has to come from Europe!“ (Wenden Sie sich an die Stammesführer und akzeptieren Sie die neue Nationenbildung. Das muss von Europa kommen). Nebenbei: Die Fluchtgründe seien nicht der IS, sondern die westlichen Bombardements.

Im **Gesprächsforum** betonte Napoleoni den Ansatzpunkt Stammesführer (bei Verhandlungen), weil diese stellenweise vom IS akzeptiert zu werden scheinen. Von daher sieht sie auch die Rolle verschiedener Volks- oder Stammesgruppen als wichtig an, die über den IS zur besagten „new nation“ geformt werden sollen. Andererseits problematisierte sie die westliche Unterstützung verschiedener Oppositionsgruppen (in Syrien z.B., aber auch hinsichtlich der Kurden), weil dies im Ender-

gebnis zu größerer Destabilisierung in der Region führe. Die, die vor den Kriegen flüchteten, die zu uns kommen, seien „die große Chance, die Friedensbewegung wiederzubeleben“.

Zum Zusammenhang des Syrienkonflikts plus IS mit dem von Israel und Palästina: Der IS habe keinerlei Interesse am Israel-Palästina-Konflikt (im Unterschied zur Rhetorik von Al Qaida), nach dem Motto: Wollt ihr die muslimische Utopie verwirklichen? Dann kommt zu uns! Palästina ist dabei uninteressant. Das beweise einmal mehr die „Modernität“ des IS.

Zu einer KSZE-ähnlichen „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten“ äußerte sich Napoleoni sehr skeptisch: Daran bestünde kein Interesse. Das begründete sie allerdings nicht weiter. (Randbemerkung: Der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Ischinger, hatte sich zuvor zumindest in der Presse sehr positiv für eine solche Konferenz ausgesprochen.)

Dr. **Weingardts** Ansatz war darzulegen, dass in vielen Friedensprozessen religiöse Akteure eine konstruktive und wichtige Rolle spielen. Dazu nannte er eine Reihe erfolgreicher Beispiele aus der Vergangenheit (die ich hier nur schlagwortartig wiedergebe): Nordwest-Indien, Mosambik, Kambodscha, Argentinien-Chile, Philippinen bzw. die Quäker, Rabbiner für Menschenrechte, interreligiöse Räte, Movement for Peace in Liberia. Er machte auf die gemeinsamen Merkmale dieser unterschiedlichen Akteure in unterschiedlichen Konflikten aufmerksam: Sachkenntnis der Konfliktlage und Kenntnis gewaltfreier Konfliktlösungen, die eigene Glaubwürdigkeit und Mut zur Aktion, Verbundenheit zu den

Menschen im Konflikt. Deswegen genießen nach seinen Beobachtungen religiöse Vermittler häufig einen Vertrauensvorsprung. Wesentlich sei, dass es bei dieser Art von Konfliktbearbeitung nicht um die Verteidigung einer Religion ginge.

Frau **Sommerfeld** (die, das soll nicht unerwähnt bleiben, auch mit ihrer Gruppe „Orchester Shlomo Geistreich“ Klezmer-Lieder vortrug) gab einen zum Teil kritischen Überblick über NGOs in Israel und Palästina, wo es weltweit die größte Dichte von NGOs gibt. Eingangs machte sie deutlich, dass es sich bei ihren Beispielen nicht um NGOs handelt, die sich allgemein dem Frieden verschrieben haben, sondern die punktuell Problembewusstsein schaffen bzw. in konkreten Problembereichen Unterstützung anbieten wollen.

(Ich liste die NGOs, die sie genannt hat, nur kurz auf. Wen jeweilige Details interessieren, der kann mit dem Namen über Google oder wikipedia Genaueres erfahren)

Tobias Damjanov, 20.2.2016

- **Breaking the Silence:** eine Gruppe ehemaliger SoldatInnen, die wegen „antisraelischer Aktivitäten“ hexenjagdmäßig verfolgt werden
- **Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD** = Israelisches Komitee gegen Häuserzerstörung)
- **Yesh Din** (Es gibt Recht): Menschenrechtsorganisation, die Rechtsbeistand für Palästinenser anbietet und mutmaßliche Verbrechen der israelischen Armee untersucht
- **Zochrot** (Die sich Erinnernden): Setzt sich für die Anerkennung der Geschehnisse von 1947/48 ein und wird deswegen von der israelischen Regierung bekämpft
- **New Profile:** Feministische Gruppe gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Will die gesellschaftliche Entmilitarisierung erreichen
- **Machsom Watch:** hervorgegangen aus Women in Black
- **Who profits?** Forschungszentrum zur Aufdeckung kommerzieller Interessen israelischer sowie internationaler Unternehmen, Profit aus der Besetzung palästinensischer Gebiete zu schlagen (www.whoprofits.org)
- **Palestinian Committee for Human Rights (PCHR):** Zentrum für Menschenrechte
- **Holy Land Trust:** vertritt strikten gewaltfreien Widerstand und die Lehre der gewaltfreien Kommunikation
- **Parents Circle:** israelisch-palästinensische NGO, in der Familien aus Gaza und Israel organisiert sind, die Angehörige durch den Konflikt verloren haben. Prinzipien: Dialog, Toleranz, Frieden, Versöhnung
- **Israelisch-jüdische Initiative zur Beendigung der Besatzung (SISO)**
- **Deutsche Initiative zur Beendigung der israelischen Besatzung**



v.l.n.r.: Robert Probst, Nirit Sommerfeld, Markus A. Weingardt, Loretta Napoleoni, Clemens Ronnefeldt, Beatrix Zurek, Andi Arnold, Thomas Rödl

Einführung

von Clemens Ronnefeldt, Moderator

Guten Abend, liebe Besucherinnen und Besucher des Internationalen Forums im Rahmen der 14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Ich möchte Sie - auch im Namen der Vorbereitungsgruppe und des Trägerkreises dieser Konferenz - sehr herzlich begrüßen.

Mein Name ist Clemens Ronnefeldt, ich komme aus Freising und arbeite seit 1992 als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes.

Auch in diesem Jahr haben wir wieder kompetente Gäste auf das Podium eingeladen, die ich Sie

Wir freuen uns, dass das Orchester „Shlomo Geistreich“ diesen Abend musikalisch bereichert.

Shlomo Geistreich, das sind die Sängerin Nirit Sommerfeld, begleitet von Robert Probst am Piano und Andi Arnold an der Klarinette. In ihren an Klezmer angelehnten Liedern geht es um die beiden wichtigsten Themen des Lebens: Die Sehnsucht nach Liebe und die Sehnsucht nach Frieden.

Liebe Besucherinnen und Besucher, der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen veröffentlichte im Jahre 2007 folgende Karte: Sie zeigt die Auswirkungen des

Klimawandels, für den wir Menschen auf der nördlichen Erdhalbkugel hauptverantwortlich sind - und dessen Folgen vor allem die Menschen auf der Südhalbkugel tragen: In Form der Verschlechterung von Trinkwasserreserven, des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion, der Zunahme von Sturm- und Flutkatastrophen und einer dadurch ausgelösten

Migrationswelle. Es ist nicht mehr zu leugnen: Unsere westliche Leitkultur ist zu einer Leid-Kultur für viele Menschen weltweit geworden. Neu ist, dass die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Sicherheitspolitik auf uns selbst immer mehr zurückschla-

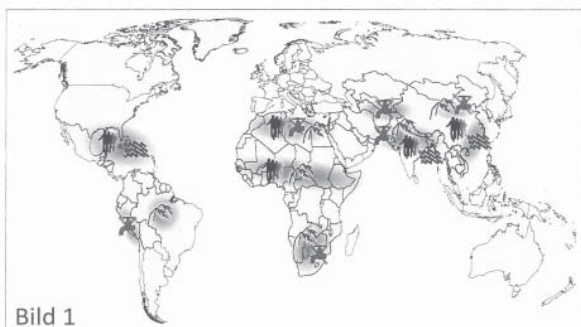
gen.

Warum tun wir eigentlich nicht, was wir längst wissen: Weniger Braunkohle verheizen, weniger Flugreisen, weniger Autoverkehr mit Verbrennungsmotoren, weniger Fleischkonsum, weniger Agrarsubventionen, weniger Rüstungsexporte - statt dessen mehr erneuerbare Energien, lokale Wirtschaftskreisläufe, mehr Bio- und fair gehandelte Produkte, regionale Währungen, mehr Kooperation statt Konkurrenz im Rahmen einer Weltinnenpolitik?

Im Januar 2016 veröffentlichte „Oxfam“ die neueste Studie zu globalen Fragen, in der zu lesen ist:

„Mittlerweile besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. (...) Ein wesentlicher Grund ist eine ungerechte Steuerpolitik. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt, neun von zehn großen Unternehmen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Sie entziehen sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen“, so „Oxfam“.

Auch in Deutschland wird die Kluft zwischen Arm und Reich



Konfliktkonstellationen in ausgewählten Brennpunkten

Sicherheitsrisiken durch Klimawandel: ausgewählte Brennpunkte. Die Karte zeigt beispielhaft nur jene Regionen, die in diesem Gutachten abgehandelt werden und sich zu Krisenherden entwickeln könnten. Quelle: WBGU

bitte, mit mir zu begrüßen:

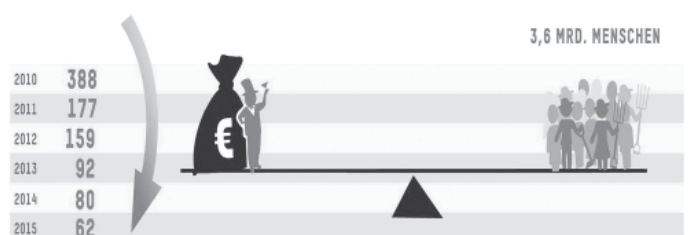
- Loretta Napoleoni
- Nirit Sommerfeld
- Markus Weingart

Als Vertreterin der Landeshauptstadt München, deren Kulturreferat auch in diesem Jahr diese Veranstaltung unterstützt, begrüße ich Beatrix Zurek.

Ganz herzlich begrüßen möchte ich auch die anwesenden Kuratoren der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Bild 2

WENIGE REICHE MENSCHEN BESITZEN SO VIEL VERMÖGEN WIE DIE GESAMTE ÄRMERE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG



Quelle: Oxfam Deutschland e.V. nach Credit Suisse (2015): Global Wealth Databook 2015, Zürich, <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=C26E3824-EB68-56ED-CC404D48B9B9AD05>.

Tiefe Kluft zwischen Arm und Reich

In Deutschland gehört zehn Prozent der Bevölkerung mehr als die Hälfte des Vermögens.

Süddeutsche Zeitung, 1. Februar 2016, Seite 1

Entsetzen über die AfD

Partei-Chefin Petry will Schusswaffen gegen Flüchtlinge einsetzen – und empört damit die Parteien.

immer größer und gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land. Gleichzeitig wurde im Vorfeld der diesjährigen Wahlen die Angst vor Flüchtlingen geschürt, fast täglich brennen deren Unterkünfte - und AfD-Chefin Frauke Petry spricht vom Einsatz von Schutzwaffen gegen Menschen, von denen viele gerade dem Grauen des Krieges entflohen sind. Während PEGIDA-Anhänger um das „christliche Abendland“ fürchten, fürchten nicht nur viele Kirchenvertreter um „das Christliche“ im Abendland.

„Teilen, nicht Töten“, lautet der programmatische Buch-Titel des Sozialethikers und Jesuiten Professor Friedhelm Hengsbach. Zum Teilen gehört auch die massive



Verbesserung der Lebensbedingungen in Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, besonders auch in den dortigen Flüchtlingslagern im Rahmen eines neuen Entwicklungsplans für die Region. Es ist vermutlich der wirkungsvollste Ansatz, der weiteren Überforderung von Städten und Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland entgegen zu wirken, in dem Menschen ermöglicht wird, in ihrer jeweiligen Heimat menschenwürdig zu überleben.

In den vergangenen Jahren haben wir auf unserer Friedenskonferenz immer wieder aufgezeigt, wie Alternativen aussehen könnten,

die nachhaltiges Leben auf unserem Planeten ermöglichen: Ich erinnere an Christian Felber und seinen Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie oder auch an Nico Paech und seinen Ansatz der „Post-Wachstumsgesellschaft“.

Wir befinden uns weltweit in gewaltigen Transformationsprozessen - auf allen Kontinenten.

Im Bereich Sicherheitspolitik werden Atomwaffen - auch in Deutschland in Büchel - modernisiert - statt sie endlich abzuschaffen. Die Gefahren eines nuklearen Schlagabtausches sind wieder gestiegen. Die US-Regierung hat angekündigt, in den nächsten 30 Jahren rund eine Billion US-Dollar in die Modernisierung von Atomwaffen zu stecken. Unterstützen wir all jene, die seit vielen Jahren laut und deutlich fordern: Atomwaffen abschaffen!

Die deutsche Verteidigungsministerin möchte bewaffnete Drohnen, während vier ehemalige US-Drohnenmitarbeiter in einem offenen Brief Ende des Jahres 2015 an die US-Regierung schrieben, Drohneinsätze - und deren Kollateralschäden - seien ein „Terrorzuchtprogramm“.

Bei den weltweiten Militärausgaben liegen die USA immer noch einsam an der Spitze -

gefolgt von China und Russland. Während allerdings nach dem 11. September 2001 die USA fast genauso viel für Rüstung ausgaben wie alle anderen rund 190 Staaten der Erde zusammen, beträgt deren Anteil heute nur noch ca. 38 Prozent.

Am 29.10.2015 berichtete die Süddeutsche Zeitung:

„Der Waffenhersteller Heckler und Koch verklagt die Bundesregierung, weil derzeit keine Ausfuhrgenehmigungen für Komponenten von G36-Gewehren nach Saudi-Arabien erteilt werden“.

Es ist dies ein in der deutschen Geschichte bisher einmaliger Vorgang - bei dem Heckler und Koch hoffentlich bald die Grenzen aufgezeigt werden.

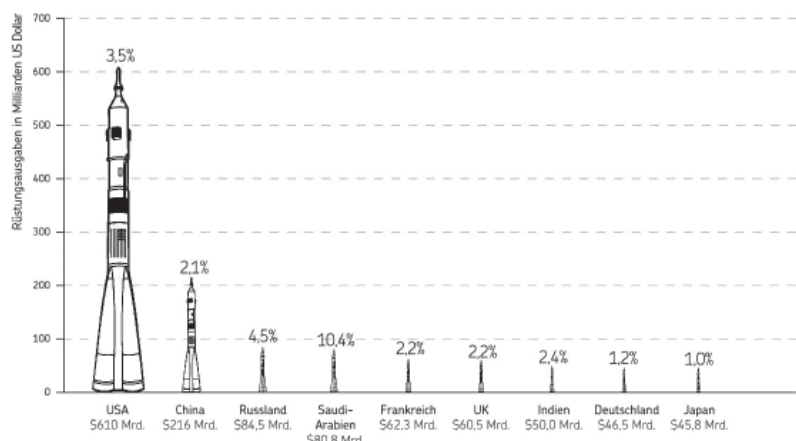
Beim Waffenexport liegt Deutschland nach wie vor im weltweiten Spitzenbereich - und auch hier schlägt unser Handeln - wie auch unser Unterlassen von Widerstand gegen diese Politik - immer deutlicher auf uns zurück. Unterstützen wir daher Kampagnen gegen Rüstungsexporte!

Liebe Besucherinnen und Besucher unserer Friedenskonferenz, wir sind auf dem Weg in eine multipolare Welt - in der die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) eine immer größere Rolle spielen werden. In das Machtvakuum, das die US-Regierung im Mittleren Osten nach ihren verlorenen Kriegen in Irak und Afgha-

Bild 5

// Länder mit den 9 höchsten Rüstungsausgaben im Jahr 2014

Höhe der Rakete entspricht der Ausgaben in Mrd. US Dollar // Prozentangaben entsprechen dem Anteil am Bruttoinlandprodukt (BIP)



Datenquelle: SIPRI Facts Sheet "Trends in World Military Expenditure, 2014" // Eidgenössische Finanzverwaltung, Taschenrechner Öffentliche Finanzen 2014 // BIP gemäss Produktionsansatz
 *Schweizer Rüstungsausgaben von 0,801 Milliarden CHF entspricht 0,844 Milliarden USD // mittlerer Wechselkurs von 1 CHF = 1,05 USD // BIP der Schweiz für 2014: 642,256 Milliarden CHF
 © Alexandre de Robauld de Beaureaux, SIPRI AG 2015, www.sipri.ch

Swiss Institute for Peace and Conflict Research
SIPRI 40

nistan hinterlassen hat, sind neue Akteure - wie Russland, Iran oder Saudi-Arabien - gestoßen. Zeiten des Niedergangs eines Imperiums waren immer schon unruhige Zeiten.

In seinem Buch „Das Ende der Megamaschine“ schreibt Fabian Scheidler: „Eine entscheidende Frage wird sein, ob die USA ihre Rolle als globaler Hegemon, die im 21. Jahrhundert nicht mehr zu halten ist, auf relativ friedliche Weise aufgeben oder nicht“ (S.222).

Gelingt es z.B. der US-Regierung mittels TTIP und anderer Instrumente Westeuropa stärker in den US-Einflussbereich zu ziehen - oder wird der eurasische Kontinent wieder zu einer stärkeren Wirtschaftseinheit zusammen wachsen?

„Im Namen der Menschlichkeit“: „Es ist Zeit, die Globalisierung der Gleichgültigkeit zu beenden“!

Zivile, diplomatische Alternativen sind möglich, wie die Abschaffung der Chemiewaffen in Syrien oder das Atomabkommen mit Iran gezeigt haben. Bei entsprechendem politischen Willen könnte auch die heute Nacht beschlossene Vereinbarung der „Syrien-Unterstützergruppe“ zu

einem dauerhaften Waffenstillstand zwischen Regierungstruppen und Rebellen - sowie den jeweiligen Unterstützerstaaten auf beiden Seiten führen. Endlich könnten Eingeschlossene, Flüchtende, Verletzte und Verhungerte mit Hilfsgütern versorgt werden.

Warum war das Verhandlungsergebnis von heute Nacht nicht schon früher möglich?

Warum wird die Türkei, die den IS bisher unterstützte und Kurden, die gegen den IS kämpften, bombardierte, als westlicher Kooperationspartner im Kampf gegen

den IS angesehen?

Warum wird Saudi-Arabien, das in Syrien und Jemen mit Iran einen Kampf um die Vorherrschaft um die Region austrägt und weltweit Koranschulen mit gefährlicher Ideologie finanziert, mit westlichen Waffen unterstützt - statt als Teil



des Problems angesehen zu werden?

Wir werden uns heute Abend wieder auf einzelne Felder konzentrieren - viele wichtige Themen können nicht behandelt werden.

Eine der drängendsten Fragen lautet derzeit: Wie kann deeskalierend mit dem sogenannten Islamischen Staat umgegangen werden? Selbst wenn die Syrien-Verhandlungen in der Schweiz mit einem Friedensschluss enden sollten - das Problem IS wird damit nicht gelöst sein.

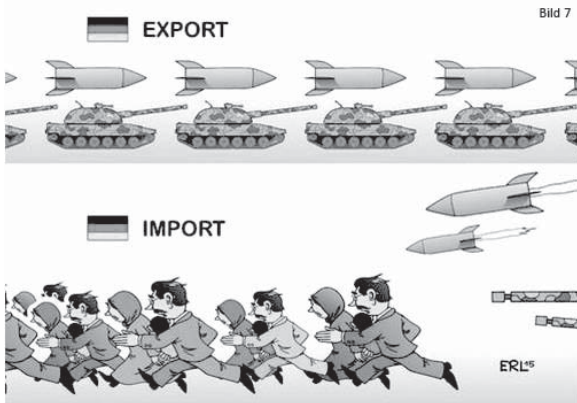
Wir sind gespannt, was uns Frau Napoleoni zum Thema „Ansätze für zivile Lösungen“ sagen wird.

In vielen internationalen Konflikten spielt das Thema „Religion“ eine zunehmend stärkere Rolle - manche sehen gerade die monotheistischen Religionen wegen eifersüchtiger Gottesbilder eher als Problem denn als Lösung. Markus Weingart wird Beispiele für Friedensarbeit aus religiöser Motivation vorstellen.

Auch der Israel-Palästina-Konflikt hat in den letzten Jahren eine deutliche Eskalation wegen religiöser Motive gezeigt - aktuell im Streit um den Tempelberg. Eine Änderung des Status Quo könnte leicht zum Flächenbrand eskalieren, der die gesamte Region noch stärker als bisher in Mitleidenschaft zieht.

Nirit Sommerfeld wird nach der Pause Versöhnungsprojekte im israelisch-palästinensischen Konflikt vorstellen.

Damit möchte ich meine Einleitung beenden und nun Sie, Frau Zurek bitten, ein Grußwort der Stadt München an uns zu richten.



Und welche Rolle wird in diesem Macht-Tauziehen noch dem Krieg in der Ukraine zukommen?

Wird sich die deutsche Außenpolitik weiter militarisieren - demnächst in Libyen - oder lassen wir uns aufrütteln von Heribert Prantl und seinem flammenden Appell



Grußwort der Landeshauptstadt München



Beatrix Zurek

Stadträtin der Landeshauptstadt München



Sehr geehrte
Damen und Herrn,

Vielen herzlichen Dank für die
freundliche Begrüßung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich darf auch eine Kollegin aus dem
Stadtrat begrüßen: Frau Brigitte
Wolf. Wir beide treffen uns immer
hier bei dieser Veranstaltung.

Es ist mir eine Freude und ich habe
heute wiederum die Ehre, Ihnen
in Vertretung von Herrn Oberbür-
germeister Dieter Reiter zur 14.
Friedenskonferenz die Grüße der
Landeshauptstadt München zu
überbringen.

Ich hatte mein letztjähriges Gruß-
wort mit dem Satz fortgeführt:
„Sehr geehrte Damen und Herren,
in welcher Welt leben wir eigent-
lich“ und heute muß ich feststel-
len, dass ich mein diesjähriges
Grußwort mit dem selben Satz
beginnen kann und es auch noch
schärfer weiterführen kann: „In
was für einer Welt voll Schrecken
und Gewalt leben wir eigentlich?“
Auch in den vergangenen Monaten
wurden wir mit gewaltigen Atten-

taten, mit menschenverachtenden
brutalen Hinrichtungen, mit erbar-
mungslosen Kriegen konfrontiert.
Barbarisch und ohne Respekt vor
Menschen agiert die IS. Rücksichts-
lose Bombardements auf Menschen
und Flüchtlinge fanden in Syrien
statt.

Wir wähten uns nach der Wieder-
vereinigung und nach dem Ende
des Kalten Krieges schon auf einem
guten Weg und doch ist unsere
Welt von Frieden und Sicherheit,
von all dem weiter denn je ent-
fernt.

In der Syrienkrise, das ist schon
von Ihnen angesprochen worden,
ist es gestern wenigstens gelungen,
einen kleinen, einen wirklich klei-
nen Schritt in die richtige Richtung
zu gehen, nachdem die Verhand-
lungen der Konferenzgruppe unter-
brochen wurden.

Wenn man sich schon über die
Begriffe „Feuerpause“ und „Waffen-
stillstand“ einigen muss, um einen
Schritt weiter auf dem Weg zu

gehen, sehen wir, wie weit wir von
einem Frieden entfernt sind. Und
Syrien ist nur ein Beispiel für einen
Krisenherd, von dem es viele gibt
und es werden leider nicht weniger
in dieser Welt .

Über 50 Millionen Menschen befin-
den sich auf der Flucht und immer
mehr verlassen ihre Heimat auf-
grund kriegesischer Auseinander-
setzungen oder aufgrund bestehen-
der Perspektivlosigkeit.

Und bis zum letzten September
hatten wir noch einen ganz wei-
ten Blick auf diese Flüchtlinge
und dann ist der Krieg mehr oder
weniger zu uns gekommen. Und er
ist nahe an uns herangerückt durch
die ankommenden Flüchtlinge
am Hauptbahnhof. Aber an dieser
Stelle möchte ich wirklich sagen:
Wir können stolz sein auf unsere
Stadt, wir können stolz sein auf Sie
alle, wie Sie die Menschen empfan-
gen haben, wie Sie angesichts der
ankommenden Flüchtlinge agiert
haben und an dieser Stelle ein
herzliches „Dankeschön“ seitens

der Landeshauptstadt München (Beifall).

Und wir sind weiterhin stolz auf die Münchnerinnen und Münchner, die sich rechtspopulistischer, rassistischer und menschenfeindlicher Hetze widersetzen und allmorgendlich den Demonstrationen von Pegida entgegengetreten, die nicht aufhören, Hass und Neid zu säen und zu demagogieren.

Doch es hat nicht lange gedauert, dann fing die Diskussion über die Obergrenzen an. Und ich kann an dieser Stelle nur eines feststellen: Das im Grundgesetz verankerte Asylgrundrecht kennt keinerlei Obergrenze und auch für Deutschland gilt die Genfer Flüchtlingskonvention.

Und auch wenn man uns Anderes erzählen möchte: Kein Mensch verläßt ohne Not seine Heimat. Heimat ist etwas, was man behalten möchte, und wer in einem Land lebt, das von Krieg und Zerstörung heimgesucht wird, der flieht eben und der sucht den Frieden.

Es werden nunmehr Milliardenpakete geschnürt, Milliardenpakete, die aber die Konflikte leider nicht lösen. Wichtig ist es, in die Zukunft dieser Länder und nicht in die Konflikte zu investieren und uns intensiv mit unseren Rüstungsexporten auseinanderzusetzen. Auch dies ist schon angesprochen worden.

Man kann es fast als bizarr werten, was in einer Antwort der Bundesregierung dieser Tage auf eine kleine Anfrage der Fraktion der Linken im Bundestag mitgeteilt wurde: Dass das Gesetz nicht zwischen offensiven und defensiven Waffen unterscheidet. Man unterscheide zwischen Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, verfolge eine restriktive Rüstungsexportpolitik und würde im Einzelfall entscheiden. Ich denke, die Äußerung steht für sich.

Diese Konferenz ist auch im 14. Jahr ihres Bestehens aktueller denn je und notwendiger denn je. Und ich kann auch nur wie letztes Jahr wiederholen: Nicht weit von uns findet die 52. Sicherheitskonferenz

statt, die mal als Wehrkundetagung gestartet ist und nunmehr Sicherheitskonferenz genannt wird. Ein Treffen im Bayrischen Hof, wo Militärs und Repräsentanten der Rüstungsindustrie mit hochrangigen Politikern aus aller Welt zusammentreffen und diskutieren. Sie diskutieren über die Sicherheit in dieser Welt. Sicherer und friedlicher ist unsere Welt dadurch leider nicht geworden. Noch mehr Waffen, noch mehr Soldaten, noch mehr Kriege, das ist keine Antwort, das ist keine Lösung für die Konflikte.

Mahatma Gandhi hat formuliert: „Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg“. Er hat Recht mit dem, denn er hat darauf hingewiesen, dass wir den Friedensweg gehen müssen und nicht nur den Weg zum Frieden.

Wenn man eine Definition des Friedens versucht, kommt man nach der Lektüre der vielfältigen Quellen zu einer einfachen Definition: Frieden stellt Harmonie dar. Das ist eben eine Situation, wenn keine Konflikte vorhanden sind.

Eine Journalistin, Juliane Schäuble, hat im Tagesspiegel im Jahr 2010 in einem Artikel, der sich mit der Frage beschäftigt, was ist eigentlich Frieden, es so formuliert: Dass der norwegische Mathematiker und Politologe Johan Galtung, der die Friedens- und Konfliktforschung mitbegründet hat, die reine Abwesenheit von Gewalt einen negativen Frieden nennt. Dagegen bestehe ein positiver Friede in der Abwesenheit von struktureller Gewalt. Das sei alles, was Individuen daran hindert, sich voll zu entfalten, Diskriminierung genauso wie die ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildungschancen und Lebenserwartung. Friede,

der nachhaltig sein will, muss nicht nur die Konfliktherde beseitigen, sondern er muss sich auch mit den Ursachen der Konflikte beschäftigen. Es geht eben um eine gerechte Verteilung von Einkommen, Bildungsschancen Perspektiven, und von Lebenserwartung. Auch das ist ein Friedensbeitrag. Und eine gerechte Verteilung der Güter.

Es geht auch um eine gerechte Handels- und Entwicklungspolitik, wie es so schön heißt und immer zitiert wird, „auf Augenhöhe“.

Der Dalai Lama hat es richtig formuliert: „Eine Voraussetzung für den Frieden ist der Respekt vor dem Anders-Sein und vor der Vielfältigkeit des Lebens“. Aber, und da hat Cicero Recht: „Der ungerechteste Friede ist viel mehr und viel besser als der gerechteste Krieg“. (Beifall; B. Zureck: „Das ist nicht von mir, das ist wirklich Cicero“).

Auf der nunmehr 14. Friedenskonferenz sehen Sie es als Ihre Aufgabe, Alternativen und gewaltlose Lösungswege für die Krisen und Konflikte auf dieser Welt zu finden.

Ich darf mich an dieser Stelle für Ihr Engagement als Organisatoren, als Teilnehmer der Veranstaltungen dieser Friedenskonferenz, für Ihre Impulse, für Ihre Arbeit, für Ihr Engagement und für Ihr tätiges Mitwirken am Frieden und für Ihre Unterstützung der Flüchtlinge seitens der Landeshauptstadt München ganz herzlich bedanken und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Loretta Napoleoni

Herausforderung Kalifatstaat

Ansätze für zivile Lösungen

Loretta Napoleoni ist in Rom geboren und aufgewachsen, heute lebt Sie in London und den USA.

Mitte der 1970er Jahre war sie ein aktives Mitglied in der Frauenrechtsbewegung. Sie schrieb ihre Masterarbeit im Bereich „Internationale Beziehungen“ und ihre Promotion über das Thema „Terrorismus“.

Von 2007 bis 2010 war sie Leiterin des ersten italienischen Lehrgangs für investigativen Journalismus. Frau Napoleoni, die auch Ökonomin ist, hält regelmäßig Vorträge zum Thema „Terrorismusfinanzierung“.

Sie ist Autorin zahlreicher Bücher. Breite Resonanz fand ihre Veröffentlichung „Die Rückkehr des Kalifats. Der islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens“, Zürich 2015. Sie haben das Wort.



Der britische Ex-Premier Tony Blair entschuldigte sich im Oktober 2015 für die Beteiligung Großbritanniens an der Irak-Invasion im Jahr 2003 und räumte ein, dass der Irakkrieg zum Entstehen des „Islamischen Staates“ beigetragen hat. Unerwähnt ließ er, dass die Gründung des „Islamischen Staates“ eng verbunden ist mit dem von den amerikanischen und britischen Behörden geschaffenen Mythos von Abu Musab al-Zarqawi.

Die Amerikaner und Briten bemühten sich Ende 2002, eine militärische Intervention im Irak zu legitimieren, indem sie Saddam Hussein den Besitz von Massenvernichtungswaffen vorwarfen. Trotz mehrerer Inspektionen gelang es jedoch nicht, die Existenz solcher Waffen nachzuweisen. Daher sollte nun eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und al-Quaida hergestellt werden. Obwohl al-Quaida und das irakische Regime in Wirklichkeit verfeindet waren,

behaupteten die Amerikaner und Briten beweisen zu können, dass Bin Laden einen seiner Männer zu Saddam Hussein geschickt habe, um diesem eine Zusammenarbeit anzubieten.

Bei diesem Mann handele es sich um al-Zarqawi. Dabei war Abu Mussad al-Zarqawi noch nicht einmal Mitglied von al-Quaida. Dieser radikale Salafist aus Jordanien leitete bis zum US-Angriff auf Afghanistan ein Trainingslager bei Herat, nahe der iranischen Grenze. Dort bildete er Selbstmordattentäter für ihren Einsatz in Jordanien aus. Sein Plan war es nicht – wie al-Quaida – die westliche Welt, also einen fernen Feind, zu bekämpfen, sondern er wollte ein islamisches Kalifat errichten und mit diesem politischen Gebilde die Legitimität der muslimischen Mächte im Nahen Osten in Frage stellen.

Weil die Amerikaner jedoch unterstellten, al-Zarqawi sei der

al-Quaida-Mann im Irak, galt dieser fortan weltweit als islamistischer Top-Terrorist. Von heute auf morgen nahmen Finanziere von al-Quaida mit ihm Kontakt auf und unterstützten seine Organisation im Irak. Im August 2003 koordinierte er Anschläge auf die UN-Vertretung in Bagdad und auf eine schiitische Moschee – schon damals war er der wohl mächtigste Dschihadist im Irak.

Bis dato hatten die irakischen Sunniten und Schiiten einander nicht bekämpft. Al-Zarqawi löste bewusst einen Konfessionskrieg aus, weil er die Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Koalitionsstreitkräfte im Irak fürchtete. Wäre es dazu gekommen, hätten die Dschihadisten keine Möglichkeit mehr gehabt, die Aufstände anzuführen. Die Ursachen des Konfessionskriegs liegen also in einer strategischen Entscheidung, die im Irak selbst getroffen wurde.

Die Popularität von al-Zarqawi war für einige hochrangige Offiziere der aufgelösten irakischen Armee und des Geheimdienstes der Anstoß, sich seiner Gruppe anzuschließen, um die Koalitionstruppen zu bekämpfen. Sie alle waren Sunniten, die meisten von ihnen stammten aus dem „sunnitischen Dreieck“, daher war ihnen der Konfessionskrieg von al-Zarqawi gleichgültig. Umgekehrt veranlasste sie die Annäherung der schiitischen Elite an die Koalitionstreitkräfte, an den Kämpfen teilzunehmen.

Camp Bucca

Al-Baghdadi, der Kalif des Islamischen Staats, war einer von jenen, die an der Seite von al-Zarqawi im Irak kämpften. 2005 wurde er gefangen genommen und saß im US-Camp Bucca gemeinsam mit zahlreichen früheren hochrangigen Mitgliedern der Armee und des Geheimdienstes Saddam Husseins seine Haft ab. In den darauffolgenden Jahren taten sich diese zusammen und planten die nächsten Etappen ihres Kampfes.

Als die amerikanischen Truppen 2010 den Irak verließen und Camp Bucca geschlossen wurde, ließ man die zukünftige Führungsriege des Islamischen Staates frei. Damals begannen sie, ihre Pläne in die Tat umzusetzen.

Ich halte es hier für wichtig hervorzuheben, dass der Islamische Staat von zwei Säulen getragen wird: zum einen hat er ein religiöses Fundament mit den radikalen salafistischen Dschihadisten; zum anderen ist er aber auch säkular geprägt durch seine Mitglieder aus dem früheren militärischen Establishment von Saddam Hussein. Beide eint der Wunsch, eine neue Nation zu erschaffen, eine sunnitische Nation. Der Nationalismus wurde zum Kleber, zum gemeinsamen Nenner dieser beiden unterschiedlichen Elemente.

Von Anfang an war die Errichtung eines eigenen Staates Ziel und Ausgangspunkt für ihren Kampf. Das ist ein einzigartiges Merkmal, denn für alle früheren dschihadistischen Gruppen, einschließlich al-Quaida

und die Taliban, war die Errichtung eines Kalifats das Endziel des Dschihad; für den Islamischen Staat dagegen ist das Kalifat ein Kriegswerkzeug und Mittel zum Sieg.

Vor diesem Hintergrund fällt es leicht zu verstehen, warum die Führungselite des Islamischen Staates 2011 beschloss, nach Syrien einzumarschieren. Dort hatte die Unterdrückung des Arabischen Frühlings durch das Regime einen Bürgerkrieg entfacht, der rasch in einen Stellvertreterkrieg der Konfessionen ausartete.

Während sich der Iran an die Seite des Assad-Regimes stellte und auch die Beteiligung der Hisbollah an diesem Konflikt finanzierte, unterstützten die Golfstaaten die sunnitischen bewaffneten Gruppen, die gegen das Assad-Regime kämpften. Für die Veteranen des Islamischen Staates im Irak war dies eine ideale Vorlage, um Geldgeber zu finden.

Wie unterstützten die verschiedenen Geldgeber die jeweiligen Gruppen? Durch Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl. Erdöl wur-



de zur Waffe und ist es noch immer. Da der Stellvertreterkrieg in Syrien weiter eskalierte, brauchte es zur Deckung der Ausgaben immer mehr Erdöl, also wurde weiter gefördert. In diesem Kontext ist auch die Bereitschaft des Iran zu Verhandlungen mit der Obama-Regierung zur Beendigung der Wirtschaftssanktionen zu betrachten. 2016 wird dies wohl bedeutende Auswirkungen auf den Erdölmarkt und den Konflikt in Syrien haben.

Statt gegen Assad zu kämpfen, griff der Islamische Staat andere dschihadistische Gruppen an, um sich selbst als mächtigste Organisation zu etablieren und seine eigene territoriale Enklave zu schaffen. Bald darauf leiteten die sunnitischen Geldgeber die meisten ihrer Mittel zum Islamischen Staat um und entzogen anderen aufständischen Gruppen ihr Kapital. Dadurch haben sie unwissentlich die Geburtsstunde des Kalifats de facto mitfinanziert.

Angriffsziele des Islamischen Staates waren strategische Regionen, die reich an natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Wasser und fruchtbares Agrarland sind. Er benutzte die alte Strategie Saddam Husseins und entsandte vorab ein kleines Exekutionskommando zur Ausschaltung der Opposition, dann folgte der militärische Einmarsch. Sobald eine Region erobert worden war, zog die Armee wieder ab und überließ das Gebiet einer Zivilregierung.

Das ist ein wesentlicher Punkt. Keine bewaffnete Armee hatte zuvor zwischen Militär-, Behörden- und Verwaltungspersonal unterschieden. Diese Unterscheidung geht auf den modernen Staat zurück, dessen Aufgaben die Schaffung nationaler Sicherheit innerhalb seiner Grenzen und die Herstellung der öffentlichen Ordnung sind. Die Streitkräfte sind für die nationale Sicherheit und den Grenzschutz zuständig. Die Polizei und die Verwaltungskräfte sorgen für die öffentliche Ordnung. Der Islamische Staat im Irak und Syrien ist diesem Modell gefolgt.

Der Behörden- und Verwaltungsapparat sorgt nicht nur für die Befriedung der durch die Miliz eroberten

Gebiete, sondern kümmert sich auch um die Wiederherstellung der notwendigen Infrastruktur: die Versorgung mit Wasser und Elektrizität, die Wiedereröffnung von Krankenhäusern, Märkten und Schulen, wodurch der Bevölkerung ermöglicht wird, zur Normalität zurückzukehren. Man darf nicht vergessen, dass es sich hier um Gebiete handelt, in denen lange Zeit politische Anarchie herrschte und die von Kriegstreibern und kriminellen Banden heimgesucht wurden.

Ökonomisch gesehen folgt der Islamische Staat in Irak und Syrien dem Kapitalismusmodell. Die Nutzung der Ressourcen vor Ort wurde den Stammesführern übertragen, die darüber wachen und zugleich Abgaben an den Islamischen Staat zahlen. Die lokale Bevölkerung fördert und schmuggelt das Erdöl, das derzeit ca. 20% des BIP des Kalifats ausmacht. Die Aufteilung der Gewinne verbleibt in den Händen der Stammesführer.

Dieser innovative Ansatz, zusammen mit der sozialen Tätigkeit und der Überlassung der Ressourcen an die lokale Bevölkerung sollten dazu beitragen, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Keine andere dschihadistische Gruppe hatte sich zuvor darum bemüht.

Bereits 2013 erwirtschafteten die vom Islamischen Staat kontrollierten Enklaven genug Erträge, um ihre lokale Wirtschaft selbst aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Expansionskrieg, den die Miliz führte, finanziell zu unterstützen. Ab diesem Zeitpunkt wurden keine Geldgeber mehr benötigt.

Der Islamische Staat war mit Erfolg finanziell unabhängig geworden und verkündete nun die Geburtsstunde des Kalifats – seiner mächtigsten Waffe – mit einer Videobotschaft, die um die Welt ging. Ein Dschihadist aus Chile zerstört in diesem Video das Grenzschild zwischen Syrien und Irak und beendet damit eine geo-politische Aufteilung, die die Europäer Anfang des 20. Jahrhunderts auf dem Reißbrett festlegten. Kurz darauf

griff die Miliz des neuerrichteten Staates die Stadt Mosul und dessen Umgebung an.

Aus diesen Ereignissen lassen sich zwei wichtige Punkte ableiten:

1. Das Kalifat ist eine Waffe des Dschihads und stellt dessen Neudefinition zufolge einen anti-imperialistischen Aufstand dar. So benutzte der Islamische Staat bei der Ausrufung des Kalifats vor der Welt nicht einen Araber, nicht einmal einen Europäer, sondern einen Südamerikaner aus einem Land, das Opfer eines der brutalsten Staatsstrieche des Kalten Kriegs war, nämlich aus Chile. Seine Flagge wurde zum ideologischen Deckmantel für die anti-imperialistische Front, die sich von Boko Haram in Westafrika über al-Quaida in den Maghreb-Ländern der Sahelzone bis zu Libyen, dem Sinai, Ostafrika mit der al-Shahab-Miliz erstreckt. Und dann hinauf zur arabischen Halbinsel mit al-Quaida auf der arabischen Halbinsel, sowie Syrien, Irak und dann die Taliban, Pakistan und Südostasien. Die Gefahr besteht, dass das Kalifat sich zu einer Föderation neuer Staaten zusammenschließt, die aus dem politischen Chaos und der Anarchie, die in weiten Teilen der muslimischen Welt herrschen, entstehen. Deren Existenzberechtigung wird es sein, eine Alternative zum westlichen politischen und sozialen Modell des Nationalstaates darzustellen.

2. Der zweite Punkt betrifft den instrumentellen Charakter des Kalifats im Hinblick auf die Gestaltung der Grenzen des neuen Staates. Einen ähnlichen Ansatz für den Aufbau eines Nationalstaats konnten wir bereits früher beobachten, nämlich bei der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit der Revolution und der Unabhängigkeitserklärung wurde der Beginn der Kolonisierung des Westens eingeläutet. Der Mythos der Frontier* wurde zum Herzstück einer immer größeren Nation, die weiter wuchs, bis sie den Pazifik erreichte. Wenn das Kalifat eine Waffe des anti-imperialistischen Aufstandes auf globaler Ebene darstellt und

wenn dessen politischer Horizont die muslimische Welt umfasst, dann verstärken das Abwerfen von Bomben und die Finanzierung eines Stellvertreterkriegs in Syrien nur diese Auffassung bei der sunnitischen Bevölkerung. Das wäre auch eine Erklärung für die Ausweitung der Anschläge im Westen

gestalten. Der Arabische Frühling war wohl ein Ausdruck dieser Sehnsucht, ist jedoch gescheitert. ISIS spricht die junge Generation an, es veranschaulicht das Kalifat als Umsetzung einer muslimischen politischen Utopie in die Realität, das es den Muslimen ermöglicht, ihrer politischen Überzeugung

tums treiben uns in die Rezession. Flüchtlinge überschwemmen Europa. Das führt zu einer Krise, die Auswirkungen auf den Integrationsprozess haben kann.

Nur mit Diplomatie wird man die Situation im Nahen Osten befrieden können, hierzu bedarf es eines Annäherungsprozesses an den Islamischen Staat.

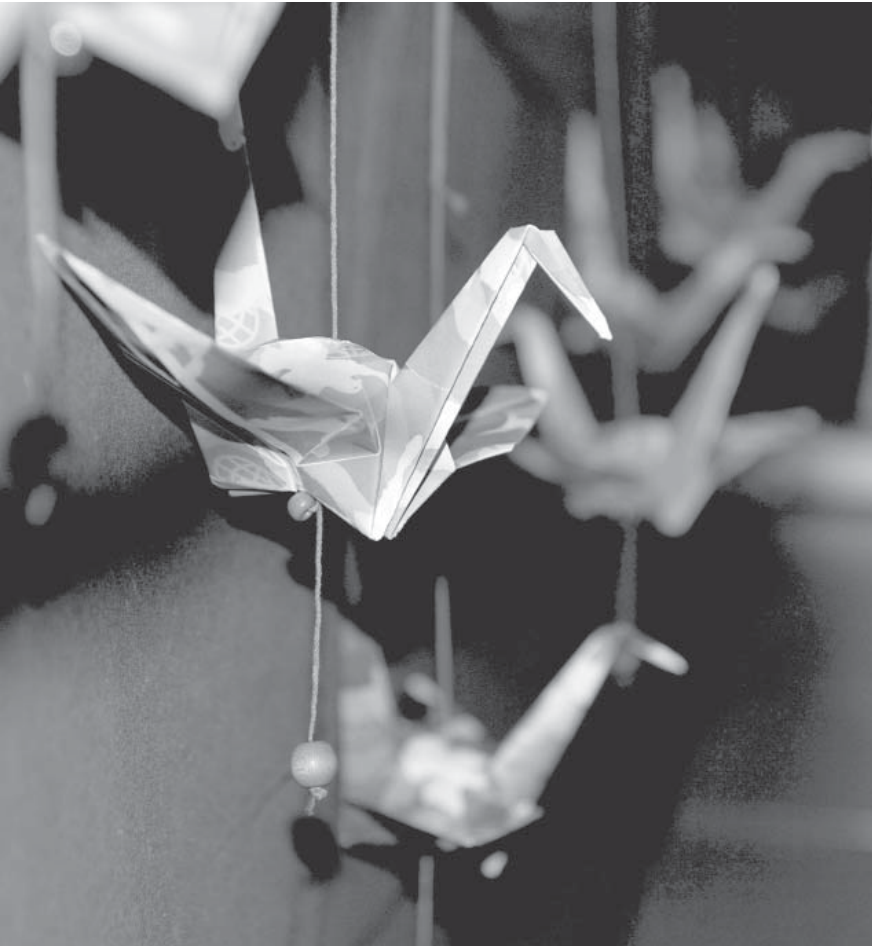
1. Einbeziehung Russlands in die Verhandlungen, kein Abkommen ohne Moskau.
2. Einbeziehung der Stammesführer der vom Islamischen Staat kontrollierten Regionen in einen Dialog zur Begrenzung des Kalifats.
3. Erstellung eines Teilungsplans für Syrien mit Assad an der Spitze eines Interimsregimes bis zur Machtübernahme durch eine neue Führungsriege.
4. Beendigung des Stellvertreterkriegs durch eine teilweise Anerkennung des Islamischen Staates in Abhängigkeit von der Erfüllung bestimmter Bedingungen.

Es wird sicherlich kein einfacher Weg, Iran und Saudi-Arabien für dieses Programm zu gewinnen. Aber je länger wir warten, umso schwieriger wird die Aufgabe werden.

* Frontier steht in der amerikanischen Geschichte für die nach Westen vorrückende Siedlungsgrenze zwischen den von Jägern, Sammlern und Fallenstellern beherrschten Wildnis und der nachfolgenden Zivilisation einer voll ausgebildeten Gesellschaft (siehe: Rainer Mader, Die Idee der Frontier, <http://rainer.mader.free.fr/material/revimvgl/amerikanische%20Revolution/Frontier-Symbol.pdf>)

Übersetzung aus dem Englischen:

Diplom-Übersetzerin Marion Wittne, pax christi Diözesanverband München & Freising



und in der muslimischen Welt seit Juni 2014 unter der Flagge des IS.

Wie geht es weiter?

Das von mir beschriebene Szenario ist einzigartig. Nie zuvor in der Geschichte sind wir Zeugen eines ähnlichen Phänomens geworden. Mit klassischen Mitteln wie einer Militärintervention kann eine Verbesserung der Situation nicht erreicht werden. Wir alle wissen, dass eine Ideologie nicht „zerbommt“ werden kann, sie kann jedoch begrenzt und gebändigt werden.

Der Erfolg des Islamischen Staats beruht auf dem Wunsch der muslimischen Bevölkerung, die gesamte Karte des Nahen Ostens neu zu

Ausdruck zu verleihen. Das hatte es seit dem Ende des Kalifats der vier ‚rechtgeleiteten Kalifen‘ nicht mehr gegeben. Wenn wir diesen Punkt nicht begreifen, wird das Blutvergießen weitergehen. Selbst wenn wir hypothetisch gesehen den Islamischen Staat aus Syrien und dem Irak „herausbomben“ könnten, würden wir in einigen Jahren dessen Wiedergeburt erleben.

Wir brauchen also eine politische Lösung. Und es liegt in unserem eigenen Interesse, diese Lösung rasch zu finden. Die Weltwirtschaft leidet unter der politischen Instabilität des Nahen Ostens. Die fallenden Ölpreise und die Verlangsamung des chinesischen Wirtschaftswachs-

Markus A. Weingardt

Religion und Frieden

Beispiele für Friedensarbeit aus religiöser Motivation

Markus Weingardt ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler und Bereichsleiter Frieden bei der Stiftung Weltethos in Tübingen. Von 2006 bis 2008 war er Mitherausgeber des jährlichen Friedensgutachtens der fünf führenden Friedensforschungsinstitute in Deutschland. Er ist Herausgeber der Schriftenreihe Religion – Konflikt – Frieden im Nomos-Verlag.

Seine beiden Hauptwerke tragen die Titel:

„Religion Macht Frieden“ Bundeszentrale für politische Bildung, (Bonn 2010) und

„Was Frieden schafft. Religiöse Friedensarbeit: Akteure, Beispiele, Methoden.“ (Gütersloher Verlagshaus 2014).



kurze Zusammenfassung von
Gertrud Scherer:

Der Referent geht von der Beobachtung aus, dass in den großen Medien die Vorstellung vorherrscht, Religionen seien in erster Linie gefährlich. Terror, Krieg und Gewalt rund um den Globus würden nur allzu häufig als religiös motiviert dargestellt. Er zitiert den Soziologen Ulrich Beck „Religion tötet. Religion darf an Jugendliche unter 18 Jahren nicht weiter gegeben werden.“ Auch in der Politik werde Religion überwiegend als ein Problem, als eine Gefahr wahrgenommen.

Warum also auf dieser Konferenz die Beschäftigung mit Friedensarbeit ausgerechnet aus religiöser Motivation? Geht es nur um ein Verharmlosen? Weingardt betont, dass er hier nicht als Religions- sondern als Politikwissenschaftler spricht, der versucht, sich möglichst nüchtern Konflikte beziehungsweise Friedensprozesse anzuschauen.

Dabei stellt er fest, dass in sehr vielen Friedensprozessen religiöse Akteure eine wichtige konstruktive Rolle spielen. Deshalb sieht er es als sinnvoll an, sich mit Friedensakteuren aus religiöser Motivation zu beschäftigen und daraus zu lernen.

Markus Weingardt nennt bekannte religiös motivierte Friedensakteure wie Gandhi, den Dalai Lama und Martin Luther King, drei Heroen gewaltloser Konfliktbearbeitung, die sowohl hoch politische wie auch tief religiöse Menschen waren, was für sie unbedingt zusammen gehörte.

Auf einige weniger bekannte Personen geht er kurz ein. Etwa Abdul Gaffar Khan, ein frommer muslimischer Paschtune, der zur Zeit Gandhis ebenfalls in Indien tätig war und mit seiner auf Gewaltlosigkeit eingeschworenen Armee, den „Khudai Khidmatgar“, zu deutsch „Diener Gottes“ der britischen Besatzungsmacht

erfolgreich Widerstand leistete. Für ihn war Gewaltlosigkeit ähnlich wie für Gandhi eine Lebensgrundhaltung.

Ein weiteres Beispiel die katholische Laienbewegung St. Egidio mit Sitz in Rom, der es unter anderem 1992 in dem grausamen Bürgerkrieg von Mosambik gelang, einen dauerhaften Friedensvertrag zu vermitteln, nachdem die UNO und Andere gescheitert waren.

Oder der buddhistische Mönch Moha Ghosananda, der in Kambodscha nach der Schreckensherrschaft von Pol Pott Ende der 70er Jahre eine Friedens- und Versöhnungsarbeit aufbaute, die innerhalb weniger Jahre zu einer starken Kraft wurde und damit auch zu einem Vorbild für den Wiederaufbau der gesamten Zivilgesellschaft Kambodschas in den letzten 30 Jahren.

Oder die historische Friedenskirche der Quäker, die seit Jahrzehnten wichtige Vermittlungsarbeit in internationalen Konflikten leistet.

Ihre Akteure arbeiten allerdings ausschließlich hinter den Kulissen. Sie haben ihre Abschottung von der Medienöffentlichkeit zu ihrem Markenzeichen gemacht, weil sie damit den verhandelnden Konfliktparteien die Garantie geben können, dass von den Gesprächen nichts nach außen dringt. So können Friedensideen und Kompromissvorschläge zur Sprache kommen, die zum gegenwärtigen Verhandlungsstand nie in die Öffentlichkeit kommen dürften. Das ermöglicht entscheidende Impulse für den Fortschritt von Friedensprozessen.

Genannt seien aus den weiteren Beispielen die „Rabbiner für Menschenrechte“ in Israel / Palästina oder der Einsatz des Sondergesandten Samoré von Papst Johannes Paul II., dem es 1978 - 84 gelang, einen Krieg unkalkulierbaren Ausmaßes zwischen Argentinien und Chile zu verhindern.

Weiter die People Power Revolution auf den Philippinen, die maßgeblich initiiert und organisiert wurde von Priestern aus den Basisgemeinden sowie Mönchen und Nonnen, die nach intensiver Ausbildung in gewaltfreiem Widerstand und langen Protesten 1986 den Präsidenten Marcos aus dem Amt brachten.

Die aufgeführten Beispiele seien keine Einzelfälle, meint Weingardt. Es gebe eine große Zahl und eine große Vielfalt solcher Friedensprozesse, in denen Menschen aus religiöser Motivation aktiv waren und zum Frieden beigetragen haben.

Markus Weingardt zieht daraus den Schluss, dass es in den Religionen neben dem bekannten Gewaltpotential eben auch ein Friedenspotential gebe. Das heißt, es gibt religiöse Akteure, die über Erfahrungen, Kompetenzen und Erfolge in der Friedensarbeit verfügen, in der gewaltlosen Beilegung von Konflikten, in der Überwindung von Gewalt.

Warum sind diese Akteure erfolgreich?

Weingardt nennt drei Merkmale:

1. Sie brauchen Fachkompetenz, die Kenntnis von Konflikten in ihrer Breite und Tiefe und außerdem Kenntnisse in den Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung.
2. Die Akteure müssen glaubwürdig sein in ihrer religiösen Überzeugung in Wort und Tat. Und sie müssen Mut haben.
3. Die Verbundenheit zu den Menschen in dem Konflikt, die das Gefühl haben wollen, wirklich verstanden zu werden.

Der Schlüsselbegriff für Vermittler ist Vertrauen. Und religiöse Vermittler genießen häufig einen Vertrauensvorschluss, auch über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Dieser Vertrauensvorschluss öffnet Türen zu Verhandlungsspielräumen.

Was bedeutet das für uns heute?

Zunächst was bedeutet das für religiöse Akteure, für Religionsgemeinschaften? Es bedeutet die drei „E“: Erkennen – Entwickeln – Einbringen:

1. Die eigenen Friedenskompetenzen erkennen, die im religiösen Umfeld und in der eigenen religiösen Tradition schon da sind.
2. Dann aber diese weiter entwickeln im Austausch mit Anderen und in Bildungsprogrammen für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und im Austausch mit der Wissenschaft.
3. Dann in Friedensprozesse einbringen – sich nicht aufdrängen, aber sich anbieten.

Voraussetzungen für das Gelingen

Das setzt aber für die Religionsgemeinschaften und die religiösen Akteure dreierlei voraus:

1. Dass man mit dem in der eigenen Religion verankerten Friedensanspruch wirklich Ernst macht und dass man ihn in die politische Friedenspraxis umsetzt. Hier haben alle Religionsgemeinschaften noch einen großen Nachholbedarf.
2. In die Weiterentwicklung und

Professionalisierung der eigenen Friedenskompetenzen muss investiert werden. Man muss politisch entscheiden, ob man für die Friedensarbeit Geld ausgeben will. Auch hier gibt es noch erheblichen Nachholbedarf.

3. Das Schwierigste ist: Der Ausbau der Friedenskompetenz braucht Mut. Mut zu klarem Profil, zu klaren Aussagen, auch den Mut, sich mit den Mächtigen in der Politik und in der Wirtschaft anzulegen.

Das klingt einfach, ist es aber nicht. Sie wissen es selbst: Wir hören selten mutige politische Stellungnahmen aus dem Bereich der Religionsgemeinschaften.

Was bedeutet die Erkenntnis eines Friedenspotentials für die Akteure? Es bedeutet Identifizieren – Stärken – Einbeziehen.

1. Potentielle Friedenshelfer aus dem religiösen Bereich zunächst identifizieren. Suchen: Wer könnte uns in einem Friedensprozess zur Seite stehen?
2. Diese müssen unterstützt werden und
3. in Friedensprozesse einbezogen werden. Die Politik wäre ja schlecht beraten, wenn sie mögliche Helfer nicht in Friedensprozesse einbezieht.

Aber leider haben Politiker oft Angst vor möglichen religiösen Friedensakteuren, so dass sie alle Religiösen vor die Tür sperren. Aber das ist unklug.

Nochmals: Es geht nicht um eine Verteidigung von Religion, sondern um eine nüchterne Betrachtung: Wer kann zum Frieden beitragen? Es gibt auch religiöse Akteure, die über spezifische Kompetenzen verfügen, die Andere nicht haben, und die sich wunderbar ergänzen können mit säkularen Akteuren.

Markus Weingardt schließt mit der Feststellung, dass es eine Verpflichtung sei, alle fähigen Friedensakteure in die Bewältigung der Gewaltkonflikte rund um den Globus einzubeziehen.

Nirit Sommerfeld

Versöhnungsprojekte in Israel und Palästina

Nirit Sommerfeld wurde in Israel - genauer: in Eilat am Roten Meer - geboren. Sie wuchs in Israel, Ostafrika und in Deutschland auf. Am Mozarteum in Salzburg absolvierte sie eine Schauspielausbildung. Nirit Sommerfeld arbeitet als freiberufliche Schauspielerin und Sängerin. Sie ist Bloggerin, schreibt Drehbücher.

1998 gründete sie die Band KLEZMORIM, mit der sie heute in erweiterter Besetzung und unter dem Namen ORCHESTER SHLOMO GEISTREICH bei Konzerten spielt.

Seit 2010 konzipiert und begleitet sie politische Reisen nach Israel und Palästina, um Menschen einen differenzierten Blick auf die aktuelle Situation in der Region zu ermöglichen.



Foto: Antje Barbara Wagner

*kurze Zusammenfassung von
Getrud Scherer:*

Nirit Sommerfeld stellte eine begrenzte Zahl von Organisationen in Israel und Palästina vor, die sich für den Frieden einsetzen. Da die Zahl der NGO's in Israel und Palästina weltweit die höchste ist (Angaben schwanken zwischen 1.000 und 15.000), musste sie sich in der Auswahl sehr beschränken.

Für nähere Informationen wurde die jeweilige web-site genannt.

Durch viele Besuche und nach vielen Gesprächen mit aktiven und engagierten Menschen in Israel und Palästina gewann die Referentin den Eindruck, dass es einerseits auf beiden Seiten den Wunsch nach Frieden gibt, dass aber auch sehr viel Mißtrauen herrscht: „Mit denen kann man nicht reden“ - „wir trauen ihnen nicht“ - „sie wollen uns ins Meer werfen“ sind einige der Aussagen, die sie immer wieder hört, und zwar von beiden Seiten.

Sie ist jedoch überzeugt, dass Friede nur entsteht, wenn man miteinander redet, und zwar auch

mit Menschen und Gruppen, die anderer Meinung sind.

Interessant ist, dass viele so genannten Friedensinitiativen sich nicht als solche verstehen, sondern als „Aufklärungsinitiativen“ oder Gruppierungen, die in konkreten Bereichen aktiv sind.

Vor allem auf palästinensischer Seite ist der Wunsch nicht so sehr nach Hilfe, sondern nach einer Möglichkeit, selbst aktiv zu werden.

Unterstützt werden die meisten Gruppierungen auch aus dem Ausland, z.B. der EU, den USA und auch Deutschland.

Israelische Organisationen (Auswahl)

1. **Breaking the Silence:** Ehemalige Soldaten die in den besetzten Gebieten im Einsatz waren, berichten über ihre Erlebnisse. Da die Gruppe auch Kritik an der israelischen Politik übt und damit ein Tabu bricht, ist sie einer regelrechten „Hexenjagd“ ausgesetzt. Der Vorwurf richtet sich auch an

die Unterstützung aus Deutschland.
www.breakingthesilence.org.il

2. **ICAHD** (Komitee gegen Hauszerstörungen): Seit 1967 wurden fast 50.000 Gebäude zerstört. ICAHD versucht, die Zerstörung zu verhindern oder den Menschen wenigstens mehr Zeit zu verschaffen, um ihren Hausrat herauszuholen. Außerdem dokumentiert es die Zerstörungen und unterstützt betroffene Familien beim Wiederaufbau.
www.icahd.org

3. **YESH DIN** („Es gibt Recht“) bietet Rechtsbeistand für Palästinenser, die in den besetzten Gebieten verfolgt werden, sei es durch die Armee oder durch Siedler. Bisher waren alle Anzeigen jedoch folgenlos.
www.yesh-din.org

4. **Zochrot** („Die sich Erinnernden“) kümmert sich um die Anerkennung der Geschehnisse in den Jahren 1947/48, als ca. 750.000 Palästinenser vertrieben wurden: Sammlung von Berichten, Fotos, Infotafeln an wichtigen Gebäuden von zerstörten Dörfern.

Das Aktuellste ist eine App mit den entsprechenden Infos, die sich u.a. an Touristen wendet.

Zochrot bekommt viel Ärger für seine Aktivität. Beispielsweise darf der Begriff „Nakba“ - damit ist das palästinensische Narrativ, also die „Katastrophe“ gemeint - nicht in der Öffentlichkeit verwendet werden.

www.zochrot.org

5. **New Profile** ist eine feministische Organisation - der aber auch Männer angehören - , die sich gegen die Militarisierung der israelischen Gesellschaft wendet und den Weg für eine Zivilgesellschaft bereiten will.

www.newprofile.org

6. **Machsom Watch** (Checkpoint-Beobachtung) besteht aus Frauen, die die Soldaten an Checkpoints beobachten und bei Übergriffen gegen Palästinenser einschreiten und diese Übergriffe dokumentieren. Machsom Watch ist aus den „Frauen in Schwarz“ hervorgegangen: Jeden Freitag versammeln sich in Jerusalem jüdische und arabische Frauen und fordern ein Ende der Besatzung.

<https://machsomwatch.org>

7. **Ir Amim** („Unsere Stadt“) bietet Touren durch die Westbank an und macht auf die Veränderungen des Stadtbildes durch die jüdischen Siedlungen aufmerksam.

www.ir-amin.org.il

8. **Who profits?** Die Leitfrage dieser Gruppe ist: Weshalb besteht die Besatzung weiter? These: Weil zu viele Leute daran verdienen. Eine web-site dokumentiert Belege für diese Aussage und deckt kommerzielle Interessen israelischer und internationaler Unternehmen auf, die Profit aus der Besatzung palästinensischer Gebiete schlagen.

<https://whoprofits.org>

Organisationen in Palästina

1. Das **Palestinian Center for Human Rights** setzt sich vor allem in Gaza für Menschenrechte ein und befasst sich auch mit Menschenrechtsverletzungen durch die Ha-

mas. Bisher wurden ca. 1.200 Fälle angezeigt, jedoch kam es in keinem Fall zu einer Anklage. Der bekannteste „Fall“ ist der der US-Amerikanerin Rachel Corrie, die sich einem israelischen Panzer entgegenstellte und von diesem getötet wurde.

<http://pchrgaza.org>

2. Der **Holy-Land-Trust** ist dem gewaltfreien Widerstand verpflichtet und übt Gewaltfreie Kommunikation. In diesem Zusammenhang bemerkte die Referentin, dass Gewaltfreie Kommunikation in Palästina weithin bekannt ist und praktiziert wird. Ganz im Gegensatz zu der landläufigen Meinung von den „gewalttätigen“ Palästinensern.

Darüber hinaus veranstaltet der Holy-Land-Trust auch Kulturveranstaltungen und Festivals.

Das politische Ziel des Holy-Land-Trusts ist:

- a. Ein unabhängiger palästinensischer Staat
 - b. Rückkehrrecht für die Geflüchteten
 - c. Rückzug aus den Siedlungen
- www.holylandtrust.org

Israelisch-palästinensische Organisation

1. Der **Parents-Circle** besteht aus Menschen beider Seiten, die in den Auseinandersetzungen Angehörige verloren haben. Sie hätten allen Grund, sich zu hassen. Sie tun es aber nicht, sondern treffen sich, teilen ihren Schmerz und stützen sich gegenseitig. Zur Zeit gehören ca. 600 Familien zum Parents-Circle.

www.theparentscircle.com

In Deutschland hat sich die Initiative „**Beendigung der israelischen Besatzung**“ (bib) gegründet, der sowohl in Deutschland lebende Juden und Palästinenser angehören als auch Deutsche.

Das Ziel ist, eine politische Kraft zu bilden und auf ein Ende der Besatzung hinzuwirken.

www.bib-jetzt.de

Weitere Organisationen, die nicht genauer erwähnt werden konnten, sind u.a. das Friedensdorf Neve Shalom/ Wahat al Salam, Amnesty International und verschiedene christliche Initiativen..

Was können wir bewirken?

Aus ihrer Erfahrung, auch mit Fahrten nach Israel und Palästina, nannte die Referentin einige Stichpunkte:

- Begegnung, um die Ängste – die seit vielen Jahren vor allem unter den Israelis herrschen – abzubauen
 - Graswurzelbewegungen („Steter Tropfen höhlt den Stein“)
 - Besuche in Schulen o.ä., um junge Menschen zu informieren und zum Engagement zu ermutigen
 - Aber auch: Politischer Druck, der vor allem von jüdischen Organisationen ausgehen muss, z.B. von **SISO**, einer jüdischen Initiative zur Beendigung der Besatzung.
- www.siso.il

Die Referentin schloß mit dem Appell:

**Frieden schaffen
mit neuen Waffen,
nämlich
mit Intelligenz
und Liebe**



Clemens Ronnefeldt

Moderation

Liebe Gäste des Internationalen Forums,

diese Veranstaltung hat eine Menge Geld gekostet, die von den Einnahmen des heutigen Eintritts nicht gedeckt werden können.

Ich möchte Sie daher sehr herzlich bitten, in die bereit gestellten blauen Spendenbüchsen je nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag zu geben, damit kein Defizit entsteht und auch in Zukunft solche Veranstaltungen möglich sind!

Hinweisen möchte ich Sie, dass morgen von 9.30 bis 12.30 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schwanthaler Str. 64, Gelegenheit besteht, weitere Fragen an alle drei Referenten des heutigen Abends zu stellen.

Im Anschluss laden wir Sie ebenfalls morgen ein zur Teilnahme an der Protestdemonstration gegen die Sicherheitskonferenz. Auftakt ist um 13.00 Uhr am Stachus. Um 15.00 Uhr findet eine Kundgebung am Marienplatz statt.

Am morgigen Samstag Abend findet im DGB-Haus um 18.30 Uhr eine „Experten-Runde“ zum Thema „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ statt. Grundlage für die Diskussion ist das Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“. Es liegt gedruckt aus, wir empfehlen die Lektüre.

Am Sonntag, 14. Februar 2016, beginnt um 11.30 Uhr im Gemeindesaal der St. Anna-Kirche das „Friedensgebet der Religionen“.

Am Sonntag Nachmittag um 15.00 Uhr können Sie bei der Petra Kelly Stiftung im Münchner Künstlerhaus am Lenbachplatz eine erste vorläufige Bilanz der Sicherheitskonferenz mit Teilnehmenden aus erster Quelle mitverfolgen.

Weitere Informationen zu Ausstellungen und Veranstaltungen können Sie dem bunten Flyer entnehmen.

Zum Schluss gilt mein Dank den Referentinnen und dem Referenten des heutigen Abends: Frau Napoleoni, Herrn Weingart und Nirit Sommerfeld.

Ein herzlicher Dank gebührt der world peace prayer society, die uns die Flaggen aller Länder der Erde als Dekoration zur Verfügung gestellt hat.

Danken möchten wir auch den Bediensteten dieses wunderschönen Saales, die für die Technik verantwortlich sind.

Ganz besonderen Dank verdient das Team, das nun schon zum Teil über viele Jahre diese Konferenz vorbereitet - und dessen Mitglieder ich bitte aufzustehen:

Wie jedes Jahr liefern auch diesmal wieder bei Thomas Rödl die Vorbereitungsfäden zusammen.

Professor Harald Welzer benennt in seinem Buch „Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand“, (Frankfurt, 5. Auflage 2015, S. 293) 12 Regeln für erfolgreichen Widerstand:

- 1. Alles könnte anders sein.*
- 2. Es hängt ausschließlich von Ihnen ab, ob sich etwas verändert.*
- 3. Nehmen Sie sich deshalb ernst.*
- 4. Hören Sie auf, einverstanden zu sein.*
- 5. Leisten Sie Widerstand, sobald Sie nicht einverstanden sind.*
- 6. Sie haben jede Menge Handlungsspielräume.*
- 7. Erweitern Sie ihre Handlungsspielräume dort, wo Sie sind und Einfluss haben.*
- 8. Schließen Sie Bündnisse.*
- 9. Rechnen Sie mit Rückschlägen, vor allem solchen, die von Ihnen selber ausgehen.*
- 10. Sie haben keine Verantwortung für die Welt.*
- 11. Wie ihr Widerstand aussieht, hängt von ihren Möglichkeiten ab.*
- 12. Und von dem, was Ihnen Spaß macht.*

Danke für ihr Kommen und ihr Interesse – kommen Sie gut nach Hause!



*ORCHESTER SHLOMO GEISTREICH
v. l.: Andi Arnold, Robert Probst, Nirit Sommerfeld*

Bericht aus dem Gesprächsforum

mit Loretta Napoleoni, Nirit Sommerfeld und Markus A. Weingardt

Zusammenfassung von Gertrud Scherer

Der Moderator **Clemens Ronnefeldt** hatte für die drei ReferentInnen jeweils Eingangsfragen vorbereitet:

Für Loretta Napoleoni ein Zitat von Außenminister Steinmeier in der Beilage der SZ zur Sicherheitskonferenz:

„Terroristische Organisationen wie der Islamische Staat (IS) haben kein Interesse an einer Lösung. Ihr Ziel ist, alle diejenigen zu beseitigen, die sie am Ziel eines grenzüberschreitenden Kalifats hindern. Mit solchen Leuten kann man nicht reden.“ Frage: Was würden Sie unserem Außenminister auf diese Stellungnahme antworten?“

Loretta Napoleoni:

Ich würde ihm dasselbe sagen, was ich allen anderen Politikern in Europa auch schon gesagt habe: Nicht mit der anderen Seite zu sprechen ist die schlechtest mögliche Lösung und führt zu einer endlosen Verlängerung des Konflikts. Ich will das an einem Beispiel zeigen. Als die IS-Leute nach Mossul kamen, nahmen sie Geiseln aus der türkischen Botschaft. Diese wurden hundert und einen Tag festgehalten. Es gab aber Verhandlungen zwischen dem IS und der türkischen Regierung. Die europäischen Regierungen und die USA waren überhaupt nicht mit dabei. Das Ergebnis: Diese Geiseln wurden frei gelassen – mit einem finanziellen Entgegenkommen. Das heißt, Verhandlungen können durchaus erfolgreich sein.

Die Vermittler zwischen dem IS und der türkischen Regierung waren die älteren Stammesführer, die zum IS schon Kontakte aufgrund von wirtschaftlichen Verbindungen hatten. Das zeigt einen Weg, wie man ins Gespräch kommen kann, um dann über einen Waffenstillstand und bessere Bedingungen zu verhandeln.

Momentan sieht es so aus, dass die PolitikerInnen in Europa und den USA eigentlich gar kein Interesse an Gesprächen haben und daran, dieser Region Frieden zu bringen. Denn für sie ist der Terror des IS ein sehr geeignetes Werkzeug, um ihre Politik der Angst-Mache zu rechtfertigen, auf deren Grundlage sie dann entsprechend konservative Gesetze verfolgen und durchbringen können.



An Nirit Sommerfeld:

Du hast uns gestern viele Friedensgruppen in Israel und Palästina vorgestellt.

Wer sich mit denen noch einmal näher befassen möchte: Andreas Buro hat mit mir gemeinsam dieses Heft „Der Israel-Palästina-Konflikt“ gemacht. Hier finden sich 40 Adressen der namhaftesten Friedensgruppen der beiden Seiten und man kann nachlesen, wofür sie sich einsetzen. Frage: Viele sagen, die Zwei-Staaten-Lösung sei gescheitert. Wie positionieren sich diese Friedensgruppen auf beiden Seiten zu der Frage Ein-Staat-Lösung oder Zwei-Staaten-Lösung?

Nirit Sommerfeld:

Das ist ganz unterschiedlich, so wie es in Israel zu Allem und Jedem die unterschiedlichsten Positionen gibt. Da gibt es die Meinung, dass eine Zwei-Staaten-Lösung so oder so unumgänglich ist. Andere sagen: Wir brauchen

am Podium v. l.: L. Napoleoni, C. Ronnefeldt, N. Sommerfeld, M. A. Weingardt

einen einzigen israelischen Staat, die Westbank und den Gazastreifen inbegriffen. Das Dilemma dabei wäre die deutliche Mehrheit der Palästinenser in diesem Staat, was Israel als Demokratie natürlich nicht brauchen kann. Eine andere Position – vertreten auch von einigen wenigen Organisationen – besagt, dass man in einem gemeinsamen Staat die Israelis und die Palästinenser gleichberechtigt neben einander existieren lässt in einer Art von Konföderation oder Republik, zum Beispiel die „Vereinigten Staaten des Nahen Ostens“. Diese Idee finde ich persönlich an sich sehr schön, ich verstehe aber, dass sie von den allermeisten Palästinensern nicht befürwortet wird. Diese sagen: Nachdem wir fast 50 Jahre unter dieser Besatzung gelitten haben, kämpfen wir dafür, dass wir eine eigene nationale Identität haben.

Ich selbst finde das schade, weil ich meine: Wir sollten an dem Punkt angelangt sein, an dem Nationalitäten überholt sind. Aber offensichtlich sind diese für die Identitätsfindung sehr vieler Menschen ganz wichtig und wahrscheinlich wird es diesen Zwischenschritt brauchen. Wie das real aussieht, ist eine ganz andere Frage: De facto ist ein palästinensischer Staat so gut wie nicht mehr möglich, es sei denn, man würde alles zurück bauen, was in den letzten 15 Jahren – oder sogar noch länger – geschehen ist. So die Mauer, die auf palästinensischem Grund errichtet wurde und die natürlich eines Tages fallen muss und fallen wird. Aber auch die komplette Infrastruktur im besetzten Gebiet mit den Straßen und Siedlungen, die man sich wie Großstädte vorstellen muss. Die Friedensinitiativen haben zu der Staatenlösung ganz unterschiedliche Vorstellungen.

Eingangsfrage an Markus Weingardt

Sie haben gestern von Abdul Ghaffar Khan gesprochen. Sein Buch „Mein Leben. Wie ein Weggefährte Gandhis die Gewaltfreiheit im Islam begründet“ ist auch in Deutsch erschienen und ich halte es für sehr lesenswert. Sie haben außer ihm auch andere historische Beispiele gebracht. Sehen Sie auch aktuell Akteure, die in den Konflikten – vielleicht gerade im Mittelosten – zeigen, wie hilfreich religiös begründetes gewaltfreies Vorgehen sein könnte für die Überwindung von Gewalt und Unfrieden ?

Markus Weingardt:

In Ihrer Frage liegt die Versuchung, jetzt mit irgend welchen bekannten Namen aufzuwarten. Dabei würde man aber übersehen, dass es – gerade im Nahen Osten – eigentlich viele kleine Abdul Ghaffar Khans gibt. Das sind die Menschen, die in ihrem Alltag versuchen, sich der Gewalt entgegen zu stellen und Gewaltlosigkeit zu praktizieren. Sie tun das, ohne dass darüber berichtet wird, ob nun mit oder ohne religiöser Motivation. Sie praktizieren Gewaltlosigkeit wie selbstverständlich – auch mit Feinden. Das sind eigentlich die Helden, namenlose. Aber die Opfer, die Risiken, die sie auf sich nehmen, der Mut, den es bei ihnen braucht, der steht den großen Namen in nichts nach.

Clemens Ronnefeldt

Vielen Dank unseren drei ReferentInnen. Die Diskussion ist für das Publikum eröffnet.

Die ersten beiden Fragen an Nirit Sommerfeld: Sie habe so viele Friedensgruppen vorgestellt und dennoch gebe es keinen Friedensfortschritt in Israel – Palästina. Oder wäre es noch schlimmer, wenn es diese Gruppen nicht gäbe?

Zweitens: Die israelische Bevölkerung sei in sich sehr gespalten. Ist da der Konflikt mit den Palästinensern für die Regierung ein willkommenes Mittel, von inneren Konflikten abzulenken?

Sommerfeld:

Es gibt den politischen Willen nicht, die Situation zu verändern, zumal der Konflikt sehr praktisch und profitabel ist. Ich denke manchmal, es ist vollkommen egal, ob es diese Gruppen gibt oder nicht – was natürlich nicht stimmt. Es ist nicht vollkommen egal, ob sich Leute engagieren oder nicht. Aber daher kommt auch meine Wut und mein Frust, weil politisch eben nichts passiert. Warum nichts passiert – die Frage müssen wir uns alle stellen! Ich richte diese kritische Frage auch an mich und stellt fest: Ich spreche Menschen an, die 40, 60, 80 Jahre alt sind, nicht aber die 20- bis 35-Jährigen, die ihre Zukunft in die Hand nehmen sollten. Aber gerade mit den Jüngeren müssen wir sprechen, die nicht unsere Erfahrung der 60er und 70er Jahre gemacht haben. Der Kontakt mit ihnen fällt uns schwer. Aber auch hier gilt, was Frau Napoleoni gesagt hat: Wir dürfen uns nicht einfach weigern, mit Leuten zu sprechen, die für uns kein Gesicht haben.

Im Übrigen müssen wir entsprechend unseren Möglichkeiten daran arbeiten, dass die Besatzung ein Ende findet.

Loretta **Napoleoni** wurde nach der Person al Baghdadi befragt und ob er ein potentielles Drohnen-Opfer werden könnte. Sie erläuterte, dass ihn eine doppelte Führerrolle auszeichne, denn er habe einen Doktor in Theologie und gelte gleichzeitig als versierter militärischer Strategie. Diese zweifache Autorität habe derzeit kein weiterer islamischer Führer. Und das setzt ihn auf die selbe Stufe mit Mohammed.

Die Gefahr seines gewaltsamen Todes erscheint ihr unwahrscheinlich. Denn zum einen würde der Tod von al Baghdadi kaum das Ende des Islamischen Staates bedeuten, weil hinter ihm als Repräsentanten eine riesige Verwaltungsmaschinerie stehe, die funktioniert und ohne ihn nicht zusammenbrechen würde. Zweitens lebe al Baghdadi im Geheimen. Es gibt nur zwei Bilder von ihm. Man weiß nicht, wo er sich aufhält, nicht einmal, wie er aussieht. Bei Treffen trage er eine Maske. Wie soll man ihn da mit einer Drohne töten?

Napoleoni:

Ich möchte noch etwas zu der Frage sagen, ob ein gewaltfreier Umgang, zum Beispiel Gespräche mit dem IS möglich und weiterführend sei. Beispiel Faludscha: Nachdem der IS die Stadt eingenommen hatte, weigerten sich die Stammesführer, über der Stadt die Flagge des IS wehen zu lassen. Das wurde von den Führern des IS einfach akzeptiert. Als dann die Stadt von der irakischen Armee angegriffen und vom IS verteidigt wurde – womit er sich als Beschützer darstellte – haben die Stammesführer zugestimmt, dass die IS-Flagge über der Stadt gehisst wurde. Wie man sieht, waren hier Verhandlungen möglich. Als der IS als Verteidiger aufgetreten ist, ergab sich auch eine andere Einstellung ihm gegenüber.

Weingardt:

Zur Frage, was die religiös motivierten Friedensstifter so besonders auszeichnet gegenüber den Nicht-Religiösen, stellte Markus Weingardt fest, dass in den erfolgreichen Fällen von gewaltfreier Konfliktbewältigung tatsächlich der Vertrauensvorschuss der Religiösen eine ganz wichtige Rolle spielt.

Einem Religionsvertreter wird Unparteilichkeit viel eher zugetraut als einem Säkularen. Bei Letzterem fragen Konfliktführer viel eher: Wo kommt der her? Warum ist der jetzt auf einmal da? Was will der eigentlich? Wer finanziert den? Welche eigenen Interessen hat der bei dem Konflikt? Gibt es auf all diese Fragen keine überzeugenden Antworten, bleibt natürlich ein Misstrauen. Das hat wiederum zur Folge, dass ein Konfliktführer in seinem eigenen Interesse und im Interesse seiner Anhänger sich auf einen solchen Vermittler nicht einlassen darf. Wie gesagt, haben religiöse Vermittler diesen Vertrauensvorschuss. Im Prozess der Verhandlungen müssen sie sich dieses Vertrauens aber auch würdig erweisen. Und nicht jeder religiöse Vermittler hat das auch geschafft. Kommt nur ein leiser Verdacht auf, dass er auch andere Interessen hat, zum Beispiel dass er missionieren will, ist er ganz schnell raus aus dem Spiel. Der Unterschied ist trotzdem dieser Vorab-Bonus. Der eröffnet Möglichkeiten, die dann erst noch genutzt werden müssen. Aber allein diese geöffneten Türen – die fehlen häufig bei säkularen Akteuren. Es gibt sehr wenige säkulare Akteure, welche die gestern genannten Voraussetzungen erfüllen und gleichzeitig ein Vertrauen bei den Konfliktparteien genießen. Das war zum Beispiel bei Kofi Annan der Fall oder bei Nelson Mandela.

Ich will noch ansprechen, wie es zu diesem Vertrauensvorschuss bei religiösen Vermittlern kommt. Ein Grund: Eine religiöse Motivation ist nachvollziehbar, auch für überhaupt nicht religiöse Konfliktführer oder solche, die eine Religion für gefährlich halten. Das ist bekannt.

Ein weiterer Grund: Religiösen Vertretern wird Uneigennützigkeit unterstellt. Eine positive Unterstellung zunächst einmal, die der Konfliktvermittler aber noch beweisen muss. Es ist nicht immer, aber häufig so, dass religiöse Vermittler uneigennützig handeln. Das heißt, es geht ihnen nicht um Macht – politische, wirtschaftliche, ums eigene Ansehen – sondern tatsächlich um den Frieden und um die Verminderung der Gewalt.

Dritter Grund: Den religiösen Vermittlern wird häufig unterstellt, dass sie kompetenter sind, und zwar vor allem in den tieferen Konfliktdimensionen, wo es im Privaten um Schuld und Verletzungen geht, um Ehre, Stolz, Reue und Vergebung. Das gehöre sozusagen zu deren täglichem Brot. Dann müsste das in politischen Konflikten wohl



ähnlich sein. Und tatsächlich ist es das auch. Natürlich entsprechen nicht alle religiösen Vermittler diesen Erwartungen, aber häufig ist bei ihnen eben doch ein besserer Zugang zu solchen Konfliktdimensionen vorhanden.

Vierter Grund: Religiöse Akteure sind in aller Regel ungefährlich. Sie haben keine politische, militärische oder wirtschaftliche Macht im Hintergrund, die sie im Fall eines Misserfolgs einsetzen könnten. In aller Regel haben religiöse Vermittler nur ein Mittel und das ist ihre Überzeugungskraft, ihr Wort. Das funktioniert oder es funktioniert nicht.

Fragen an Loretta Napoleoni

Zum Umgang der IS-Regierung mit der Bevölkerung innerhalb des vom IS besetzten Gebietes ging Loretta Napoleoni zunächst auf die staatlichen Bedürfnisse des IS selbst ein. Der will verständlicherweise gute Bedingungen für seinen Staatsaufbau schaffen, das heißt zum Beispiel gleiche ethnische und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung, wobei sie die Möglichkeit betont, dass Menschen anderer Religionen zum sunnitischen Islam konvertieren können, der jetzt zur Norm wird. Für die Staatsbildung geht es dem IS auch um die Umwandlung der Gesellschaft von einzelnen Stämmen in einen gemeinsamen Staat. Dabei spielt die gemeinsame Ethnie eine Rolle, die ja im Irak und in Syrien die gleiche sei.

Zur Frage, ob eine deutsche militärische Unterstützung der Kurden in Syrien und im Irak bei ihrer Verteidigung gegen den IS hilfreich wäre, bemerkt Napoleoni: Innerhalb der genannten relativ homogenen sunnitischen Bevölkerung gibt es einzelne Enklaven von Christen, islamischen Sekten wie den Jesiden, von Kurden. Wenn wir nun diese einzelnen Gruppen bei ihrer Selbstverteidigung unterstützen, führt das nicht zu einer Destabilisierung der Region? Hinzu kommt, dass die Kurden von westlichen Regierungen als Terroristen eingestuft werden. Wie verträgt sich damit eine Waffenlieferung der Bundesrepublik Deutschland an die Kurden?

Es besteht durchaus die Gefahr, dass solche militärischen Unterstützungen einen großen Krieg in der Region entfachen. Wollen wir das wirklich? Oder geht es nicht darum, Frieden zu schaffen, wobei wir nicht alle Gruppierungen unterstützen können?

Zur Frage, ob Saudi Arabien den IS nicht als riesige Herausforderung wahrnehmen müsse, da dieser Staat sich doch als Hüter der heiligen Städte verstehe, erläutert Napoleoni den Hintergrund. Natürlich nimmt Saudi Arabien den IS als Bedrohung wahr. Aber wichtiger ist: In der Region haben sich zwei Supermächte etabliert, der Iran auf der einen Seite, der jetzt wieder eine Rückkehr in die Staatengemeinschaft erfährt, und Saudi Arabien auf der anderen Seite. Diese zwei Staaten führen einen Stellvertreterkrieg in Syrien. Man sollte aber auch den Jemen nicht vergessen, der von Saudi Arabien angegriffen wurde und wo ein genauso brutaler Krieg wie in Syrien statt findet. Napoleoni selbst hält es für keine schlechte Idee, jetzt einen islamischen Staat zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Denn sonst müsse man befürchten, dass diese beiden Supermächte in der Region irgendwann einmal gegen einander kämpfen.

Zur gängigen Rede der PolitikerInnen von der Terrororganisation, mit der man nicht mehr reden brauche, ergänzte Markus Weingardt deren weiteres Diktum, das die Sache erst so schwierig macht, nämlich dass man mit ihnen gar nicht mehr reden darf. Beispiel: Naher Osten. Zuerst waren die PLO „die Bösen“, mit denen man nicht reden darf. Ein paar Jahre später wäre man froh gewesen, man hätte die PLO noch als starke Kraft. Da war nämlich die Hamas da. Dann hat man die Hamas zu „den Bösen“ erklärt. Man bringt sich selbst in eine Falle, wenn man Organisationen zu Terrororganisationen erklärt.

Eine Stimme aus dem Publikum bekräftigte, wie wichtig die Entdämonisierung der „Bösen“ sei und dass wir es nicht akzeptieren dürften, wenn die USA oder europäische Regierungen eine solche politisch wichtige Organisation zur Terrororganisation erklärt.

Weingardt

zur Frage „Wem nützt der Krieg?“.

Diese Frage sei zweifellos wichtig. Aber er stellt ihr eine andere Frage gegenüber „Wem schadet der Krieg?“. Und dann seien wir nämlich hier bei uns, bei unserer Friedensbewegung hier in Deutschland und führt dazu aus.

Wem schadet eigentlich hier in Deutschland der Syrien-Krieg wirklich? Nun gut, jetzt haben wir das Problem mit den Flüchtlingen, deswegen sorgt das Ganze für Unruhe. Vor zwei Jahren hat uns das überhaupt nicht gestört. Es hat uns nicht geschadet und deswegen hat es uns auch nicht interessiert. Und der Krieg im Kongo schadet uns nicht und deswegen interessiert er uns auch nicht. Und die vielen, vielen anderen Gewaltkonflikte auf der Welt betreffen uns nicht unmittelbar, nicht an Leib und Leben und auch nicht im Geldbeutel, und deswegen engagieren wir uns auch nicht.

Dass es noch eine andere Idee gäbe, um sich für Frieden und Gewaltlosigkeit zu engagieren – daran müssen wir arbeiten und deswegen gibt es die Friedenskonferenz.

Und dann noch die Frage, die ich auch ganz wichtig finde: Die Diskussion über den Nahen Osten und die über den IS – nicht nur hier im Raum, sondern überhaupt, wie sie seit Wochen, seit Monaten die Medien dominiert. Diese Diskussion ist meines Erachtens eine Falle, und zwar in dreifacher Hinsicht.

Zum Einen wird ein Zustand der Hilflosigkeit herbei diskutiert, der zu einem Gefühl der Ohnmacht führt, die einen gar nicht mehr auf andere Lösungsansätze kommen lässt. Das heißt, die Hilflosigkeit und Ratlosigkeit ist sowohl in der Politik wie auch in der Bevölkerung so groß, dass es nur noch die eine Idee gibt, sich militärisch zu engagieren. In der Politik gibt es keine andere Idee mehr. Vielleicht wird diese Ratlosigkeit aber auch konstruiert, um dann militärische Optionen um so leichter durch zu bringen.

Die zweite Falle hängt damit eng zusammen. Man denkt gar nicht mehr über die Ursachen, die Hintergründe dieser schrecklichen politischen Entwicklung nach. Etwa auch über die Frage: Was haben militärische Interventionen eigentlich gebracht? In der Politik wird diese Frage weithin nicht mehr gestellt – und wenn diese Militäreinsätze bisher nicht so viel gebracht haben, muss man die Dosis erhöhen.

Die dritte und vielleicht größte Falle gerade für uns friedens-engagierte Menschen: In solchen Fällen, wie wir sie jetzt mit dem IS haben, wird die Relevanz gewaltloser, konstruktiver Konfliktarbeit gemessen gerade an diesen hoch eskalierten Situationen: Was habt ihr jetzt an konstruktiven gewaltlosen Methoden beizutragen? Und wenn ihr jetzt keine gute Idee habt, ja dann bringt doch die ganze konstruktive Konfliktlösung gar nichts. Da sehen wir es doch! Bleibt nur das Militär! Das wiederum verkennet komplett das Wesen konstruktiver Konfliktbearbeitung, die eben primär präventiv agieren will und muss, die vorher einsetzt. Das kommt mir so vor, wie wenn man inmitten einer Hochwasserflut sagt: Na ihr! Ihr wollt immer Hochwasserdämme und Rückhaltebecken bauen. Das ist doch Blödsinn! Das bringt doch nichts bei dem Hochwasser. Klar bringt das jetzt nichts! Ihr müsst die Dämme und Becken vorher bauen – oder wenigstens hinterher, um was daraus zu lernen. Ich kann mit den Dämmen den Regen nicht verhindern, aber ich kann die zerstörerische Gewalt des Wassers kanalisieren. Und genau so kann es mit politischer Gewalt gehen. Konflikte kann ich nicht an sich vermeiden – das ist auch gar nicht nötig. Aber dass sie das gewaltsame zerstörerische Potential entfalten, das kann ich durch Prävention vermeiden. Und das ist der Anfang konstruktiver Konfliktbearbeitung. Also dürfen wir uns nicht in diese Falle locken lassen, dass wir hilflos wirken, wenn wir mitten in hoch eskalierten Konflikten – siehe IS, siehe Ruanda, siehe Srebrenica – gefragt werden: Was habt ihr jetzt beizutragen? Nein – konstruktive Konfliktbearbeitung fängt viel früher an.

Sommerfeld:

Was Herr Weingardt gesagt hat, fasziniert und irritiert mich gleichzeitig, nämlich dass Leute, die religiös motiviert sind, diesen Bonus haben. Ich frage mich da: Wie würde es mir gehen? Wenn ich ehrlich wäre, würde ich sagen: Ich bin nicht religiös motiviert. Denn ich bin nicht religiös erzogen worden, aber ich bin mit sehr großen moralischen und humanistischen Vorstellungen erzogen worden. Für mich ist Humanismus etwas, das auf der obersten Stufe meines moralischen Lebens steht. Ich bin sozusagen humanistisch motiviert und eigentlich erwarte ich, dass das genau so einen Bonus hat wie eine religiöse Motivation. Das hat für mich mit einem ganz natürlichen Gerechtigkeitssinn zu tun. Irgendwie unterstelle ich einem jeden Menschen mit einem gesunden Menschen- und Seelenverstand, dass er diese Motivation in sich trägt.

Dann möchte ich noch einmal zu der Frage zurückkommen: Wem nützt das? Und da haben wir das kapitalistische System mit seiner Besitzvermehrung. Offensichtlich haben ja Menschen das Bedürfnis, immer noch mehr zu besitzen. Wir sind wie es scheint alle in einer Welt groß geworden, in der man glaubt, dass es einem besser geht, wenn man Dinge besitzt. Und erst wenn wir begreifen, dass es uns überhaupt nicht besser geht – aber das ist auch eine Binsenweisheit – können wir das Haben-Müssen in Frage stellen. Viele von uns haben mehr als genug. Das sollten wir schätzen, aber wir sollten auch überlegen, was es wirklich braucht. Was haben wir wirklich nötig? Ich glaube aber, dass die Menschen, die sehr viel besitzen, ziemlich identisch sind mit denjenigen, die sehr viel Macht haben. Und die möchten diese Macht nicht verlieren.

Loretta Napoleoni antwortete auf die Frage, wie man dem Phänomen des Terrorismus begegnen soll.

Das Phänomen des Terrorismus gibt es schon sehr lange in der Gesellschaft, wobei der Terrorismus, den wir nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, ein ganz anderes Phänomen ist. Beispiele sind etwa Bader-Meinhof, Rote Brigaden, IRA, ETA, die PLO. Alle diese Organisationen wurden aber niemals durch Zerstörung, durch Krieg bezwungen, sondern auf dem Verhandlungstisch und durch die Bemühungen, Frieden zu schaffen. Bei der IRA gab es einen Friedensprozess, bei der ETA das Gleiche. Die PLO hat sich intern aufgelöst, die Leute von

den Roten Brigaden sind seit 15 Jahren aus den Gefängnissen. Das heißt, Krieg und Zerstörung führen als Mittel gegen den Terrorismus niemals zum Ziel. Die Erfolge wurden am Verhandlungstisch erreicht.

Der Terrorismus, den wir heute haben – sei es der IS, al Quaida oder die PKK - hat wieder eine andere Form von Krieg und einen anderen Ursprung. Der Vietnam-Krieg war wohl der letzte Krieg gegen ein Land, in dem US-amerikanische Wehrpflichtsoldaten gekämpft haben. Die späteren Militärinterventionen waren Stellvertreterkriege. Aber wir persönlich waren gar nicht mehr wirklich betroffen.

Das hat sich mit den Flüchtlingen geändert. Nun sind wir gefordert. Das sollte eine ganz große Chance für die Friedensbewegung sein, weil jetzt auch Menschen sensibilisiert werden, die zuvor von Kriegen nicht betroffen waren. Selbst Kapitalisten sind wach geworden.

Letzte Fragerunde

Zu der Frage, wie man Menschen helfen könnte, die Angst vor den Fremden zu überwinden, meint Nirit **Sommerfeld**: Aus meiner Sicht: nur indem man sich begegnet. Dazu muss man alles tun bis hin zur Illegalität, was ich gemacht habe. Ich bin an Check-Points in Zone A gegangen – was für mich als Israelin verboten ist – um Menschen zu begegnen. Das können Sie alle auch. Das geht auf der Straße so, wenn jemand mit einem Stadtplan dasteht und sich nicht auskennt. Man kann direkt hingehen und fragen: Kann ich Ihnen helfen? Wo kommen Sie her? Das kann man nicht nur mit Geflüchteten, sondern auch mit Touristen machen, das heißt, das kann man überall üben. Und auf politischer Ebene ist es unbedingt unsere Aufgabe, vor allem auf junge Menschen zuzugehen, in Schulen zu gehen, Begegnungen zu organisieren. Gerade das, was bei uns in Israel nicht gewollt ist. Aber auch in Israel kann man trotzdem Begegnungen organisieren und im Internet herausfinden, wer einem dabei hilft. Und man muss von den Begegnungen der Welt erzählen. Das Internet ist dabei sehr hilfreich.

Zu der Frage, ob die Fatah schlimmer sei als die israelische Besatzung, meinte Nirit, es könne für Palästinenser ganz schwierig sein, wenn eine gute Verbindung zu Israelis öffentlich wird, weil man dann leicht als Verräter abgestempelt wird.

Zur Bedeutung des Nah-Ost-Konflikts im Zusammenhang mit Syrien antwortete Loretta **Napoleoni**. Der Konflikt in Syrien hat das öffentliche Bewusstsein komplett abgelenkt von dem Israel-Palästina-Problem. Andererseits ist die Palästina-Frage für den IS überhaupt kein Thema. Anders als zum Beispiel al Quaida, das die Rhetorik vom Ursprung des ganzen Konflikts immer wieder in die Öffentlichkeit trug. Für die Bevölkerung im Islamischen Staat ist diese Ursprungsgeschichte kein Thema und deshalb wird sie von den Regierenden auch völlig ausgeklammert.

Auf eine Nachfrage von Clemens Ronnefeldt wegen möglicher Ausdehnungsinteressen des IS in Richtung Israel meint Frau Napoleoni, der IS hätte kein Interesse an Israel und auch umgekehrt wäre das Territorium des IS für Israel nicht interessant. Der IS unterstütze Palästina nicht, und zwar mit dem Argument: Wenn ihr Muslime in Palästina den Traum eines muslimischen Staates leben wollt, dann kommt zu uns. Hier werdet ihr geschützt.

Zu der Frage nach den potentiellen Profiteuren des israelisch-palästinensischen Konflikts bemerkte Markus **Weingardt**, dass es auf palästinensisch-arabischer Seite verständlicherweise auch Menschen und Gruppen gibt,



die ein Interesse daran haben, dass die Wunde offen bleibt. Genau so wie sich auf israelischer Seite dieser Konflikt gut eignet, um von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken, so eignet er sich wunderbar dazu, die arabische Welt mit einem gemeinsamen Feindbild zu eien.

Zu der Frage, wie es gelingen könne, von den riesigen Summen des deutschen Militärhaushaltes Beträchtliches für soziale, gesundheitliche und Bildungsbedürfnisse der Bevölkerung abzuzweigen, kam die Überlegung: Ein springender Punkt sei die Akzeptanz des hohen Militärhaushaltes in der deutschen Bevölkerung. Als Frau von der Leyen kürzlich die Aufstockung von 130 Milliarden plus für die nächsten 10 Jahre ankündigte: Wo war da der Aufschrei? Und warum sollte Frau von der Leyen dies nicht fordern? Es geht doch! Solange die Opposition dagegen so ge-

ring ist, ist es klar, dass die Rüstungspolitiker ihre Forderungen lustig und munter nach oben schrauben können. Scheint in der Bevölkerung ja Zustimmung zu finden.

Zu möglichen Handlungsschritten verwies Clemens Ronnefeldt auf die „Aktion Aufschrei: Stoppt den Rüstungsexport!“ sowie auf die Kritischen Aktionäre und die DFG-VK mit Jürgen Grässlin und seinem Buch „Händler des Todes“ und der Ermunterung, den Autor zu einer Lesung einzuladen. Die Delegitimierung durch die Kritischen Aktionäre bei Daimler habe immerhin dazu geführt, dass ihre Firma die Minenproduktion eingestellt hat.

Schlussrunde der ReferentInnen

Loretta Napoleoni ging kurz auf die Frage nach den Aleviten ein. Sie sind eine kleine schiitische Sekte im Süden Syriens. Dort gewannen sie deshalb eine so große Bedeutung, weil die Gründer der Bath-Partei dieser Sekte angehörten. Diese Partei war ursprünglich zwar nicht religiös orientiert. Aber hohe Positionen in Partei und Regierung wurden vielfach an Aleviten vergeben, nicht an Schiiten.

Im Irak sieht es etwas anders aus. Dort waren Angehörige der Regierungspartei vor allem Sunniten. Saddam Hussein war Sunnit. Die Rolle der Aleviten in Partei und Regierungsapparat unterschieden sich also in Syrien und Irak. Gemeinsam war beiden Ländern aber, dass die Regierungen von einer religiösen Minderheit getragen war.

Zur Frage, welche Rolle der Plan von einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten in Zukunft spielen wird, antwortete Loretta Napoleoni, dass sie eine solche Friedenskonferenz für sehr unwahrscheinlich hält. Sie war kürzlich auf einer Konferenz in Madrid zu den Themen Sicherheit und Radikalisierung, organisiert vom Club von Madrid, dem höchstmöglichen Gremium in diesem Bereich. In der dort geführten Diskussion ging es überhaupt nicht um eine Befriedung der Region. Sie war sehr ernüchtert, denn es ging in erster Linie darum, wie man einer weiteren Verschärfung des Terrors mit militärischen Mitteln begegnen könne.

Zu der Frage, warum man von friedensstiftenden Akteuren in den Religionen kaum etwas hört, stellte **Markus Weingardt** fest, dass es hier zwei Seiten gibt. Erstens ist es wichtig, dass diese Akteure ihre Stimme erheben, zum Andern müssen diese Stimmen auch gehört werden. Zum Beispiel wird immer wieder gefragt: Wo bleiben die Stellungnahmen der gemäßigten Muslime zu islamistischen Terrorakten? Es liegt nicht daran, dass es von den Gemäßigten dazu keine Verlautbarungen gäbe. Aber offensichtlich interessiert sich für die niemand, jedenfalls nicht die großen Medien. Der offene Brief an den IS, vor eineinhalb Jahren veröffentlicht von über 120 islamischen Gelehrten und Geistlichen, erschien in den deutschen Medien so gut wie gar nicht. Vor zwei Wochen wurde in Marakesch eine Erklärung veröffentlicht - auch von hunderten islamischen Gelehrten der ganzen Welt, primär gerichtet an die Muslime auf allen Kontinenten - in der sie sich eindeutig für Religionsfreiheit auch für Minderheiten in den muslimischen Ländern aussprachen. Das hat von den Medien überhaupt niemand wahr genommen. Dann ist es natürlich kein Wunder, dass der Eindruck entsteht, in den Religionen würden keine gemäßigten oder friedensstiftenden Gruppen existieren, weil man nichts davon hört. Ich sehe hier vor allem ein Versagen der Medien.

Etwas anders verhält es sich bei den Kirchen in Deutschland, denn die haben eigene Medien, und die haben immer noch eine Machtposition. Und da muss ich leider feststellen: Selbst in den eigenen kirchlichen Medien – ob Rundfunksender oder Zeitschriften – ist das Thema Frieden und gewaltfreie Konfliktbearbeitung völlig unterbeleuchtet. Sie hätten die Möglichkeit, ihre Stimme laut zu erheben, aber sie tun es nicht.

Eine Bemerkung zu der Frage, wo die jungen Menschen seien, die sich in der Friedensbewegung engagieren. Nirit Sommerfeld hat gestern etliche Initiativen aus Israel-Palästina vorgestellt und mehrfach betont: Das sind keine Friedensinitiativen, sondern Aufklärungsinitiativen, in denen sich Menschen punktuell gegen Hauszerstörung und für andere brennende Themen engagieren. Ich würde behaupten: Das sind stückweise auch die Mittel der jüngeren Generation. Die jungen Leute schauen nicht mehr auf das große Ganze, weil das ja auch wahnsinnig kompliziert ist. In den 70er / 80er Jahren war das große Ganze vergleichsweise primitiv: Kalter Krieg, Ost und West und Atomwaffen und es war relativ klar, wer gut und wer böse ist. Das funktioniert heute so nicht mehr. So engagieren sich jüngere Menschen heute anders, nicht unbedingt weniger aber anders, punktueller und vielleicht auch nicht mehr unter dem großen Segel „Friedensbewegung“ - auch in Deutschland. Es gibt ja in den unterschiedlichsten Bereichen wahnsinnig viele Initiativen, die sich nicht als Friedensbewegung sehen. Zum Beispiel solche, die Mützen stricken für einen guten Zweck. Und das ist auch gut so. Interessant wäre es, sozusagen einen Link herzustellen und zu sehen, was das mit der Frage von Gerechtigkeit und Frieden zu tun hat. Und vielleicht können wir uns doch irgendwie zusammen tun und gemeinsam an einem Strang ziehen. Dann kommen wir vielleicht weiter voran und dann können wir vielleicht doch den einen oder anderen Karren aus dem Dreck ziehen. (Applaus)

Nirit Sommerfeld zum Stichwort „Solidarität“, das die Dame aus der Schweiz angesprochen hat mit der Frage: Wie können wir den geflüchteten Menschen in angemessener Weise begegnen? Ich glaube, das müssen wir individuell lösen, zum Beispiel indem wir in einer Flüchtlingsunterkunft Kontakte aufbauen, mit den Leuten aus anderen Ländern gemeinsam kochen oder sie in die eigene Familie einladen.

Zu einem anderen Thema: Wir sind ja alle Aktivisten, die etwas tun wollen. Aber manchmal ist es auch sinnvoll, etwas nicht zu tun, sich zu verweigern. Ich finde, verweigern ist oft eine ganz tolle Haltung, zum Beispiel wenn ich beschließe: Nein, das kaufe ich nicht, das brauche ich eigentlich nicht wirklich. Ich habe schon einen Mantel, eine Spülmaschine etc. etc. zuhause. Aber ich kaufe auch dir nicht alles ab, was du erzählst. Einkäufe verweigern hat auch seine Wirkung auf das System. Von dem unendlichen Konsum profitieren Wirtschaftsunternehmen und Regierungen gemeinsam. Sich den Kaufverlockungen zu verweigern ist unsere ganz große Macht. Für Israel – Palästina ist natürlich BDS, also Boykott und Sanktionen, das große Thema. BDS hat aber überhaupt nichts zu tun mit „Kauft nicht bei Juden!“ Sondern es geht darum, Dinge nicht zu konsumieren, die menschenrechtswidrig hergestellt wurden. Ganz einfach.

Konsumverweigerung ist ein Mittel, das jeder Einzelne in der Hand hat, ein gewaltfreies Mittel, das bei breiter Beteiligung Druck ausübt und Veränderung bewirken kann.



Clemens Ronnefeldt schloss das Gesprächsforum ab mit einem Zitat des seinerzeitigen Außenministers Frank Walter Steinmeier: „Ich bin oft fassungslos, in welchem Maße die ohnehin knappe Ressource Vernunft aus der Welt verschwindet.“ und Clemens ergänzte: Wir bemühen uns bei unseren Friedenskonferenzen seit vielen Jahren, hier vernünftige Ideen herein zu bringen. Ich fühle mich von Herrn Steinmeier ermutigt. „Wo die Gefahr wächst, wächst auch das Rettende.“ hat Hölderlin mal sinngemäß gesagt. Es wird allerdings keinen Automatismus geben. Ich hoffe, dass wir einen Beitrag dazu leisten können, die Probleme zu reduzieren, indem wir uns ernst nehmen, dort wo wir Einfluss haben.

Expertenhearing

Schutz der Menschenrechte durch Prävention



Foto: Martin Pilgram

von li.: O. Knabe, H. Meinzolt, T. Rödl, R. Braun, D. Voigt, M. Massarrat, A. Zumach

Das im letzten Jahr vom Vorbereitungsteam der Friedenskonferenz verfasste „Manifest zum Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ (s. Seite 44) wurde bei der Veranstaltung aus verschiedenen Blickwinkeln der Zivilgesellschaft betrachtet.

Zu Wort kamen sowohl VertreterInnen aus verschiedenen Organisationen der Friedensbewegung als auch verschiedene Fachleute. Nach einer kurzen Übersicht zu völkerrechtlichen Aspekten von Thomas Rödl in Vertretung für den erkrankten Völkerrechtler Norman Paech waren dies Heidi Meinzolt von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Oliver Knabe vom Forum Ziviler Friedensdienst, der Wirtschaftswissenschaftler Mohssen Massarrat, der Journalist Andreas Zumach und der Bayerische Verfassungsrichter und Münchner Bürgermeister a.D. Klaus Hahnzog.

Sie nahmen nicht nur Stellung zu dem „Manifest zum Schutz der Menschenrechte durch Prävention“. Vielmehr beleuchteten sie in ihren Statements auch Aspekte, die aus ihrer Sicht für eine nicht militärgestützte Friedenspolitik der Zukunft von Bedeutung sind.

Thomas Rödl

Statement zur völkerrechtlichen Situation

Abschrift Gertrud Scherer, Zwischenüberschriften und Redaktion T.R.

Guten Abend, ich bin ja hier bekannt als einer, der die Kisten schleppt und die Infostände aufbaut. Wie jetzt erwähnt worden ist, habe ich einmal Philosophie und Politikwissenschaft studiert.

Das Tolle an diesem Konferenzprojekt ist ja, dass man immer wieder Menschen kennen lernt, die viel wissen und die das immer so toll formulieren können. Vielleicht lerne ich da selbst noch ein bisschen dazu.

Ich maße mir selbstverständlich nicht an, den Professor Norman Peach zu ersetzen, der heute hier sprechen sollte. Er ist Völkerrechtler, Experte für Internationale Beziehungen und war im Bundestag. Wir haben seine Absage gestern erfahren. Ich habe mir heute Nachmittag ein paar Punkte notiert, die mir in Bezug auf dieses Papier wichtig sind, das ich tatsächlich intensiv mit verfasst habe.

Grundgesetz Art. 26

Ich will jetzt vier Punkte nennen. Die ersten beiden beziehen sich auf Grundgesetz, Völkerrecht und UNO-Charta.

In Artikel 26 des Grundgesetzes heißt es: „Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist verboten.“ Die Umsetzung dieses Verbots wird in § 80 des Strafgesetzbuches geregelt: „Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die BRD herbei führt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft.“

Erste Anmerkung: Es ist also nur ein solcher Angriffskrieg strafbar, bei dem die Gefahr besteht, dass hier irgendetwas kaputt geht. Auf diese Formulierung sind wir im Jahr 1999 aufmerksam geworden, als einige Menschen aus der

Friedensbewegung – unter anderen ich, aber auch der Kollege Claus Schreer und Andere aus der Münchner Friedensszene – den Kanzler Schröder und den Außenminister Fischer angezeigt haben wegen der Bombardierung Jugoslawiens.

Es ist nichts passiert, weder 1999 noch vor einigen Wochen 2015, als der Bundestag den Einsatz in Syrien beschlossen hat. Da haben wir wieder einmal die Bundesregierung angezeigt – aber keine Reaktion. Schröder hat vor etwa eineinhalb Jahren gesagt: Natürlich war das völkerrechtswidrig; man soll sich nicht so haben wegen Putin und der Krim und so weiter.

Der erste einfache Weg, um die UNO zu stärken, wäre: Das deutsche Gesetzbuch ernst nehmen! Also die UNO zu stärken heißt zum Beispiel ganz einfach deutsches Recht anwenden.

Grundgesetz Art. 24

Zweiter Punkt: Artikel 24 des Grundgesetzes sagt erstens: „Der Bund kann sich einem System kollektiver Sicherheit einordnen.“ Das sind die UNO und die OSZE. Zweitens und weniger bekannt: „Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten.“ Das ist der Internationale Gerichtshof in Den Haag, ein integraler Bestandteil der UNO-Charta. Das ist etwas Anderes als der Internationale Strafgerichtshof; der ist erst eine neuere Erfindung.

Das Grundthema des Internationalen Gerichtshofes ist die friedliche Streitbeilegung zwischen verschiedenen Staaten. Übrigens ist diese friedliche Beilegung von Streitigkeiten seit Bertha von Suttner auch ein Grundkonzept des Pazifismus.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich erst im Jahr 2008 der



Rechtsprechung dieses Internationalen Gerichtshofes unterworfen, wie im Artikel 24 des Grundgesetzes vorgesehen. Das geschah durch eine formelle Hinterlegung eines Schriftstücks.

Dabei hat die deutsche Regierung – und jetzt kommt das Entscheidende – den Vorbehalt formuliert, dass der Internationale Gerichtshof nicht über die Tätigkeit der Bundeswehr im Ausland und nicht über die Tätigkeit von Streitkräften auf dem Territorium Deutschland zu befinden hat. In der Tat ein Skandal! Ich nutze die Gelegenheit, dies hier deutlich hervor zu heben.

Und: Die Formulierung dieses Vorbehalts war nur ein Kabinettsbeschluss, über ihn wurde im Bundestag und in den Medien nicht diskutiert.

Durch den von der Bundesregierung formulierten Vorbehalt kann über den Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland sowie über die Nutzung deutschen Hoheitsgebietes vor dem Internationalen Gerichtshof nicht verhandelt werden. Damit wurde der Friedensgedanke des Grundgesetzes eiskalt und hinterlistig ausgehebelt. Der damalige wie heute amtierende Außenminister heißt Frank Walter Steinmeier.

Welche Lehren hat Deutschland aus dem Krieg gezogen? Wer einen Angriffskrieg vorbereitet, der uns nicht betrifft, der wird auch nicht bestraft. Und wir haben der Welt mitgeteilt: Was wir im Ausland machen, darüber habt ihr nicht zu urteilen.

Hier wieder die gleiche Quintessenz: Völkerrecht stärken heißt das Grundgesetz respektieren. Die Forderung wäre natürlich – und die könnte man in dieses Papier aufnehmen – dieser Vorbehalt ist zurück zu ziehen. Das heißt, Deutschland muss sich bedingungslos und ohne Vorbehalte der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes unterwerfen.

Atomwaffensperrvertrag

Ich komme zum dritten Punkt. Dieser bezieht sich auf die Atomwaffen.

In der Charta der Vereinten Nationen ist die Vision eine Weltordnung von souveränen, gleichberechtigten, als gleichwertig betrachteten Staaten entworfen, die auf Gewalt verzichten und ihre Probleme im Geist der Zusammenarbeit lösen.

„Gleichberechtigt“ und „Zusammenarbeit der Staaten“. Wir alle wissen: Es gibt die privilegierten Mächte, die Atom-Mächte, die im Sicherheitsrat das Vetorecht haben. Gegen die sind die Vereinten Nationen handlungsunfähig. Ihr Privileg beruht vor allem auf der Existenz der Atomwaffen. Im Atomwaffensperrvertrag von 1968 sollte dieses Dilemma mit der Privilegierung einerseits und zweitrangigen Nationen andererseits aufgelöst werden, und zwar durch die Abschaffung der Atomwaffen. Im Atomwaffensperrvertrag verpflichteten sich die Atomkräfte zur Abrüstung und die Nicht-Atomwaffen-Besitzer verzichteten auf den Erwerb von Atomwaffen. Wir haben das jetzt am Donnerstag im Zusammenhang mit den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika schon ein bisschen diskutiert. Nur dieser Verpflichtung zur Abrüstung - zur Abschaffung der Atomwaffen und zur allgemeinen Abrüstung – sind die Atomwaffen-Mächte notorisch nicht nachgekommen. Indien und andere Staaten haben das immer wieder eingefordert. Allgemeine Abrüstung wird aber als unrea-

listisch betrachtet. Und dass die Atomkräfte, darunter auch die europäischen NATO- Staaten (Großbritannien und Frankreich), hier ihre Verpflichtung nicht einhalten, ist völlig ausgeblendet aus dem kollektiven Bewusstsein.

Ein Weg zur Stärkung der UNO von deutscher Seite aus wäre, das (die Abrüstungsverpflichtung im Atomwaffensperrvertrag) wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu müssten wir aber politischen Druck machen.

Gemeinsame Sicherheit und Rüstungskontrolle

Der vierte Punkt betrifft den „Geist der Zusammenarbeit“, wie er in der UNO-Charta steht, und die Abrüstung.

Es gab die Phase der Rüstungskontrollverhandlungen, der Begrenzung der Atomwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion, später Russland. Grundlage dieser Verhandlungen über die Rüstungskontrolle und die Abrüstung war der Vertrag von 1972 „zur Begrenzung der Abwehrsysteme“. Der Grundgedanke war gemeinsame Sicherheit durch Vereinbarungen und Rüstungsabbau.

Präsident Bush hat diesen ABM-Vertrag 2002 gekündigt und damit die Ära der Rüstungskontrolle beendet. Dies aber ist den Leuten hier nicht klar geworden. Unsere Politiker haben das nicht benannt - entweder sie haben die Bedeutung dieses Schrittes nicht verstanden oder absichtlich totgeschwiegen. Das werfe ich bei jeder Gelegenheit vor allem der SPD, aber auch den Grünen vor. Denn das war ein Tritt in den Hintern für die ganze sozialdemokratische Verhandlungspolitik der 70er und 80er Jahre. Als Bush herging und den ABM-Vertrag einfach cancelte, da hätte man aufschreiben müssen und sagen: Wir arbeiten in der NATO so lange nicht mehr mit euch zusammen, bis ihr nicht wieder zurück kehrt zu dieser Politik der Verhandlungen und der gemeinsamen Sicherheit.

Die Reichweite und Bedeutung der einseitigen Kündigung des ABM-Vertrages durch die US-Regierung von 2002 ist nicht erkannt oder systematisch verniedlicht und verschwiegen worden.

Jetzt sind wir in der Situation: Die Gefahr eines Atomkrieges ist wieder gewachsen. Ein neuer Rüstungswettlauf durch quantitative und qualitative Aufrüstung droht. Ich habe in dem Manifest bewusst den Begriff „Global Zero“ verwendet, den Herr Ischinger von der Gegenveranstaltung (gemeint ist die Münchner Sicherheitskonferenz) vor ein paar Jahren ins Gespräch gebracht hat, also die Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen.

Also die Perspektive der Abschaffung der Atomwaffen gehört wieder auf die Tagesordnung, und deutsche Politik könnte sich dieser Forderung anschließen. Denn sie könnte natürlich durch den Abzug der Atomwaffen aus Büchel dazu beitragen. Sie würde viel Unterstützung dafür kriegen durch politische Parteien und die Bevölkerung – nicht nur hierzulande, sondern auch in Holland, Belgien, Italien und so weiter.

Was die deutsche Politik darüber hinaus jederzeit machen könnte, wäre der einseitige Ausstieg aus der sogenannten atomaren Teilhabe. Die Verteidigungsministerin könnte von heute auf morgen sagen: Keine Tornados mehr, die den Atomwaffenabwurf üben! Wir haben zwar diese unsinnigen Tornados, aber wir fliegen nicht mehr damit und wollen sie abziehen. Den Amerikanern müsste deutlich gemacht werden: Wir wollen uns nicht darauf vorbereiten, einen Atomkrieg zu führen. (Beifall)

Mein letzter Satz: Unsere Regierung und der Präsident treten an mit der Rhetorik von „Verantwortung“ und „Schutz der Menschenrechte“. Ja, Mensch, alles was Recht ist, eine Politik kann doch nicht glaubwürdig sein, so lange sie einen Atomkrieg vorbereitet oder auch billigend in Kauf nimmt. (Beifall)

Heidi Meinzolt

Präventive Politik und Diplomatie

(Kurzfassung)

Zur Frage nach der Prävention: sie ist ein wertvolles Gut, das aber auf ein „Nicht-Ereignis“ hinaus läuft – beispielsweise die Verhinderung von Krieg – und als solches nicht sehr medienwirksam. Dennoch gilt es, zur Prävention zu stehen, die in jeder Konfliktphase ein wichtiges Moment ist, davor, mitten im Konflikt und vor allem auch danach.



Ansätze dazu in der Frauen-Friedens-Bewegung:

- Opferschutz, zum Beispiel vor sexualisierter Gewalt in Konflikten und Kriegen
- Beteiligung an Konfliktlösungen, auch schon Brücken bauen im Vorfeld
- Frauen haben in der Regel eine geringere Nähe zu Waffen und tendieren daher meist stärker zur Gewaltvermeidung.

Strategien:

- Transformations - Agenda für grundlegende Veränderungen wie Paradigmenwechsel von der heute gültigen und medial immer wieder verstärkten Sicherheitspolitik hin

zur erklärten Friedenspolitik

- Diese Forderung richtet sich an unsere Politikerinnen und Politiker und an die vielen Thinktanks, die diese beraten. Sie richtet sich auch an Auslandsvertretungen, an Institutionen, Stiftungen, Handelsvertretungen, an ProjektpartnerInnen, diese vernetzte Außen- und Friedenspolitik tatsächlich auch immer wieder umzusetzen.

Konsequenzen:

- Budgets müssen verändert werden; wohin fließen staatliche Gelder? Auch hier muss es um Prävention gehen bei Projektförderung und Kooperation. Zur Erinnerung: Die Regierung hat sich auf eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 verpflichtet.

- Ankämpfen gegen Alternativlosigkeit – es gibt immer Alternativen!

- Widerstand gegen die uns bekannte Alltagsmilitarisierung

- Visionen: Welche Vorstellungen haben wir bzw. gibt es von einer Welt in Frieden?

- Kürzlich veröffentlichte Beiträge der Internationalen Frauenliga zur Prävention (siehe Webseite www.wilpf.de) Beispiele: Beteiligung der Zivilgesellschaft und insbesondere von Frauengruppen und -organisationen an Konfliktlösungen, etwa in Kolumbien und der Ukraine. Entmilitarisierung. Frauenrechte sind Menschenrechte. Beteiligung von Frauen an demokratischen Prozessen. Gerechte und nachhaltige Entwicklung.



Mohssen Massarrat

Präventive Wirtschaftspolitik



Meine Freundinnen und Freunde, ich habe mich in letzter Zeit etwas genauer mit den historischen Kriegen beschäftigt und damit, wie

sie zustande gekommen sind. Das Ergebnis war: Für die Kriege gab es selten einen rationalen Grund, zum Beispiel nachvollziehbare Auseinandersetzungen. Was ich dagegen immer wieder sah: Gerade wenn sich zwischen Kontrahenten eine friedliche Regelung anbahnte, wurden Konflikte gezielt angeheizt, um weltweite Bereitschaft zu militärischem Eingreifen zu schüren.

Aus meiner Sicht ist der Ost-West-Konflikt so gar nicht notwendig gewesen. Aber es waren Kräfte am Werk, die am Ende des Zweiten Weltkrieges einen Ost-West-Konflikt mit dem riesigen Wettrüsten erzeugt haben. Der Vietnamkrieg war überflüssig, aber er wurde gemacht. Und immer war die Lüge die Begründung für den Krieg.

Es gibt den militärisch-industriellen Komplex, in dem jetzt schon – während wir über die gegenwärtigen Kriege reden – die nächste Generation von Kriegen vorbereitet und geschürt wird. Ich denke, dass wir als Friedensbewegung diesen Konflikt-Ursachen-Komplex so gut wie gar nicht berücksichtigen. Wir machen weiter, beschäftigen uns mit Kriegsfolgen und mit Rüstungsexport. Gut, Tobias sagt, wir müssen das Verbot von Rüstungsproduktion fordern und damit ist er schon viel näher an diesem militärisch-industriellen Komplex dran. Wir sollten in der Friedensbewegung endlich dieses Thema in den Vordergrund stellen – obwohl es sehr schwierig ist.

Andreas Zumach

Braucht es eine Polizeitruppe für die Vereinten Nationen?

Guten Abend. Ganz herzlichen Dank für die Einladung und für die freundliche Begrüßung. Erlaubt mir zwei Vorbemerkungen.

Erste Vorbemerkung

Die erste knüpft an die Begrüßung der Kollegin Sonnenberg an, die sehr kritisch eingeschätzt hat, dass auf dieser offiziellen sogenannten Sicherheitskonferenz Politiker und Politikerinnen unter anderem aus Deutschland mit Militärs zusammen saßen.

Ich glaube, dass ich in diesem Raum der bin, der auf dieser Sicherheitskonferenz als Journalist am häufigsten gewesen ist. Ich sehe in der Regel – und zwar zunehmend – die dort agierenden und redenden Politikerinnen und Politiker als das viel größere Problem. Und ich erlebe zunehmend, dass die Militärs – wenn auch leider nicht auf offener Bühne und damit für uns alle wahrnehmbar,



aber doch in Nebengesprächen – zum Teil massive Kritik an dem üben, was die Politiker und Politikerinnen hier vertreten. Ich habe allein am heutigen Tage drei Militärs gehabt, die gestern Abend die Illner-Show angesehen haben und nun auf mich zugekommen sind. Das, was ich dort Kritisches gesagt habe zum völlig gescheiterten sogenannten Krieg gegen den Terrorismus und auch zu der neuen NATO-

Mission, die die Frau von der Leyen dort verkündet hat – also zur Zurückweisung der Flüchtlinge in der Ägäis – da haben die Militärs alle gesagt: „Sie haben vollkommen recht.“ Ich kann darauf natürlich nur antworten: „Sagen Sie das den Politikern und sagen Sie es endlich laut – oder quittieren Sie Ihren Job.“ Ich will nur deutlich machen: Das größere Problem sind – nach meiner Wahrnehmung zumindest – die Politikerinnen und Politiker. Und die müssen wir auch nach wie vor in die Verantwortung nehmen. Sie sind es, die die sogenannte Sicherheits- und Militärpolitik und manchmal auch Friedenspolitik verantworten. Und die Militärs sind dann die Ausführenden.

Zweite Vorbemerkung

Das Kapitel Eins in der Präambel, die Euch ja vorliegt, hat im vorletzten Absatz einen Punkt, der mir so wichtig erscheint, dass ich ihn nicht nur erwähnen will, sondern

dafür auch dieses Schaubild zur „AGENDA 2030 der Vereinten Nationen“ mitgebracht habe. Die AGENDA 2030 wird hier genannt als ein „wichtiges internationales Dokument für kohärentes und präventives Handeln für soziale, ökologische, nachhaltige und friedliche Wege der Entwicklung“. Notwendig – heißt es hier - „ist eine ambitionierte Umsetzung der AGENDA in Regierungshandeln mit verbindlichen und transparenten Strukturen für die Partizipation der Zivilgesellschaft und der notwendigen finanziellen Ausstattung und Koordination durch das Bundeskanzleramt“.

Ich weiß, dass ganz viele von Euch eher ächzen und stöhnen, wenn da Irgendetwas auf dieser UNO-Ebene beschlossen wird, und wenn dann irgend so ein dickes Papier heraus kommt, das nimmt kaum jemand in die Hand. Ich kann das gut nachvollziehen als Korrespondent mit nunmehr 30 Berufsjahren, aber in dem Fall empfehle ich dringend, das mal anders zu machen.

Diese SDGs – die Social Development Goals – sind sicher nicht hundertprozentig das perfekte Gelbe vom Ei, wie wir uns das selber schreiben würden. Aber es ist deswegen ein ungeheurer Fortschritt, weil im Unterschied zu den vorangegangenen sogenannten Millenniumszielen zur Halbierung der Armut – die von 2000 bis 2015 galten – die Notwendigkeit von Entwicklung im Sinn von Veränderung endlich nicht nur auf die Länder des Südens angewandt wird, sondern auf uns Alle, also auch auf die Industriestaaten. Das ist ein großer Fortschritt, der erkämpft worden ist – das darf man ganz selbstbewusst sagen und Heidi Meinolt weiß das – von Hunderten von Frauenorganisationen, von Menschenrechts- und Umweltorganisationen aus aller Welt. Leute wie wir, die sich eingeklinkt haben in diesen verdammt mühsamen und zähen UNO-Vereinbarungsprozess.

Diese AGENDA 2030 hat ja 17 Ziele mit 168 Unterzielen und Indikatoren. (Jetzt werden wir alle schon wieder stöhnen.) Es gibt

auf deutscher Ebene ein Papier, mit dem man sofort starten kann. Es ist also nicht mehr notwendig, dass die Bundesregierung und der Bundestag erst wieder einmal eine Enquetekommission einsetzen, die dann acht Jahre darüber berät, wie wir das alles umsetzen. Sondern diese beiden Nichtregierungsorganisationen „Terre des Homes“ und „Terre des Fames“ und GFP – das steht für „Global Policy Forum“, das ist eine Organisation mit Sitz in New York und Berlin, die die UNO auf allen Ebenen kritisch begleitet. Diese NGOs haben das Papier vorgelegt. SDGs mit dem Motto: „Gut leben und zwar global“. Sie, die „Sozialen Entwicklungsziele“, werden alle vorgestellt. Und dann wird in Bezug auf Deutschland für jeden relevanten Politikbereich – Umwelt, Steuer, Wirtschaft, Außenpolitik und Rüstungsexporte – ganz konkret gesagt, was die Umsetzung sein müsste, wie man auch etwa Armut und glücklich sein und gut leben anders bemessen kann – auch bei uns – als nur mit dem Bruttosozialprodukt. Und es werden ganz konkrete Indikatoren für die Bemessung genannt, für die Flüchtlingspolitik zum Beispiel die Relation von deutschem Bruttosozialprodukt und deutschem Pro-Kopf-Einkommen. Danach ergibt die Rechnung, dass Deutschland mindestens 8 Millionen Flüchtlinge aufnehmen bzw. für sie in anderen Aufnahmelandern einstecken müsste. Also ich empfehle dieses Papier dringend. Es ist kostenlos zu beziehen, auch in vielen Exemplaren.

www.bmz.de/agenda2030

Jetzt komme ich zu meinem eigentlichen Thema:

Braucht es eine Polizeitruppe für die Vereinten Nationen?

Was passiert, wenn alle beschriebenen Präventionen mit zivilen und wirtschaftlichen Mitteln gescheitert sind oder wenn sie gar nicht oder völlig unzureichend versucht wurden, was ja bisher leider unser aller

historische Erfahrung ist?

Da kann es ganz klar zu definierende Fälle geben von nachweislich unmittelbar drohendem oder bereits begonnenem Völkermord – nimmt bitte exemplarisch die Situation im Februar 1994 in Ruanda, wo ganz klar ein Völkermord vorbereitet wurde: Die Propaganda ist da, die Macheten sind ausgeteilt und das geht los. Ob es da noch ein Mittel gäbe, dieses dann noch zu verhindern und zu beenden – das ist die Frage.

Wer dazu nicht grundsätzlich Nein sagt, weil er sagt „Ich bin absoluter Pazifist und kann mir das überhaupt nicht vorstellen, dass irgendwelche Zwangsinstrumente und vielleicht auch Waffen eingesetzt werden.“ Respekt – das ist eine Haltung.

Aber wer sagt, wir wollen auch hier mitdenken und wir wollen diese wichtige Frage nicht immer nur denen überlassen, die ohnehin immer nur in militärischen Kategorien denken und zwar bislang ausschließlich in nationalen militärischen Kategorien oder maximal in der Kategorie einer westlichen Militärallianz – wenn wir den Anspruch haben, hier ein Alternativkonzept zu entwickeln, dann müssen wir uns auch einmischen.

Deswegen der Vorschlag, eine internationale Polizeitruppe mit ganz klar definierten Aufgaben – die stehen ja auch in dem ausgeteilten Text drin – für den Fall von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzusetzen und zwar nur von der UNO mit einem ganz klaren Mandat des UNO-Sicherheitsrates.

Tommy Rödl hat schon im Dezember 2013 in einem Konzeptpapier „Zukunft sichern – abrüsten“ (das ich sehr empfehle) ein paar wichtige Aspekte und auch ein paar kritische Fragen genannt. Ein ganz wichtiger Aspekt ist: Das Ganze kann natürlich nicht ein Zusatzprodukt zu all dem sein, was es bereits heute auf nationaler Ebene der 193 Mitgliedsländer an militärischen und polizeilichen Instrumenten gibt. Das nicht! Das heißt, wenn

man das vorschlägt, dann als eine Kombination von Abbau vorhandener nationaler Instrumente – auch ganz konkret des Militäretats – und Zuwendung dieser Mittel zum Aufbau einer solchen Polizeitruppe bei der UNO.

Es gibt Streit über Begriffe. Die Einen sagen, man solle es Schutztruppe nennen oder meinetwegen robuste Blauhelmtruppe – darüber kann man reden. Es gibt bestimmte konzeptionelle Unterschiede, ob ich sage Polizeieinsatz oder Militäreinsatz. Nur muss uns klar sein: Eine solche Truppe müsste so handlungsfähig sein, dass sie in dem konkreten Beispiel in Ruanda 1994 zwischen die Hutus und die Tutsis gestellt, den Völkermord hätte verhindern können. So robust muss sie zumindest sein. Ob man sie dann Militär oder Polizei nennt, können wir diskutieren.

Das zweite Wichtige ist die Frage: Wer setzt sie ein und wer fasst den Beschluss?

Da hat Tommy zurecht auf die realpolitische Situation hingewiesen, die ja ist, dass solche Einsätze von Zwangsinstrumenten bisher überhaupt nur beim UNO-Sicherheitsrat angesiedelt sind. Und da sitzen ja vor allem die fünf Ständigen Mitglieder mit ihrem Vetorecht und mit ihrem Atomwaffenprivileg, die ja wahrscheinlich oder ganz bestimmt kein Interesse an einem solchen Instrument innerhalb der UNO haben. Weil sie eben vor allem auf die nationalen Interessen setzen. Diese Bedenken teile ich, würde sogar noch weiter gehen. Von den 193 UNO-Mitgliedsstaaten verfügen leider 192 über eigene starke militärische Mittel, die sie offensichtlich für einen unverzichtbaren Ausdruck nationaler Identität und Souveränität halten. Dies ist so bis auf Costa Rica. Das ist ein schweres Brett, das hier zu bohren ist. Da sind die Bedenken von Tommy berechtigt, dass die Vetomächte im Sicherheitsrat diese UNO-Truppe – wenn wir sie denn hätten – vielleicht gar nicht einsetzen würden.

Meine – ich hoffe intelligente – Antwort darauf ist folgende:

Es ist ja in der UNO-Charta von 1945 an ein solches Instrument schon gedacht: im Kapitel VII, Absätze 42 folgende. Ist das nur nie verwirklicht worden aus exakt dem Grund, dass die fünf UNO-Vetomächte es nie wollten? Weil man nämlich Angst hat, dass man dann etwas von den eigenen nationalen Privilegien an die UNO abgebe.

Weil es aber in der UNO-Charta drin steht, sage ich: Es könnte beschlossen werden, ein solches Instrument durch die UNO-Generalversammlung zu schaffen. Es braucht dazu keine Änderung der UNO-Charta, welcher ja die fünf Vetomächte zustimmen müssten. Das könnte die Generalversammlung machen, wenn bei einer ausreichenden Zahl von Mitgliedsstaaten genug innenpolitischer Druck dafür entsteht – das ist dann unsere gemeinsame Aufgabe. Und dafür gibt es ja gute Beispiele.

Zu dem eben vorgestellten Buch, das die Frage aufwirft „Ist die Weltorganisation überflüssig geworden?“ ist meine klare Antwort natürlich „Nein“. Aber bei aller Kritik und Analyse des Scheiterns – sei es in Syrien oder sonst wo – muss uns klar sein: Wenn wir diese UNO handlungsfähiger machen wollen, dann gelingt das nur, wenn zumindest in einer Koalition aktiver Multilateralisten innerhalb dieser Mitgliedschaft der Wille dafür besteht. Das muss nicht gleich die Mehrheit der 193 Staaten sein.

Was waren in den letzten 25 Jahren die wichtigsten Erfolge auf dieser Ebene? Ich würde die vier nennen:

- das Verbot dieser furchterlichen Anti-Personen-Minen,
- das Verbot dieser noch furchtlicheren Streumunition
- jetzt endlich ein erstes Abkommen mit dem Versuch, konventionellen Waffenhandel irgendwie zu begrenzen und
- die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofes.

Alle diese vier Erfolge sind erkämpft und durchgesetzt worden

durch internationale Koalitionen von Zivilgesellschaften. Viele von euch waren bei den verschiedenen Kampagnen dabei. Das ist durchgesetzt worden anfangs zum Teil gegen den Willen der fünf Vetomächte. Man hat willige Länder gefunden – seien es die Norweger, die Kanadier – und man hat schließlich eine Mehrheit in der Generalversammlung bekommen. Heute haben wir in all diesen vier genannten Beispielen internationale Verträge mit jeweils 160 Ratifikationen. Das könnte auch hier der Weg sein.

Und schließlich: die Entscheidung.

Da hat Tommy auch wieder zurecht die Bedenken genannt, wenn im Sicherheitsrat eines der fünf Ständigen Mitglieder sein Veto einlegt. Aber: Diese Entscheidung kann dann auch in der Generalversammlung getroffen werden. Auch das ist heute schon möglich. Wenn nämlich im Sicherheitsrat Ständige Mitglieder ihr Veto ankündigen und dieses Gremium damit blockieren und es an der Ausübung seiner primären Aufgaben hindern – nämlich der Bewahrung und Sicherung des internationalen Friedens – dann geht diese Verantwortung an die Generalversammlung über. Dafür gibt es Beispiele aus der Vergangenheit. Aber das erfordert natürlich die Initiative von Mitgliedsstaaten, diese Verantwortung dann auch in die Hand zu nehmen und für einen solchen Beschluss zu werben.

Das ist also keine unüberwindliche völkerrechtliche Hürde. Aber auch für den Beschluss, diese Polizeitruppe einzusetzen, zum Beispiel in Ruanda, bedarf es nicht notwendig eines Beschlusses des Sicherheitsrates. Das könnte die Generalversammlung machen.

Wenn man das als Konzept überhaupt akzeptiert und für richtig hält, könnte ich mir vorstellen, dass es auch dafür in den nächsten Jahren eine Kampagne der Zivilgesellschaft in allen Mitgliedsländern gibt.

Vielen Dank für eure Geduld.

Oliver Knabe

Frieden braucht Fachkräfte

Wir benutzen diesen Slogan „Frieden braucht Fachkräfte“ in der Praxis eigentlich nicht mehr, weil Frieden eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung ist. Es braucht Fachleute für die Konfliktbearbeitung, aber man kann auch denen das Thema nicht einfach überlassen.

In den vergangenen Jahren wurden die Ansätze und die Methodik der Konfliktbearbeitung ganz stark weiter entwickelt. Wenn ich zurückschaue, was wir in den letzten 20 Jahren umgesetzt und gelernt haben, dann ist das eine ganze Menge. Ich habe in der 90er Jahren im Balcan Peace Team International – das war eine kleine Koalition von Friedensorganisationen, die auf dem Balkan tätig war - angefangen, mich mit Konfliktbearbeitung zu befassen, und ich sehe: Wir haben einen großen Schatz an Erfahrungen und an Personen, die sich inzwischen engagiert haben. Das wird aber von der Politik nur ganz unzureichend wahrgenommen und genutzt.

In fast jeder Konfliktregion gibt es heute Friedensexpertinnen und -experten, die auf eskalierende Konflikte hinweisen. Aber dieses Wissen wird zu wenig abgefragt und führt nur selten in schlüssiges präventives Handeln.

Die Wirkung von Friedensprojekten als Inseln in der zivilen Konfliktbearbeitung wird aber erst dann multipliziert, wenn sie in einen kohärenten Politikansatz münden. Denn sonst untergräbt man mit der einen Hand das, was man mit der anderen aufbaut.

Was machen wir praktisch?

Zum Frieden mit friedlichen Mitteln ist der Zivile Friedensdienst nur eine der Handlungsmöglichkeiten. Mit engagierter Expertise zu Ursachen von Konflikten und zu Methoden arbeiten unterschiedliche zivilgesellschaftliche Organisationen. Für uns ist eine



Grundregel die gemeinsame Arbeit mit Partnern in der Region. Das ist ganz wichtig, dass wir nicht alleine arbeiten.

Beispiel: Libanon.

Wir sind dort in der Bekaa-Ebene tätig, in einer strukturschwachen Region, in der es ein paar Flüchtlinge mehr gibt als hier in München und in Deutschland. Im gesamten Land kommt ein Flüchtling auf etwas 3 bis 4 Libanesen, in der Bekaa-Ebene ist das Verhältnis zum Teil eins zu eins. Da kann man sich vorstellen, was an praktischen Konflikten auf dem Tisch ist. Nicht genug Ärzte, nicht genug Strom, kein Platz für die Kinder in den Schulen und die Arbeitsplätze – ja, die nehmen die Flüchtlinge auch noch weg. Was kann man also tun?

Wir arbeiten mit zwei Partnern zusammen, einer libanesischen Gruppierung und einer syrischen, in der sich Flüchtlinge selbst organisiert haben. Wir bilden gemeinsam mit diesen Organisationen Konfliktberaterinnen und -berater aus, die in den kleinen Gemeinden in der Bekaa-Ebene helfen, über diese Konflikte ins Gespräch zu kommen. Sie versuchen das Misstrauen gegenüber den Flüchtlingen abzubauen und gemeinsam zu schauen, was man in der jeweiligen Situation tun kann. Eines der Probleme ist zum Beispiel der Umgang mit Müll.

Jetzt haben wir im Libanon den Krieg eigentlich gerade hinter uns. Da war ein Bürgerkrieg, der noch lange nicht aufgearbeitet ist, und einer der Gründe für den politischen Stillstand im Libanon ist sicherlich auch diese nicht aufgearbeitete Vergangenheit. Was machen wir da?

Gemeinsam mit unseren Partnern arbeiten wir an Schulmaterial, mit dem man über diesen Bürgerkrieg sprechen kann. Und zwar auf eine Art und Weise, dass das Sprechen über den Krieg den Frieden fördert. Man kann über einen Konflikt so reden, dass man den Anderen nachher noch mehr hasst als vorher. Man kann aber auch über einen Krieg so sprechen, dass man versteht, dass es manchmal mehr als eine Wahrheit gibt und dass es Gemeinsamkeiten gibt, die über das, was gemeinhin einzelnen Gruppen zugeschrieben wird, hinaus gehen.

Ich könnte noch viele Beispiele aus anderen Ländern und von anderen Organisationen erzählen – klar ist: Es gibt ein großes Potential, und es gibt messbare und belegbare Wirkungen von zivilem und gewaltfreiem Handeln. Das hat auch eine Evaluierung unserer Arbeit und des Zivilen Friedensdienstes insgesamt belegt.

Nun, abgesehen von den Projekten, die wir durchführen – Was ist denn noch passiert?

Durch den Zivilen Friedensdienst und andere Trägerorganisationen wurden mehr als tausend Männer und Frauen in Friedens- und Konfliktarbeit aus- und weitergebildet. Durch sie und ihren Einsatz in Konfliktgebieten in über 40 Ländern ist ein großer Schatz an Wissen und Erfahrung entstanden. Der Schatz wirkt weiter in anderen Projekten, aber auch in unserer Gesellschaft, denn viele davon kommen ja zurück und manche werden im Zuge der Integration von Flüchtlingen hier zur Begleitung von Veränderungsprozessen in Kommunen eingesetzt.

Während ja nun militärisches Wissen in Friedenszeiten im Allgemeinen wenig wert ist – um nicht zu sagen gar nichts – sind eben Methoden der Konfliktbearbeitung auch hier in Deutschland wieder nützlich, gerade in Zeiten wie diesen, in denen wir gerade eine Polarisierung der Gesellschaft erleben mit reichlich Konfliktstoff.

Der Zivile Friedensdienst hat also ein Stück weit dazu beigetragen, dass Friedenspotentiale sichtbar werden. Und das ist eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass man der Rede von der Alternativlosigkeit militärischen Handelns entgegen treten kann. Es reicht ja nicht zu sagen: Nee, das ist nix. Wir brauchen Alternativen. Und ich glaube, wir haben inzwischen sehr viele Beispiele dafür, wie ziviles Handeln funktionieren kann. Bekannt genug sind sie mit Sicherheit noch nicht.

Es gibt auch noch ganz viel, das fehlt.

Ganz praktisch fehlt die Zusage für die kontinuierliche Steigerung der Mittel, die für Friedensprojekte zur Verfügung gestellt werden.

Im Parlament fehlt grundsätzlich eine außenpolitische Generaldebatte. Es gibt Debatten um Militäreinsätze – das ist ja auch gut und richtig. Da wird dann auch viel über Prävention gesprochen. Aber

an der Umsetzung hakt es immer wieder.

Es fehlt in Deutschland ein friedenspolitisches Leitbild. Wir haben demnächst ein neues Weißbuch, an dem Frau von der Leyen arbeitet. Aber den Rahmen für Friedenspolitik den haben wir noch nicht.

Zurück zu unserer Praxis. Ich würde sagen, es fehlt die Übertragung der friedenslogischen Grundprinzipien, die wir in ziviler Konfliktbearbeitung haben, auf staatliches und gesellschaftliches Handeln insgesamt.

Das hatten wir ja heute schon: Wirtschaftspolitisches Handeln, außenpolitisches Handeln muss sich ganz systematisch der Frage stellen, ob es Konflikte verschärft und Gewalt Vorschub leistet. Hätten wir einen solchen Konflikte-TÜV, dann würden nicht nur die Waffenexporte daran scheitern, sondern auch wesentliche Teile deutscher und europäischer Außenwirtschafts-, Landwirtschafts- oder Fischereipolitik. Das haben wir alle eben gehört. (Zuruf) Klimapolitik – ja genau.

Und da möchte ich gerade nochmal auf Andreas Zumach zurück kommen. Die UN stärken heißt sich für die Agenda 2030 einsetzen. Denn sie verbindet erstmalig in einem UN-Dokument – das übrigens vergleichsweise in einem partizipa-

torischen Prozess zustande gekommen ist – soziale, wirtschaftliche und Umweltfragen.

Wir haben uns diese Agenda vorgenommen und einmal aus friedenspolitischer Sicht die 17 Ziele darauf durch geforstet, wo man das Thema Frieden konkret umsetzen kann. An einer Stelle wird das Friedensziel explizit benannt, aber es gibt auch andere Punkte, wo man es finden kann.

Sich für die Agenda 2030 einzusetzen ist ein spannender Ansatz, weil da Partner zusammen kommen können, die bisher nebeneinander arbeiten: etwa die Umweltverbände, Sozialverbände und Friedensorganisationen. Was noch ein bisschen fehlt, sind die Gewerkschaften. Aber ich hoffe, dass sich das noch ändern wird.

Wir versuchen beim Forum Ziviler Friedensdienst mit Partnern aus solchen Organisationen für eine öffentliche Diskussion dieser Agenda zu sorgen, damit sie ernsthaft und mit den entsprechenden Mitteln und hoch aufgehängt – so wie es ja auch in diesem Papier drin steht – umgesetzt wird.

Das hat allemal mehr Aufmerksamkeit verdient als zum Beispiel diese unsägliche Diskussion über diesen noch unsäglicheren Anti-Schlepper-Einsatz der NATO, um den es gerade geht.



Klaus Hahnzog

Verfassungsrechtliche Anmerkungen

Dr. Klaus Hahnzog Bayerischer Verfassungsrichter

Münchner Bürgermeister a. D.

Ehrenkurator der Friedenskonferenz

1. In der Präambel einer Verfassung werden der Rahmen und die prägenden Leitgedanken niedergelegt. Insoweit ist dort auch unser heutiges Thema „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“ verankert.

Im Grundgesetz heißt es „... von dem Willen beseelt (...) in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen...“ Da wir hier in Bayern sind: Dies ist übrigens auch in der Vorgängerin des Grundgesetzes, der Bayerischen von Wilhelm Hoegner geprägten Verfassung vom 1. Dezember 1946 in der Präambel mit den Worten festgehalten: Der „feste Entschluss den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens dauernd zu sichern“.

2. Neben diesem bindenden „Friedensgebot“ zeigt das Grundgesetz die zentrale Bedeutung der Grundrechte schon darin, dass sie in Art. 1 bis 19 an die Spitze gesetzt sind. Zu Recht wird in Art. 1 Abs. 1 die Seele des Grundgesetzes gesehen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Das gilt für alle, nicht nur für Deutsche, wie auch Art. 2 Abs. 2 GG: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Diese zentralen Grundrechte gelten für alle Bereiche hoheitlicher Gewalt, auch für den Einsatz des Militärs, im Inland wie im Ausland. Wie im Bereich der intensivsten Machtausübung des Staates für alle – dem Strafrecht – muss auch hier der Grundsatz gelten: „in dubio pro libertate“. Wie dort kommt es nicht auf die Tat im konkreten Fall an. Vielmehr muss schon die Norm, die den Einsatz der staatlichen Gewalt

für ein eventuelles Verhalten festlegt, wegen ihrer Auswirkung verfassungsgemäß ausgestaltet sein.

3. Entscheidungen des Bundestages sind für Einsätze der Bundeswehr als „Parlamentsheer“ auf jeden Fall erforderlich. Das gilt auch für den Einsatz deutschen Militärs im Bündnisfall nach Art. 24, 87a GG. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30.6.2009 (BVerf GE 123, 60) ist der Parlamentsvorbehalt integrationsfest. Das Bündnisssystem selbst muss jedenfalls rein defensiven Charakter haben. Darüber hinaus müssen auf jeden Fall die Jedermannsgrundrechte des Art. 1 und 2 GG beachtet werden. Damit sind nicht nur bewaffnete Drohnen ausgeschlossen, sondern auch Einsätze, bei denen „Kollateralschäden“ nicht auszuschließen sind. Das muss auch für bloße „Aufklärungsflüge“ gelten, da sie u. U. erst künftige Kampfhandlungen herbeiführen oder auf solche der Bündnispartner abgestellt sind.

4. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 15.2.2006 (BVerfGE 115, 118 ff) wirft weitere Fragen auf. Danach ist nach dem Flugsicherungsgesetz der Abschluss eines von Terroristen entführten Flugzeugs nach Art. 2 Abs. 2 i. V. m. Art 1 Abs. 1 nicht zulässig, wenn dieses Flugzeug tatunbeteiligte Insassen enthält. In der verfassungsgerichtlichen Literatur (etwa Herdegen in Maunz-Dürig, Grundgesetz, Art. 1 Abs. 1 Rndr. 96) heißt es dazu: „Die vom Bundesverfassungsgericht angenommene Verdinglichung bei Tötung der in bestimmte Handlungsabläufe gezwungenen Personen hat auch problematische Implikationen für das militärische Vorgehen im bewaffneten Konflikt im Rahmen des humanitären Völkerrechts. Die Annahme, dass relevante Tötungen bei terroristischen Angriffen grundsätzlich anders als in bewaffneten



Konflikten zu beurteilen sind, wäre jedenfalls heikel.“ Diese heikle Aufgabe ist m. E. nach den obigen Ausführungen z Art. 1 und 2 GG hier nicht notwendig zu lösen.

5. Bei der „Polizeitruppe für die Vereinten Nationen“ muss alles getan werden, um eine zu große Machtzusammenballung zu vermeiden. Bei den Diskussionen um die Skandale mit den Verfassungsschutzämtern habe ich mich deshalb von vornherein gegen eine Auflösung dieser Ämter ausgesprochen, aber für die Abschaffung der V-Leute, wie auch später etwas Bernhard Hirsch. Das „Trennungsgebot“ für polizeiliche und geheimdienstliche Dienste muss auf jeden Fall erhalten bleiben, sonst drohen Situationen wie bei Stasi oder Gestapo.

6. Gerade in der jetzigen Zeit fordert aber auch die Flüchtlingssituation – bei der die gerade von der CSU geforderte „Obergrenze“ verfassungswidrig ist – alles zu tun, um Fluchtursachen zu vermindern, die häufig durch untragbare Verhältnisse in den Heimatländern herbeigeführt werden. Das heißt insbesondere: keine Kriege, keine Waffenexporte und keine Bedrohung der Lebensgrundlage im Heimatland durch wirtschaftliche Ausbeutung. Hier gäbe es wichtigere Aufgabenfelder anstatt der 130 Milliarden in 15 Jahren für den Wehretat mit einem nach Von der Leyen etwa angekündigten „Bedarf“ von 320 Leopard-2-Kampfpanzern.

Klaus Hahnzog

Tobias Pflüger

Diskussionsbeitrag

Vielen Dank. Ich will mich ganz auf dieses Manifest konzentrieren, weil ich glaube, dass es ja so ein bisschen um die Weiterentwicklung dieses Textes geht.

Ich persönlich habe mich bei der ersten Lektüre dieses Textes erst mal gefragt: Wer ist der Adressat? Ist es die Bundesregierung? Dann sollte man das glaube ich konkret benennen. Und ich habe mich gefragt, ob man die derzeitigen Bedingungen, unter denen Friedensarbeit stattfindet, nicht konkret benennen sollte.

Das heißt, zur Zeit passiert ein unglaublich massiver Ausbau von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Seit dem Syrien-Einsatz wird jetzt Stück für Stück ein Einsatz nach dem nächsten kommen. Ich halte das für einen Paradigmenwechsel. Es ist der dritte Kriegseinsatz, den dieses Land nach denen in Jugoslawien und in Afghanistan betreibt, und es ist eigentlich völlig klar, dass man jetzt gegen diesen Kriegseinsatz mobilisieren muss. Wir müssen ihn benennen als eine neue Rahmenbedingung – und um das geht es – unter der unsere Friedens- und Antikriegsarbeit läuft. (Beifall)

Ich persönlich denke, dass wir uns auch mit der deutschen Rolle auseinander setzen müssen. Und die geht in die Richtung, dass Deutschland meint, es müsse wieder eine Weltmacht sein – oder um einen geschichtlichen Begriff zu nehmen: um einen Platz an der Sonne zu bekommen. Das hat hier in München mit der berühmt-berüchtigten Rede von Herrn Gauck begonnen.

Ich glaube, es ist völlig klar, dass wir keine Weltmacht werden wollen, und ich meine, dass man so etwas in einem solchen Manifest benennen sollte. (Beifall)

Im Konkreten: Es geht um die Stärkung der UN und der OSZE, genau



so ist es auch im Programm der LINKEN festgehalten.

Aber zu der Formulierung, dass Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrates problematisch seien und zu unseren Zielen in krassem Widerspruch stünden, will ich sagen: Wir haben als LINKE bewusst die Praxis, dass bei der Beurteilung das UN-Mandat eine Rolle spielen soll, aber dass selbstverständlich auch Militär- und Kriegsaktionen mit UN-Mandat abgelehnt werden müssen. (Beifall)

Ganz wichtig ist die Benennung quantitativer und qualitativer Aufrüstung. Genau das erleben wir gerade bei der Bundeswehr, dass insbesondere die kriegsführungsfähigen Teile immer weiter ausgebaut werden.

Ein Beispiel dafür ist das 130-Milliarden-Euro-Programm, das Ursula von der Leyen jetzt gerade angekündigt hat. Das bezieht sich auf die investiven Teile des sogenannten Verteidigungshaushalts. Der ist im Moment zwischen 3,5 und 5 Milliarden hoch und soll, wenn man die Beträge auf die einzelnen Jahre umrechnet, etwa 9 Milliar-

den betragen. 9 Milliarden mehr, insbesondere für Waffen. Gerade das aber ist eine unerträgliche Aufrüstung, die Ursula von der Leyen da betreibt – und die muss man auch genau so benennen. (Beifall)

Der Bereich der Rüstungsexporte ist hier – wie ich meine – gut beschrieben. In der LINKEN hatten wir dazu eine interessante Debatte. Rüstungsexporte müssen selbstverständlich verboten werden, aber das reicht nicht aus. Wir müssen auch an die Rüstungsproduktion heran. Deshalb steht inzwischen im Programm der LINKEN, dass wir ein Verbot der Rüstungsproduktion und eine Umwandlung der militärischen in eine zivile Produktion wollen. (Beifall)

Bezüglich der Freihandelsabkommen ist schon sehr viel Wichtiges gesagt worden. Diese Freihandelsabkommen sind ja sehr häufig konfliktauslösend. Nur ein Stichwort dazu: Das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ist ebenfalls ein Freihandelsabkommen. Und dieses stand ja unmittelbar am Beginn dieses Konflikts und war nicht unwesentlich verantwortlich für seine Eskalation.



Die Freihandelsabkommen lehnen wir logischerweise ab, und zwar sowohl die großen wie TTIP, TETA etc. als auch die kleinen von den EPAs bis hin zu diesem Assoziierungsabkommen.

Zu der hier vorgeschlagenen Polizei-Truppe: In der LINKEN sieht es so aus, dass die Frage von einer Minderheit diskutiert wird; die Mehrheit sagt, dass sie die Polizei-Truppe nicht wolle. Meine eigene Position dazu: Ich glaube, dass wir hier auf den politischen Diskurs aufpassen müssen. Genau die Verschiebung, die Sie gerade vorgenommen haben, nämlich hin zu den Kampfeinheiten, erscheint

mir ganz gefährlich. Sie haben von Kapitel VII-Einheiten gesprochen, und genau das ist – wenn ich den Text richtig verstehe – explizit nicht gemeint. So kann der Diskurs schief laufen, das heißt man schafft dann doch Akzeptanz für das, was wir nicht wollen.

Deshalb sage ich: Diese Idee kann man zwar einbringen, aber ich persönlich bin da sehr skeptisch, weil sie den Diskurs verschiebt und weil sie de facto dafür sorgen kann, dass Stück für Stück die Akzeptanz von Militäreinsätzen steigt.

Letzter Punkt: Die Rahmenbedingungen, die ich anfangs genannt habe, sind mir sehr wichtig. Ver-

mutlich findet ja auch wegen dieser Rahmenbedingungen diese Sicherheitskonferenz hier statt. Wir erleben diese Bedingungen gerade mit der NATO als einem Kriegsführungsbündnis mit dem Artikel V, der seit 2001 nach wie vor in Kraft ist. Die Europäische Union ist auch ein Militärbündnis – spätestens seit der Lissabon-Vertrag in Geltung ist – hier Artikel 42.7. Hollande hat ihn nun quasi aufgegriffen als Begründung für den Militäreinsatz, an dem sich Deutschland jetzt auch beteiligt. Und ganz wesentlich: Die Bundeswehr ist ein Instrument dieser Kriegspolitik – und das müssen wir benennen.

Deshalb sagt die LINKE klar NEIN zu sämtlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Im Programm der LINKEN steht auch, dass das Ziel eine Welt ohne Armee sei.

Ich persönlich hätte ja gerne die Bundeswehr abgeschafft. Das ist noch etwas Anderes als eine Welt ohne Armee.

Vor allem halte ich es für ganz wichtig, dass wir die neue Rolle der Bundeswehr deutlich machen: Die Bundeswehr ist ein Interventionsinstrument, das für die Kriegsführung da ist. Und diese Bundeswehr sollten wir gemeinsam ablehnen.

Vielen Dank.





Friedensgebet der Religionen

Begegnen – Entfeinden -Versöhnen

Das Friedensgebet der Religionen am 14.2.2016 im Pfarrsaal von St. Anna stand unter dem Motto Begegnen – Entfeinden -Versöhnen.

In den Beiträgen von Juden, Christen, Muslimen und Baha'is wurde deutlich, dass Religionen nicht nur – wie heute oft betont wird – ein Teil von Gewaltkonflikten sind, sondern genau so Teil der Lösung von Konflikten im Zusammenleben von Menschen und Völkern sein können. Dies geschieht, wo Menschen sich mit ihren religiös verankerten Wertvorstellungen in Friedensprozesse einbringen, in der Begegnung mit „Gegnern“ neue Wege gehen und nicht im Strom militärischen Sicherheitsdenkens mit schwimmen. Das verlangt Mut und Widerstandskraft, kann aber – wenn Menschen sich mit Überzeugung dafür einsetzen – zur Entfeindung und Versöhnung führen.

Gertrud Scherer





Internationale Münchner Friedenskonferenz

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – NEIN zum Krieg

Manifest: Schutz der Menschenrechte durch Prävention

Stand. 10. 01 2017

Inhaltsverzeichnis:

Präambel	1
1 Stärkung der UNO und der OSZE	1
2 Präventive Politik und Diplomatie	2
3 Präventive Wirtschaftspolitik	2
4 Rüstungsexporte stoppen, Waffenhandel verhindern	2
5 Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten unterstützen und entwickeln	3
6 Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen	3
Nachbemerkungen	4
Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz	4
Kontakt	4

Präambel

Menschen und Menschenrechte schützen und Konflikte zivil bearbeiten: Ja! – Krieg Nein!

Wir – die Personen und Gruppen, die das Papier unterstützen – akzeptieren die Verantwortung der Staaten wie der Zivilgesellschaft für den Schutz der Menschen vor Verbrechen wie Völkermord, Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Krieg ist jedoch kein Mittel, um Konflikte zu lösen oder Menschenrechte zu schützen.

Die Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte sind gescheitert, gemessen an den vorgegebenen Zielen wie Durchsetzung der Menschenrechte, Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie haben die internationalen Beziehungen verschlechtert, Konflikte geschürt und den Extremismus gefördert. Flächenbrände sind dadurch entstanden und stürzen die betroffenen Regionen ins Elend. Millionen von Menschen verlieren Heimat und Existenzgrundlage.

Gebraucht wird ein grundsätzlich neuer Ansatz für die Verhinderung von Kriegen und den Schutz der Menschenrechte, der durch Regierungen, Zivilgesellschaft und internationale Einrichtungen unterstützt wird.

Ein tiefgründiges Umdenken ist notwendig: Weg von „Krieg als Mittel der Politik für eine Minderheit“, hin zum „Frieden als Lebensgrundlage für Alle“. Sicherheit und Frieden wird nur erreicht, wenn die Verwirklichung der Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung für Menschen und Umwelt angestrebt werden.

Die Antwort auf die Spirale der Gewalt ist die Vision der Entmilitarisierung der Politik und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung.

Die folgenden Themen benennen relevante Politikbereiche:

1 Stärkung der UNO und der OSZE

Die Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands und der EU muss die Charta der UN in vollem Umfang respektieren. Das Friedensgebot des deutschen Grundgesetzes muss politische Leitlinie sein.

UNO und OSZE sind grundlegende Foren für zivile Konfliktbearbeitung zwischen den Staaten und sollten als solche umfassend akzeptiert und genutzt werden. Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrates stehen dazu im krassen Widerspruch!

Internationale Sicherheit ist im Geiste der UN-Charta nur als gemeinsame Sicherheit denkbar. Der Versuch, durch Aufrüstung eine Machtposition der Überlegenheit zu erreichen, ist das Grundübel, das die Rüstungsspirale antreibt.

Gemeinsame Sicherheit, Rüstungskontrolle und Abrüstung gehören zusammen. Durch die Aufkündigung des ABM-Vertrages 2001 (Begrenzung der Zahl der Abwehrraketen) durch die USA wurde die Ära der Rüstungskontrolle faktisch beendet. Die Gefahr eines Atomkrieges ist wieder gewachsen! Ein neuer Rüstungswettlauf durch quantitative und qualitative Aufrüstung bei Angriffsraketen und Abwehrsystemen droht.

Die Atommächte müssen ihre im Atomwaffensperrvertrag festgelegte Verpflichtung zur Abrüstung umsetzen und ein Moratorium bei der Aufstellung von ABM Systemen vereinbaren. Global Zero – die Perspektive einer Welt ohne Atomwaffen – gehört in der NATO, in der EU und in der UNO wieder auf die Tagesordnung.

Der KSE-Prozess (konventionelle Stabilität in Europa) hatte das Ziel, zu einer deutlichen Reduzierung der Streitkräfte in Europa zu kom-

men. Das ist heute wieder hochaktuell.

Es sind verbindliche Normen und Regelwerke zur Verhinderung von Cyberkriegen zu entwerfen.

Instrumente für Prävention, Krisenmanagement und Schutz der Menschenrechte sind in den Strukturen der OSZE angelegt, werden aber nur unzureichend genutzt. Neue Instrumente der Früherkennung und der Bewältigung von Krisen sind zu fördern und auszubauen.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen ist ein wichtiges internationales Dokument für kohärentes und präventives Handeln für soziale, ökologische, nachhaltige und friedliche Wege der Entwicklung. Notwendig ist die Umsetzung der Agenda in Regierungshandeln mit verbindlichen und für die Partizipation der Zivilgesellschaft transparenten Strukturen. Für die erforderliche finanzielle Ausstattung und die Koordination muss durch die öffentliche Hand gesorgt werden.

2 Präventive Politik und Diplomatie

Nur wenn in der Politik der Gedanke der präventiven zivilen Bearbeitung von Konflikten Vorrang erhält vor ökonomischen und machtpolitischen Interessen, wachsen die Chancen für den Schutz der Menschen und ihrer Rechte.

In der deutschen Politik müsste dafür ein friedenspolitisches Denken Platz greifen, das ressortübergreifend in der Krisenprävention ein wichtiges Werkzeug für den Schutz der Menschenrechte sieht.

Konflikte können frühzeitig erkannt und bearbeitet werden. Dafür notwendig ist die Erforschung von Ursachen für Kriege und Konflikte, außerdem Forschung und Fortbildung, um ganzheitliche Konzepte der Frühwarnung zu entwickeln und zu institutionalisieren. So können auch neue Konzepte für präventive Strategien erarbeitet, politisch diskutiert und umgesetzt werden.

Einzelstaatliche Instrumente für die Unterstützung von Verhandlungslösungen gilt es auszubauen, politisch aufzuwerten und finanziell angemessen auszustatten.

Dabei müssen Frauen in Friedensverhandlungen und Planungen für den Wiederaufbau gleichberechtigt beteiligt werden, wie es die UN-Resolution 1325 fordert.

3 Präventive Wirtschaftspolitik

In der herkömmlichen Politik wird das Konzept der „Schutzverantwortung“ meist in Bezug auf „gescheiterte Staaten“ diskutiert, die nicht mehr in der Lage seien, ihre Bevölkerung vor Verbrechen zu schützen. Das Scheitern von Staaten ist aber nicht nur durch unbewältigte innere Konflikte bedingt, sondern auch durch die strukturelle Gewalt einer globalisierten Ökonomie. Danach müssen sich die „Entwicklungsländer“ den Interessen der transnationalen Konzerne und des reichen Nordens unterordnen.

Exemplarisch sei hier die Politik der EU für die Subventionierung von Agrarexporten genannt. Billige Agrarexporte nach Afrika und andere Länder des Südens zerstören die Existenzgrundlage der Menschen in der örtlichen Landwirtschaft.

Geschäftspraktiken multinationaler Agrarunternehmen, wie etwa Landkauf und Monopolisierung von Saatgut, gefährden die Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer.

Die sogenannten Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA dienen vor allem den mächtigen Wirtschaftsunternehmen der Industrienationen und werden die Armut in der Welt vertiefen und damit das Risiko für Massenflucht auf ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erhöhen.

Stattdessen sollte die Förderung und Entwicklung regionaler Versorgungssysteme Vorrang haben. Dafür müssen ethisch akzeptable Regelwerke für den Welthandel unter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Entsprechend muss die Außenwirtschaftspolitik für mehr Gerechtigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen neu konzipiert und in den Zusammenhang mit Kriegsverhütung und Schutz der Menschenrechte gestellt werden.

Deutsche Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungszusammenarbeit muss auf die Entwicklung nachhaltiger und eigenständiger industrieller Strukturen der „Entwicklungsländer“ abzielen. Das bedeutet die Bewertung der Praktiken der transnationalen Konzerne unter friedenspolitischen Gesichtspunkten und die Begrenzung ihrer Macht durch einzelstaatliche Gesetze und internationale Vereinbarungen.

Statt der Orientierung auf militärisch unterstützten Zugriff auf begrenzte Rohstoffe ist eine Umsteuerung hin zu einer nachhaltigen und fairen Wirtschaftsweise erforderlich.

Der Finanzsektor muss einfache Finanzdienstleistungen für alle bereitstellen, die zur Entwicklung von gerechten und nachhaltigen Gesellschaften beitragen. Finanzdienste sollen grundsätzlich die reale Wirtschaft unterstützen und gemeinwohlorientiert sein. Die Aktivitäten des international tätigen Finanzkapitals müssen durch ein internationales Forum reguliert und beaufsichtigt werden. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

4 Rüstungsexporte stoppen - Waffenhandel verhindern

Auch deutsche Rüstungsexporte tragen zur Militarisierung von Konflikten bei. Militärisch ausgetragene Territorial-, Verteilungs- und Machtkonflikte zerstören wirtschaftliche, staatliche und soziale Strukturen. Kriege verschlingen ungeheure Mittel, kosten unzähligen Menschen das Leben und führen zu Verarmung und neuen Konflikten. Produktion und Anschaffung von Waffen entzieht den Haushalten Unsummen, die für notwendige Aufgaben fehlen.

Schutzverantwortung durch Prävention bedeutet: Keine weiteren Rüstungsexporte genehmigen, keine Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern bewilligen, ausgemusterte Waffen der Bundeswehr nicht verkaufen, sondern verschrotten. In den Artikel 26, Absatz 2

des Grundgesetzes soll ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten aufgenommen werden, das fordert die breit getragene Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“.

Darüber hinaus sollte Deutschland in der EU und in den internationalen Organisationen Initiativen ergreifen und unterstützen, die auf Eindämmung und Verhinderung des internationalen legalen wie illegalen Handels mit Waffen und Rüstungsgütern zielen, z. B. in der UN-Konferenz zur Begrenzung des Waffenhandels.

5 Zivile und gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten unterstützen und entwickeln

Notwendig ist die Entwicklung und gesellschaftliche Verankerung einer Kultur des Friedens. Dazu bedarf es vor allem der Einübung von individuellem Gewaltverzicht, von Dialog- und Kommunikationsverhalten sowie gewaltfreier Methoden des Zivilen Ungehorsams.

Konzepte für zivile Konfliktbearbeitung im gesellschaftlichen und innerstaatlichen Bereich sind vorhanden, viele Erfahrungen wurden gesammelt. Es ist notwendig, neue und zivile Wege zum Schutz von Zivilbevölkerung und ihrer Menschenrechte zu erproben. Dazu gehört auch das zivile Peacekeeping, das in unterschiedlichen Kontexten erfolgreich umgesetzt wurde. Gruppen von ausgebildeten gewaltfreien Friedensfachkräften können in Konflikten unbewaffnet und unabhängig von Regierungsinteressen auftreten, beobachten, vermitteln und Konflikte entschärfen. Sie können sowohl zur Frühwarnung vor Krisen als auch zur Überwachung von Vereinbarungen beitragen. Frühwarnsysteme („Monitoring“) können z. B. über das Konfliktverhütungszentrum der OSZE in Wien vernetzt werden.

Ziviles Peacekeeping bietet sich auch als ergänzendes Instrument für die Vereinten Nationen an. Dafür müssen Konzepte erarbeitet und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Internationale Organisationen wie die *Nonviolent Peace Force* oder *Peace Brigades International* brauchen mehr Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, so dass sie unabhängig von staatlichen und ökonomischen Interessen agieren können. Sie können auf gesellschaftlicher Ebene eingreifen, wo Staaten und zwischenstaatliche Einrichtungen keine Legitimation (Souveränitätsprinzip), keine Glaubwürdigkeit und keine Instrumente haben.

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) fordert von der Bundesregierung eine deutliche Aufstockung der Finanzmittel für den Haushaltstitel „Ziviler Friedensdienst“.

Je mehr Menschen sich für gewaltfreie Konfliktbearbeitung qualifizieren, umso besser können demokratische Prozesse und friedliche Konflikttransformation unterstützt werden.

6 Sicherheitskräfte der Vereinten Nationen

Derzeit kann auch ein umfassendes und politisch umgesetztes Konzept der Schutzverantwortung nicht ausschließen, dass es zu bewaffneten Konflikten kommt, in welchen Völkermord oder gravierende Verbrechen drohen oder stattfinden. Es sind Situationen denkbar, in welchen politische und zivile Mittel versagt haben oder nicht mehr zur Anwendung kommen, staatliche Strukturen nicht vorhanden sind und kriminelle Vereinigungen oder Regierungen Verbrechen gegen die Bevölkerung begehen.

Ein Konzept für neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Sicherheitskräfte unter Kommando der UNO sollte ausgearbeitet werden. Diese Sicherheitskräfte sollen in Fällen von bevorstehendem Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - ausschließlich - zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden. Die Konstruktion eines solchen Polizeikonzeptes muss ausschließen, dass nationale Verbände für nationale oder imperiale Ziele sowie für Kriegshandlungen eingesetzt werden: Durch ein neutrales Kommando, durch den Einsatz ausschließlich auf Beschluss des Sicherheitsrates oder der Generalversammlung der UN, durch multinationale Zusammensetzung der Verbände, durch verbindliche Orientierung auf Völker- und Menschenrecht, durch entsprechende Ausbildung, Logistik und Bewaffnung und durch entsprechende Definition von Einsatzkriterien und Richtlinien.

Die Sicherheitskräfte können mit einem konkreten Auftrag in konkreten Krisen- oder Gefährdungslagen eingreifen. Sie haben keine weiteren Polizeiaufgaben zu übernehmen. Sie sind defensiv ausgerichtet, leicht bewaffnet und am Schutz gefährdeter Menschen orientiert und sollen, entsprechend den Polizeiaufgaben, Verbrechen verhindern. Für ihr Handeln gelten allgemeine zivile Rechtsnormen, keine Kriegs- oder Sonderrechte.

Die Erfahrungen von neutralen Staaten wie Österreich oder Schweden mit Blauhelmeinsätzen können hier ausgewertet und einbezogen werden. Eine Umschulung von Bundeswehr-SoldatInnen für diese Aufgaben soll gefördert werden.

Die Erarbeitung eines solchen Polizeikonzeptes ist eine Herausforderung für Zivilgesellschaft und Parteien; auch die Friedensbewegung sollte hier kritisch- konstruktiv mitwirken. Das Konzept soll Einsätzen von NATO und nationalen Armeen die Legitimation zu Interventionen entziehen und die Bedenken vieler Menschen aufgreifen, die in manchen Situationen einen bewaffneten Schutz von Menschenleben für erforderlich halten.

Eine derartige Einrichtung sollte den Status einer sich entwickelnden Übergangslösung haben. Entmilitarisierung und Abrüstung, die Entwicklung der zivilen Instrumente und die Umsetzung der präventiven Maßnahmen sollen den Einsatz dieser (bewaffneten) Sicherheitskräfte überflüssig machen!

.....

Nachbemerkung

Dieses Manifest ist entstanden aus dem Kontext der Internationalen Münchner Friedenskonferenz, die über Jahre hinweg friedenspolitische Perspektiven und Handlungskonzepte vorgestellt hat.

Das Manifest greift politische, zivile und gewaltfreie Konzepte zur Konfliktbearbeitung und zum Schutz der Menschenrechte auf. Es bündelt Vorschläge und Konzepte der vielfältigen Friedensbewegung und diverser NGOs. Es wurde 2016 bei einem Expertenhearing im Rahmen der Münchner Friedenskonferenz erstmals vorgestellt und diskutiert.

Dort vorgetragene Anregungen und Einwände wurden in der vorstehenden Fassung berücksichtigt.

Die MitarbeiterInnen im Organisationsteam der Münchner Friedenskonferenz verbreiten dieses Konzept, um:

- dieses Manifest friedensinteressierten und friedensbewegten Menschen als Argumentationshilfe anzubieten,
- es als friedenspolitische Prüfsteine für KandidatInnen zum Deutschen Bundestag zu benutzen,
- von den Organisationen der Friedensbewegung aufgegriffen und verbreitet zu werden,
- es als Material für politische Organisationen, Bildungs- und Kultureinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Trägerkreis Internationale Münchner Friedenskonferenz:

- Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK);
- pax christi Sektion Erzdiözese München und Freising;
- Internationaler Versöhnungsbund Deutschland;
- NaturwissenschaftlerInneninitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit;
- Netzwerk Friedenssteuer Region Bayern;
- Münchner Sicherheitskonferenz verändern e. V.;
- Kreisjugendring München;
- Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Es ist geplant, eine Unterstützerliste zusammenzustellen, um sie bei Einwilligung der UnterzeichnerInnen dem Manifest anzufügen.

Rückmeldung:

Name.....

Funktion, Titel.....

Wohnort.....

ich unterstütze das Manifest „Schutz der Menschenrechte durch Prävention“☐.

mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden.....☐.

Datum, Ort, Unterschrift.....

.....

.....

Kontakt:

Trägerkreis Internationale Münchner Friedenskonferenz

c/o DFG-VK Thomas Rödl Schwanthalerstr.133 80339 München tel.+49(0)89/89623446 fax+49(0)89/8341518

office@friedenskonferenz.info www.friedenskonferenz.info

TeilnehmerInnen:

Loretta Napoleoni M.A.



Loretta Napoleoni

(* 1955 in Rom) ist eine italienische Journalistin und politische Analystin. Sie ist Expertin für Terrorismus und dessen Finanzierung und wurde dafür bekannt, den Umfang der weltweiten terroristischen Ökonomie errechnet zu haben.

Kontakt:

<http://lorettanapoleoni.net/>

Dr. Markus A. Weingardt



Markus A. Weingardt, geb. 1969, Dr. rer. soc. (Doktor der Sozialwissenschaften); Politik- und Verwaltungswissenschaftler, Bereichsleiter Frieden bei der Stiftung Weltethos (Tübingen). Friedens- und Konfliktforscher mit den Schwerpunkten Religion und Pazifismus. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a. von 2006-2008 als Mitherausgeber des jährlichen Friedensgutachtens der fünf führenden Friedensforschungsinstitute in Deutschland. In kirchlichen und wissenschaftlichen Gremien der Friedenspraxis und Friedensforschung aktiv. Autoren- und Gutachtertätigkeit für verschiedene Zeitschriften: Herausgeber der Schriftenreihe Religion – Konflikt – Frieden (Nomos-Verlag). Beratungstätigkeit als Coach und Mediator.

Hauptwerke:

„Religion Macht Frieden“ (Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2010; vergriffen)

„Was Frieden schafft. Religiöse Friedensarbeit: Akteure, Beispiele, Methoden.“
(Gütersloher Verlagshaus 2014)

„Warum schlägst du mich? Gewaltlose Konfliktbearbeitung in der Bibel: Impulse und Ermutigung“ (Hg., Gütersloher Verlagshaus 2015)

Kontakt:

Dr. Markus A. Weingardt
Bereichsleiter Frieden
Stiftung Weltethos
Büro Am Markt 12
72070 Tübingen
Tel. + 49 (0)7071 9801012
Fax + 49 (0)7071 9801018
E-mail weingardt@weltethos.org
www.weltethos.org

Nirit Sommerfeld



Nirit Sommerfeld ist geboren in Eilat (Israel) am Roten Meer. Sie wuchs dort, in Ostafrika und in Deutschland auf. Schauspielausbildung am Mozarteum in Salzburg. Nirit arbeitet als freiberufliche Schauspielerin und Sängerin. Sie ist Bloggerin, schreibt Drehbücher und andere Texte, arbeitet als Sprecherin, Regisseurin, Coach, Veranstalterin und Moderatorin vor und hinter der Kamera und betrieb jahrelang eine eigene Künstleragentur. 1998 gründete sie die Band KLEZMORIM, mit der sie heute in erweiterter Besetzung und unter dem Namen ORCHESTER SHLOMO GEISTREICH tourt. Zwei Jahre lang war sie Intendantin des Kleinen Theater Haar. Mit der syrischen Tänzerin Mouna Sabbagh produzierte sie das Bühnenprojekt SALAM SHALOM, mit dem sie in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien auftrat. Zusammen mit der Schriftstellerin Linda Benedikt schrieb sie die musikalische Polit-Revue REALITY CHECK über die israelische Besatzungsrealität. Seit 2010 konzipiert und begleitet sie politische Reisen nach Israel und Palästina, um Menschen einen differenzierten Blick auf die aktuelle Situation in der Region zu ermöglichen.

Nirit Sommerfeld hat zwei Töchter und lebt mit Mann und Hund in der Nähe von München.

„Versöhnungsprojekte gibt es in Israel/Palästina in Hülle und Fülle. Auf beiden Seiten gibt es sehr engagierte Menschen. In dieser Region gibt es die größte Dichte an NGOs auf der Welt. Wenn die Bevölkerung beider Seiten zueinander gelassen würde, gäbe es weitaus weniger Probleme. Mauer und Politik verhindern jedoch bewusst das Zusammenkommen der Menschen. Mein Anliegen ist zunächst die Beendigung der Besatzung; zwei entsprechende Projekte unterstütze ich.“

Kontakt:

Nirit Sommerfeld

Impenberg 7

85567 Grafing b. München

Germany

mobile: +49. (0)177. 33 749 11 office: +49. (0)8092. 305 90 94

Besuche Nirits Blog:

www.niritsommerfeld.com

Heidi Meinzolt



Kurze Selbstdarstellung von Heidi Meinzolt

Als Mitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF (www.wilpf.de), engl. Women's International league for peace and freedom/WILPF (www.wilpf.int.ch), einer Frauenfriedensorganisation seit 1915, bin ich dort für die Vertretung der deutschen Sektion in der internationalen Organisation zuständig und beschäftige mich u.a. mit europäischer Politik/Europapolitik und koordine die Nahostarbeit.

Ich bin Mitglied der Steuerungsgruppe des Frauensicherheitsrates in Deutschland (www.un1325.de), der schwerpunktmäßig an der Umsetzung der UN Res. 1325 – und damit der Beteiligung von Frauen an Konfliktlösungen und an demokratischen Prozessen - arbeitet und national und international mit Alternativen zur herkömmlichen „Sicherheitspolitik“ unter besonderer Beachtung der Genderkomponente politisches Lobbying betreibt. Entscheidend bei diesem Engagement sind drei „Ps“: Prävention, Partizipation und Protektion.

Beruflich war ich Gymnasiallehrerin und an der Schule für die Betreuung mehrerer internationaler Austauschprojekte (in Europa und Afrika) zuständig.

Kontakt:

www.wilpf.de;

www.wilpf.org

Prof. Mohssen Massarrat

1942 geboren in Teheran, lebt seit 1961 in der Bundesrepublik Deutschland.

Akademische Grade/Qualifikationen:

Diplom-Ingenieur für Bergbau; Promotion in Politikwissenschaft;
Habilitation in Wirtschaftswissenschaften.

Lehre in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft / Politische
Ökonomie; Sozialökologische Ökonomie; Internationale Politik
Friedens- und Konfliktstudien; Internationale Wirtschaftsbeziehungen
sowie Mittlerer und Naher Osten/Iran.

Ab Wintersemester 2007/2008 im Ruhestand

2006 Initiator des Konzepts „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten“
(KSZMNO) und Mitinitiator einer IPPNW-Arbeitsgruppe zur Durchführung einer zivilgesellschaftlichen KSZMNO
(<http://mohssenmassarrat.weebly.com/basic-documents.html>).



Seine Themen:

- 1 - Probleme des Kapitalismus
- 2 - Globale Fragen
- 3 - Weltenergieprobleme
- 4 - Mittlerer und Naher Osten
- 5 – Iran

Kontakt:

Prof. Dr. i. R. Mohssen Massarrat

Universität Osnabrück

FB Sozialwissenschaften

Tel: 0049/541/969-4156

Fax: 0049/541/969-4600

Email: Mohssen.Massarrat@uos.de

<http://mohssenmassarrat.weebly.com>

Oliver Knabe



Oliver Knabe ist seit Januar 2015 Geschäftsführer beim Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD) e.V.

Nach seinem Studium der Politischen Wissenschaft, des Völkerrechts und der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn war er zunächst im Produktmanagement der Verlagsgruppe Handelsblatt tätig. Von 2002 bis 2006 war Oliver Knabe von Belgrad/Serbien aus für das Südosteuropa-Programms im Forum Ziviler Friedensdienst verantwortlich. Im Anschluss war er als Regionalexperte beim Berlin Center for Integrative Mediation tätig.

2007-2014 arbeitete er im Team von Borovac-Knabe und Partner für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen mit Schwerpunkt in Südosteuropa und zugleich als ehrenamtliches Vorstandsmitglied des forumZFD.

Oliver Knabe ist Mitglied der Südosteuropagesellschaft und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Kontakt:

Geschäftsführer | Managing Director
Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Forum Civil Peace Service (forumZFD)
Am Kölner Brett 8
50825 Köln | Germany
Tel + 49 (221) 912732-11
Fax + 49 (221) 912732-99
<http://www.forumZFD.de>

Dr. Klaus Hahnzog



* 7. August 1936 in Stuttgart, verheiratet, zwei Kinder

Klaus Hahnzog ist Jurist und Politiker (SPD).

Er war Mitglied des Bayerischen Landtags und ist nichtberufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs.

Bürgermeister a. D.

Im Ehrenkurat der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.

Lebenslauf: Abitur 1956. Studium der Rechtswissenschaften 1956/60 an den Universitäten Frankfurt, Berlin, München. 2. Jurist. Staatsexamen 1964. 1965/66 Gerichtsassessor im Bayerischen Staatsministerium der Justiz. 1966/68 Staatsanwalt. 1968/71 wissenschaftl. Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht bei der Richterin Rupp v. Brünneck. 1971/73 Amtsrichter. 1973/82 berufsm. Stadtrat (Kreisverwaltungsreferent der Landeshauptstadt München). 1982/84 Rechtsanwalt. 1984/90 3. Bürgermeister der Landeshauptstadt München mit den Schwerpunkten Soziales, Umwelt, Kultur, Ausländer, Sport. Mitglied des Verwaltungs- und Rechtsausschusses des Bayerischen Städtetags. Seit Mai 1990 wieder Rechtsanwalt. 1978/90 Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

Zahlreiche verfassungs- und verwaltungsrechtliche Veröffentlichungen. Mitglied der SPD seit 1968. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ). Mitgliedschaften: Kuratorium „Förderverein für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau e.V.“, Kuratorium „Initiativgruppe - Interkulturelle Begegnung und Bildung e. V.“, Kuratorium „Freunde des saharischen Volkes“, Kuratorium „Mehr Demokratie e.V.“, Kuratorium „Humanistische Union“, Vorstand „Forum Demokratische Linke 21 e.V.“, Ehrenmitglied „Weiße Rose Stiftung“, ÖTV, AWO, Verein „Freunde Giesings e. V.“, Sportverein Berufsfeuerwehr, TSV Turnerbund, DAV Sekt. Oberland.

(Stand: Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Landtag)

Kontakt:

Dr. Klaus Hahnzog

hahnzog@gemeinschaftskanzlei.de

Clemens Ronnefeldt



Clemens Ronnefeldt wurde 1960 in Worms geboren. Von 1981 bis 1986 studierte er an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz und an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt/Main.

Von 1982 bis 1983 absolvierte er eine studienbegleitende Ausbildung zur Friedensarbeit an der Heimvolkshochschule Bückeburg.

Bis 1992 war er Sprecher der Katholischen Friedensbewegung „Pax Christi“ im Bistum Mainz.

Seit 1992 ist er als Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des „Internationalen Versöhnungsbundes“ tätig.

Seine Schwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten und das ehemalige Jugoslawien. Clemens Ronnefeldt hat teilgenommen an Friedensdelegationen im Irak, Iran, Syrien, Libanon, Israel und Palästina und an Einsätzen in Flüchtlingslagern. Darüber hinaus hat er sich beteiligt an der Unterstützung von Friedensgruppen in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Er ist Autor des Buches „Die neue Nato, Irak und Jugoslawien“, herausgegeben vom deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, Minden, 2. Auflage, 2002

sowie zahlreicher Artikel und Hintergrundanalysen.

Kontakt:

Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising
Tel. 08161 54 70 15
Fax 08161 54 70 16
C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Beatrix Zurek



Beatrix Zurek leitet ab 1. Juli 2016 das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München.

Geboren am 17.10.1959 in Gleiwitz, verheiratet, drei Kinder.

Abitur in Aschaffenburg, seit Anfang der 1980er Jahre in München.

Jurastudium in Passau, München, Lausanne.

Von 2002 bis 2016 ehrenamtliche Stadträtin der Landeshauptstadt München, bis Juli 2016 in eigener Kanzlei als Rechtsanwältin tätig.

Schwerpunkte und Ziele:

Die Bildungs- und Sportinfrastruktur muss mit dem Wachstum Münchens Schritt halten. Dazu gehört neben modernen Gebäuden und Anlagen insbesondere auch eine funktionierende IT.

Das Referat für Bildung und Sport ist ein Dienstleister für Münchens Familien und für alle Sporttreibenden in der Stadt. Der Servicegedanke ist die Richtschnur für die Arbeit des Referats.

Gerade in einer teuren Stadt wie München müssen wir ein Hauptaugenmerk auf die Bildungsgerechtigkeit legen: Jedes Kind soll entsprechend seinen Fähigkeiten gefördert werden, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Wichtig ist mir der Dialog – sowohl innerhalb des Referats als auch mit all unseren Kunden und Partnern. Dialog schafft Vertrauen und damit die beste Basis für eine gute Zusammenarbeit.

Zusätzliche Ämter:

- Mitglied der Schulverbandsversammlung des Schulverbands München Karlsfeld
- Verbandsrätin der Meisterschulen am Ostbahnhof, Zweckverband der Landeshauptstadt München und der Handwerkskammer für München und Oberbayern
- Mitglied des Kuratoriums des Museumspädagogischen Zentrum
- Mitglied des Kuratoriums der Stahlgruber-Stiftung
- Vorsitzende der Zuschuss- und Belegkommission der Landeshauptstadt München
- Mitglied des Sportbeirats
- kooptiertes Mitglied des Deutschen Städtetags
- Aufsichtsratsmitglied bei der Münchner Volkshochschule
- Aufsichtsratsmitglied bei der Olympiapark München GmbH

Kontakt:

spd-rathaus@muenchen.de

Andreas Zumach



Andreas Zumach wurde 1954 in Köln geboren. Seit 1998 bearbeitet er vom europäischen UN-Büro in Genf aus als Korrespondent für die deutsche Tageszeitung „taz“ UN-Themen und andere internationalen Angelegenheiten.

Darüber hinaus ist er für eine Reihe anderer regionaler und nationaler Zeitungen, Magazine und den öffentlichen Rundfunk in Deutschland, der Schweiz und Österreich tätig.

Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge in deutsch- und englischsprachigen Büchern sowie Fachpublikationen zu Themen wie Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und Abrüstung. 1997 wurde Zumach mit dem Preis des Verbandes der UNO-Korrespondenten in New York ausgezeichnet für die weltweit beste Berichterstattung über die UNO.

Biographisches:

1981-1988: Organisator und Sprecher für verschiedene deutsche Organisationen der Friedensbewegung, u.a. des bundesweiten Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung

1979-1981: Herausgeber der deutschen Tageszeitung „Die Neue“ für internationale Angelegenheiten, Auslandskorrespondent in Südafrika

1975-1978: Studium der Fächer Volkswirtschaft und Journalismus an der Universität Köln und der Kölner Journalistenschule;

Organisator der deutschen Kampagne zu Handels- und Werbepraktiken des Nestle-Konzerns und anderer Baby-nahrungshersteller in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Kontakt:

Andreas Zumach

Salle de Presses 1

Palais des nations

1211 GENF 10

Schweiz

Tel. 0041/22/9173791

Fax 41/22/7342361

mail : andreas.zumach@itu.int.

Reiner Braun



Reiner Braun studierte Germanistik und Geschichte sowie Journalistik. Er ist seit 1981 in der Friedensbewegung aktiv und in nationalen und internationalen Netzwerken und Organisationen engagiert.

Unter anderem ist er im Vorstand des Internationalen Friedensbüros und der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative (NatWiss).

Seit 2006 ist Reiner Braun Geschäftsführer der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) und der deutschen Sektion der IALANA (International Lawyers against Nuclear Arms) sowie Programmdirektor von INES.

Kontakt:

IALANA-Hauptstadtbüro

Schützenstrasse 6a

10117 Berlin

Telefon: + 49 30 20654857

Thomas Rödl M.A.



Thomas Rödl hat von 1976 bis 1983 an der LMU in München Philosophie, Politologie und Psychologie studiert und mit M.A. abgeschlossen. Seine Schwerpunkte waren und sind Rüstungskontrollpolitik, Sozialpsychologie und Ethik.

Seine politische Arbeit begann er 1971 mit dem Beitritt zur Internationale der Kriegsdienstgegner. 1974 war er Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., (AGFP) München.

Seit 2002 ist er Projektleiter bzw. Geschäftsführer des „Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern“.

Zahlreiche politische Aktionen, Bildungsarbeit, Erarbeitung und Herausgabe von Publikationen gehen auf sein Konto.

Seit 2004 fungiert er als Sekretär eines Trägerkreises, der alljährlich die Internationale Münchner Friedenskonferenz, die Alternativveranstaltung zur Münchner Sicherheitskonferenz, organisiert.

Kontakt:

Schwanthalerstr.133

80339 München

tel. + 49(0)89/89623446

fax + 49(0)89/8341518

office@friedenskonferenz.info

www.friedenskonferenz.info

Trägerorganisationen:



Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören rund 100 000 Menschen in 40 Staaten der Erde an. Ihnen gemeinsam ist die Vision einer Welt, in der Menschen geschwisterlich miteinander leben und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Der Sitz des Deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes ist in Minden.

Kontakt:

Internationaler Versöhnungsbund - Deutscher Zweig e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Tel. 0571 – 850875
Fax 0571 – 8292387
www.versoehnungsbund.de
vb@versoehnungsbund.de

Spenden:

Sparkasse Minden-Lübbecke
IBAN: DE20 4905 0101 0040 0906 72
BIC: WE LA DE D1 MIN

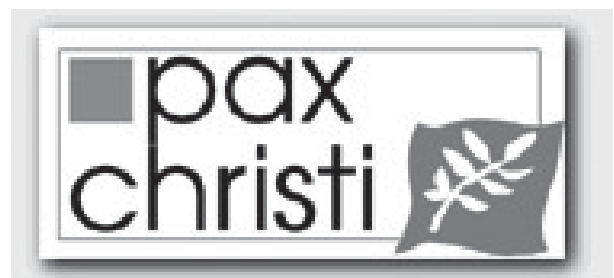
pax christi

Als internationale katholische Friedensbewegung benennt pax christi Missstände in Politik und Gesellschaft und bezieht klare Positionen, wo Menschenrechte verletzt und Konflikte mit Gewalt ausgetragen werden.

Kontakt:

Marsstr. 5
80335 München
Tel. und Fax: 54 38 515
www.paxchristi.de
www.erzbistum-muenchen.de/paxchristi
paxchristi.muenchen@t-online.de

Spenden: IBAN: DE 34 370 601 93 603 131 40 10
BIC : GENODED1PAX



Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.



Netzwerk
Gewaltfreie Kommunikation
München e.V.

Das Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München ist eine lokale Organisation, die den folgenden Zweck hat:

- Menschen mit der Haltung und dem Prozess der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall Rosenberg bekannt und vertraut zu machen.
- Menschen, die sich für die Gewaltfreie Kommunikation einsetzen, miteinander zu vernetzen.
- Menschen dabei zu unterstützen, lebensdienliche Strukturen zu schaffen.

Mit unserem Verein und seinen Mitgliedern setzen wir uns dafür ein, mit Sprache bewusst und verantwortungsvoll umzugehen. Schrittweise kann es uns gelingen,

- uns so zu verständigen, dass wir echte Chancen haben, das zu bekommen, was wir brauchen.
- Gedankenmuster, die zu Ärger und Aggressionen führen, zu verstehen und abzubauen.
- auf dem Weg hin zu einer Konfliktlösung weder unser Anliegen aufzugeben, noch die Beziehung zu unseren Mitmenschen aufs Spiel zu setzen.
- konkret umsetzbare Handlungsschritte zur Veränderung für uns und unser Gegenüber zu entwickeln mit dem Ziel, die Anliegen aller im Auge zu behalten.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Projekte mit einem Beitrag auf unserem Spendenkonto unterstützen:
Raiffeisenbank München Nord IBAN: DE62 7016 9465 0000 4360 54, BIC: GENODEF1M08

Kontakt:

Netzwerk Gewaltfreie Kommunikation München e. V.
Postfach 20 01 61,
80639 München
Tel.: +49(0)89 21558369

Projektgruppe

„Münchner Sicherheits-Konferenz verändern“ e.V. (MSKverändern)

Von der „Münchner Sicherheitskonferenz“ zur „Münchner Konferenz für Friedenspolitik“

Damit die „Münchner Sicherheitskonferenz“ zukünftig zu einer Konferenz für Friedenspolitik wird, suchen wir den Dialog mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.



Kontakt:

Projektgruppe MSK verändern e.V.
Telefon +49 (0) 89 / 88 95 28 71
E-Mail: vorstand@mskveraendern.de
Internet: www.mskveraendern.de

Bankverbindung: Stadtparkasse München
IBAN: DE23 7015 0000 0000 4163 70
BIC: SSKMDEMMXXX

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landesverband Bayern

Die DFG-VK ist ein deutscher Zweig der Internationale der Kriegsdienstgegner (War resisters International, WRI, gegründet 1921, u.a. von Albert Einstein). Die Grundsatzerklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner lautet:

*„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg
zu unterstützen und an der Beseitigung aller
Kriegsursachen mitzuwirken.“*

Kontakt:

Schwanthalerstr. 133
80339 München
Tel. 089/ 89 62 34 46
www.dfg-vk-bayern.de
www.dfg-vk.de; www.wri-irg.org
www.no-militar.org
muenchen@dfg-vk.de



Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk



Das Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk ist der gemeinnützige Verein zur Förderung der Friedensarbeit der DFG-VK Bayern

Kontakt:

c/o DFG-VK.
Tel. 089/ 89 62 34 46,
Di., Mi., Do. 11.00 - 17.00 Uhr
www.h-m-v-bildungswerk.de

Spenden:

H-M-V-Bildungswerk e.V., GLS- Bank,
Stichw. „Friedenskonferenz“
IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 ;
BIC: GENODEM1GLS

Netzwerk Friedenssteuer, Region Bayern

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Wir wollen nicht weniger Steuern bezahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“



Kontakt:

www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden:

Netzwerk Friedenssteuer e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00

BIC: GENODEM1GLS

Kreisjugendring München-Stadt



Der Kreisjugendring München-Stadt (KJR) ist die Arbeitsgemeinschaft der rund 60 Münchner Jugendverbände und -gemeinschaften, sowie Träger von fast 50 städtischen Freizeitstätten. Ziel und Grundlage seines Handelns sind Toleranz, Friede, soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und demokratische Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

Kontakt:

Kreisjugendring München Stadt

Postfach 151 223

80047 München

Tel: 089/514106-10

www.kjr-m.de

NaturwissenschaftlerInnen – Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit e. V.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.

Ernst Bloch (Philosoph, 1885-1977)

Im Februar 1987 haben sich NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ zusammen gefunden, um als Teil der Friedensbewegung ihre spezifischen professionellen Kompetenzen für eine Welt ohne Krieg und Gewalt, für die Kontrolle und Beseitigung atomarer, chemischer, biologischer und konventioneller Waffensysteme, für Friedens- und Abrüstungsforschung und für soziale, ökologische und humane Technikgestaltung einzusetzen.

NatWiss
Verantwortung für Frieden
und Zukunftsfähigkeit e.V.

Kontakt:

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative c/o IALANA
Marienstraße 19/20
10117 Berlin
Tel.: 030 - 31 99 66 86
Fax: 030 - 31 99 66 89
E-Mail: [geschaeftsfuehrung\(at\)natwiss.de](mailto:geschaeftsfuehrung(at)natwiss.de)
Internet: www.natwiss.de

Spenden:

„Verantwortung für den Frieden“
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Konto-Nr.: 393 408 504
IBAN: DE24 3701 0050 0393 4085 04
BIC: PBNKDEFF



IFFF Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
WILPF Women's International League for Peace and Freedom

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF, engl. Women's international league for Peace and Freedom/WILPF ist eine internationale Nichtregierungsorganisation mit nationalen Sektionen in über 40 Ländern und auf allen Kontinenten. IFFF/WILPF besitzt Beraterstatus bei den Vereinten Nationen (UNO). Seit ihrer Gründung 1915 in Den Haag richtet sie sich gegen alle Formen von Krieg und Gewalt und fordert die Garantie von Frauenrechten als Menschenrechte. Die IFFF/WILPF arbeitet in zahlreichen Netzwerken lokal, national und international und beteiligt sich an internationalen Kongressen und Konferenzen. Frieden im Sinne der Agenda „Frauen-Frieden-Sicherheit“ ist für IFFF/WILPF ein fortlaufender Prozess zur Überwindung aller Formen von Gewalt.

Schwerpunkte sind Prävention von Konflikten durch Abrüstungsmaßnahmen, Ende des Militarismus, Förderung von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, feministische Wirtschaftsordnung und die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Erarbeitung nachhaltiger Friedensstrukturen.

Kontakt:

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) Deutsche Sektion
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
E-Mail: info@wilpf.de
Web: <http://www.wilpf.de>

